Heer, Flotte und Luftwaffe

Heer, Flotte und Luftwaffe

Heer, Flotte
und
Luftwaffe

Wehrpolitisches Taschenbuch

Herausgegeben von der

Deutschen Gesellschaft für Wehrpolitik und Wehrwissenschaften

Dr. Hans Riegler
Verlag für vaterländische Literatur
Berlin SW 11

Copyright by
Dr. Hans Riegler
Berlin SW 11

Die im vorliegenden Werk enthaltenen Lichtbilder
sind folgenden Firmen entnommen:
Scherl-Bilderdienst, Württ. Bildstelle, Presse-Bild-Zentrale,
Braemer & Güll, Fot. Klose.

Dr. Hans Riegler
Verlag für vaterländische Literatur, Berlin SW 11

Druck: Franz Weber, Berlin C 2

Textübersicht

	Seite
Vorwort	7
Die wehrpolitische Lage Großdeutschlands	9
Die Wehrmacht Großdeutschlands	14
Das deutsche Heer. Aufbau und Gliederung	17
Die Kriegsmarine. Aufbau, Gliederung und Schiffsbestand	23
Die Luftwaffe	28
Die Leistungen der Wehrmacht bis zum Ausbruch des Krieges gegen Polen	31
Der Krieg in Polen	36
Handelskrieg auf See, Prisenrecht, Konterbande, Blockade	43
England als Nutznießer anderer Völker	46
Die wehrwirtschaftliche Bedeutung der Landwirtschaft und der Industrie Polens	50
Was ist Wehrwirtschaft?	56
Die wehrwirtschaftliche Bedeutung des Raumes	61
Wehrwirtschaft und Staatsform	66
Friedenseffektiv und Kriegspotential	70
Volksernährung im Kriege	74
Die wehrwirtschaftliche Bedeutung der Rohstoffrage	78
Das Arbeitsproblem im Kriege	82
Der kriegswirtschaftliche Wert von Bündnissen und politischen Freundschaften	86
Die Eisenbahn als Faktor der Wehrwirtschaft	90
Die kriegswirtschaftliche Bedeutung der Wasserstraßen	93
Der Wirtschaftskrieg	97
Das Öl als wehrwirtschaftlicher Faktor	101
Die Werften als Schmiede des Kriegsschiffbaues	105
Der Einfluß der Kriegstechnik auf die Wehrwirtschaft	109
Die Front im Westen	114

Bilderübersicht

Der Führer läßt sich über die Lage berichten
Der Führer an der Südfront
Essenausgabe im Lager an gefangene Polen
Einmarsch in die Ostmark (Rast am Inn kurz hinter Kufstein)
Parade der Legion Condor in Berlin
Die von Polen gesprengte Weichselbrücke bei Dirschau
Die Weichselbrücke bei Dirschau vor der Sprengung durch die Polen
Reichsarbeitsdienst beim Bau einer Notbrücke in Myslowitz
Pioniere bei Wiederherstellung einer von den Polen gesprengten Brücke
Uebersetzen eines Kübelsitzwagens auf Pontonfähre über die Weichsel
Von Panzertruppen erbeuteter polnischer Pontonwagen an der Weichsel
Gesprengte Gleisanlagen am Brückenansatz der Dirschauer Weichselbrücke
Neben gesprengter Brücke durchwaten Vorhuten einen Fluß
Bei Wilhelmshaven abgeschossenes englisches Flugzeug
Die „Schleswig-Holstein" in der Weichselmündung
Speicher im Danziger Hafen
Einlaufender Minensucher bei Neufahrwasser
Hissung der Reichskriegsflagge auf der eroberten Westerplatte
Hafen und Verschiebebahnhof in Gotenhafen
Tanksperre
Bau einer Notbrücke für Panzerwagen
Panzerwagen als Trecker
Auf Pontonfähre übergesetzter Kübelsitzwagen
Erdölfelder bei Borhslaw in Galizien
Königshütte
Ortschaft nach Brandschatzung durch die Polen
Im Gebiet des Jablunka-Passes
Kübelwagenzug
Für den Export verladener Zylinderholm
Verladung eines Eisenbahnwagens für Argentinien im Bremer Hafen
Erzeugnisse deutscher Industrie versandfertig nach der Türkei
Verladebetrieb im Hamburger Hafen
Versandbereite Fässer mit Schmieröl im Hamburger Hafen
Getreideheber im Hamburger Hafen
Schwimmender Getreideheber in Hamburg
Eingelagertes Schweinefleisch in einer Kühlhalle
Zubereitung von Dauerwurst für die Räucherkammer
Kontrolle der Speckvorräte in einem Kühlhause
Getreidespeicher im Hamburger Hafen

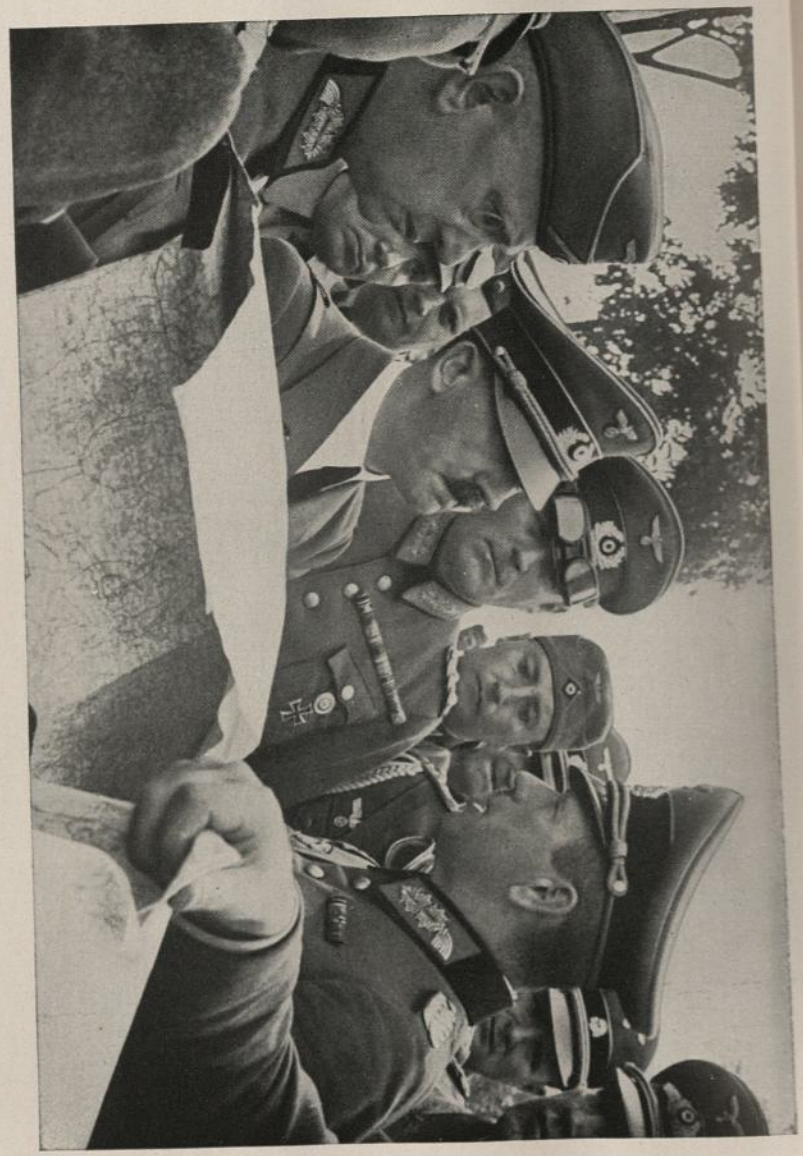
Vorwort

In dem Bestreben, wehrpolitisches Verständnis in weitesten Kreisen des Volkes zu wecken und zu fördern, glaubt die Deutsche Gesellschaft für Wehrpolitik und Wehrwissenschaften, auch jetzt trotz des Krieges mit dem wehrpolitischen Taschenbuch „Heer, Flotte und Luftwaffe" an die Oeffentlichkeit treten zu sollen. Großbritanniens Wille hat der Welt einen neuen Krieg aufgezwungen. Wir müssen siegen, wenn Deutschland leben soll. Aber nicht allein die Waffenträger der Nation stehen im Kampfe. Frontsoldat und Arbeiter erkämpfen gemeinsam den Sieg. Unsere Wehrorganisation steht vor der letzten Bewährungsprobe. Jeder Deutsche ist heute Soldat, der eine mit der Waffe, der andere an der Maschine. Es kommt auf jeden einzelnen an; alle sind Frontkämpfer, nur an verschiedenen Plätzen. Die wirtschaftliche Front ist im totalen Kriege genau so wichtig wie die militärische. Wie im Felde Divisionen und Luftgeschwader um den Sieg ringen, so vollzieht sich in der Heimat ein erbitterter Kampf zahlreicher wirtschaftlicher Betriebe. Ausfall und Versagen heimischer Arbeitsstätten könnte ähnliche Folgen und Wirkungen haben wie das Versagen eines Truppenteils im Kampfe.

Nachdem im letzten Taschenbuch das Großdeutsche Reich als Wehrraum betrachtet und geschildert worden ist, hat es sich die Gesellschaft nunmehr zur Aufgabe gemacht, die Aufmerksamkeit des Lesers auf wehr- und kriegswirtschaftliche Fragen zu lenken. Eine Reihe leicht verständlicher Abhandlungen soll auf die Aufgaben der Wirtschaft im Dienste und Rahmen des totalen Krieges hinweisen sowie auf die Notwendigkeit, restlos alle Produktionskräfte der Heimat durch eine kriegswirtschaftliche Organisation zu erfassen und zu lenken. Insbesondere sollen die Aufsätze dem Leser Aufschluß über die wehrwirtschaftlichen Voraussetzungen geben, unter denen eine staatlich gelenkte Kriegswirtschaft solche Leistungen hervorbringen kann, daß sie ebenbürtig als Sieger neben den Waffenträger treten kann.

Mein Dank gehört allen Mitarbeitern, die mir bei der Herausgabe des Taschenbuches helfend zur Seite gestanden haben.

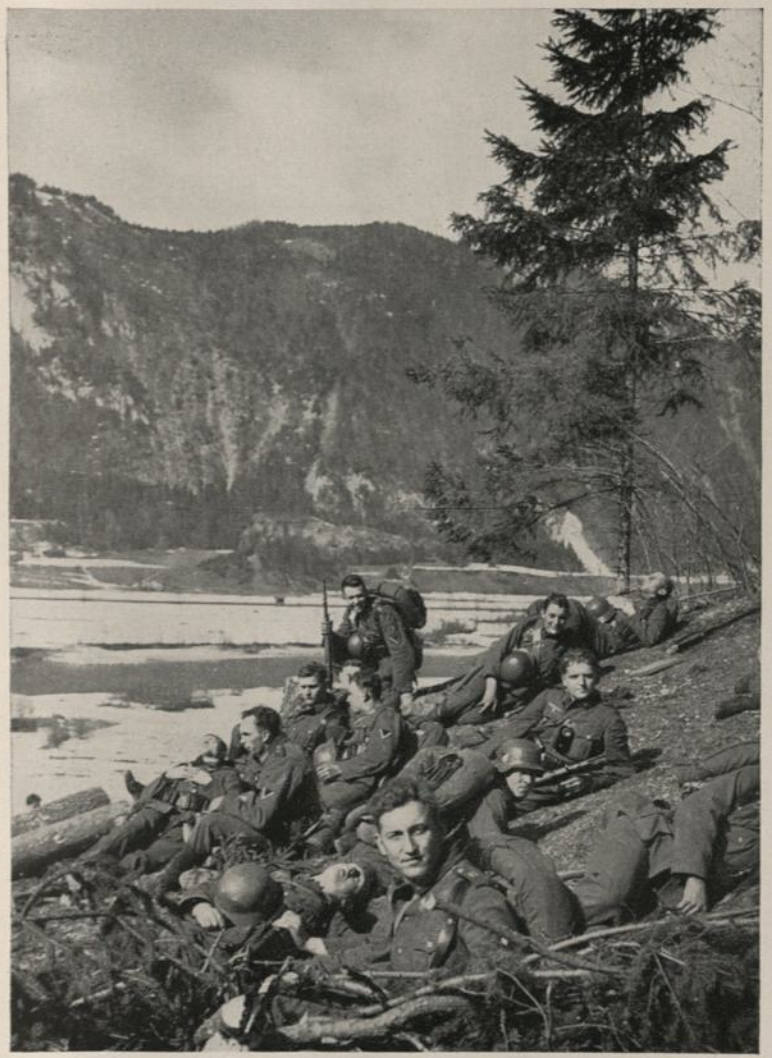
Der Präsident
von Cochenhausen



Der Führer läßt sich über die Lage berichten

Der Führer an der Südfront

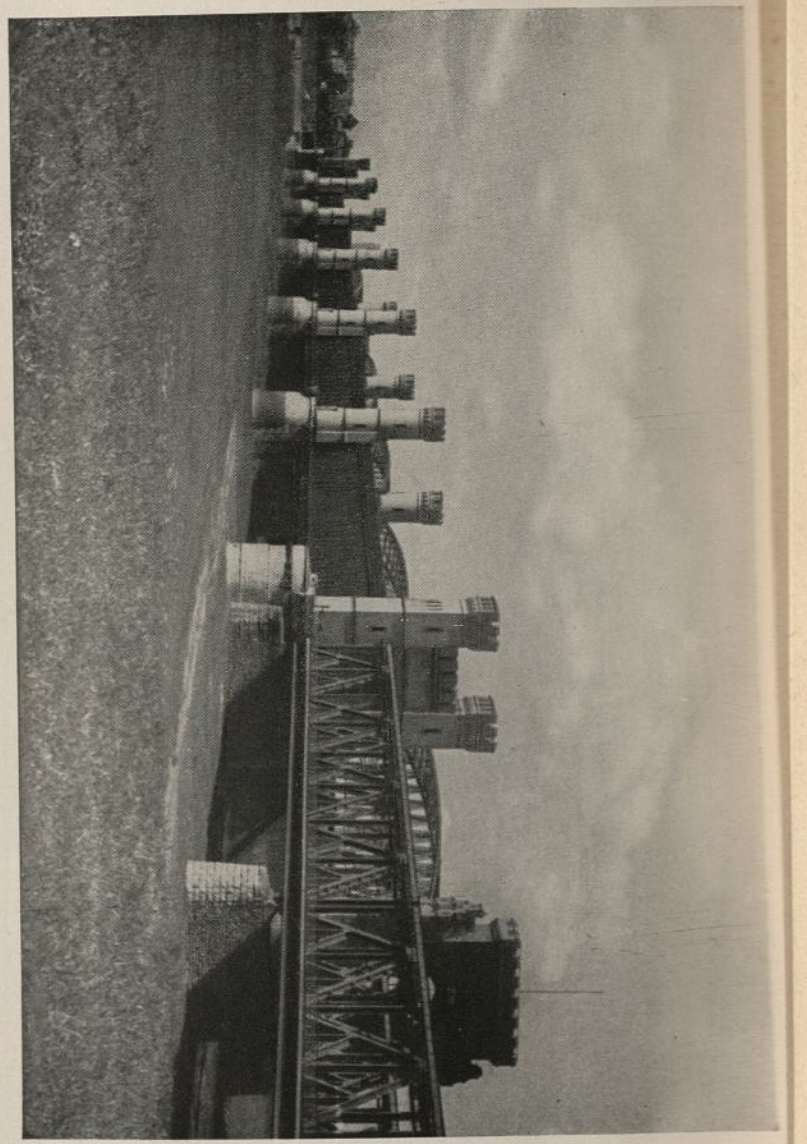
Essenausgabe im Lager an gefangene Polen



Einmarsch in die Ostmark
Rast am Inn kurz hinter Kufstein

Die von Polen gesprengte Weichselbrücke bei Dirschau

Parade der Legion Condor in Berlin



Die Weichselbrücke bei Dirschau vor der Sprengung durch die Polen

Die wehrpolitische Lage Großdeutschlands

Das Jahr 1938 hatte durch die Eingliederung Oesterreichs und des Sudetenlandes im Zuge des Aufbaus des Großdeutschen Reiches bereits wichtige Veränderungen in der wehrpolitischen Lage Deutschlands gebracht. In der fortschreitenden Entwicklung auf der gleichen Linie kann nun das Jahr 1939 als ein solches einschneidendster und durchgreifendster Lösungen bezeichnet werden.

Es sind besonders sechs Ereignisse, die diesem Jahr seine Prägung aufdrücken:

1. die Auflösung der bisherigen Tschecho-Slowakei, die Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren und seine Angliederung an das Großdeutsche Reich im März 1939;
2. die Kündigung des Nichtangriffspaktes mit Polen im April 1939;
3. die Kündigung des Flottenvertrages mit England im April 1939;
4. der Bündnisvertrag mit Italien im Mai 1939;
5. der deutsch-russische Nichtangriffspakt vom August 1939 und
6. der deutsch-polnische Feldzug im September 1939.

Um diese entscheidenden Hauptereignisse gruppieren sich wieder eine Reihe von Handlungen und Vertragsabschlüssen, die die wehrpolitische Lage Deutschlands vor allem im Norden, im Osten und Südosten wesentlich verändert und verbessert haben, während der seit September von England und Frankreich herbeigeführte Kriegszustand im Westen und Nordwesten Deutschlands wehrpolitische Lage nicht zu beeinträchtigen vermochte.

Die nahezu unheimliche Dynamik des Jahres 1939 offenbarte sich zuerst im März.

Am 15. März erfolgte die Vereinbarung mit dem tschechischen Staatspräsidenten Hacha und gleichzeitig der Einmarsch deutscher Truppen zur Sicherung des Protektorats Böhmen und Mähren, das am 16. März formell errichtet wurde. Am 23. März folgte der auf 25 Jahre abgeschlossene Schutzvertrag mit dem neu errichteten Staate Slowakei. Wehrpolitisch gesehen ergab sich hieraus:

1. die Beseitigung der bisher in das Herz des Reiches vorspringenden tschechischen Bastion Böhmen, die bekanntlich als Stützpunkt Deutschland feindlich gesinnter Völker in Mitteleuropa und als „Flugzeugmutterschiff" für die Sowjet-Union angesehen wurde. Damit ist für Deutschland die übelste Bedrohung aus unmittelbarer Nachbarschaft entfallen.

2. Gewonnen wurde für die Abrundung des in sich geschlossenen Wehrraumes im Südosten ein System wichtiger Querverbindungen an Straßen und Bahnen und zugleich die unmittelbare Verbindung zwischen Schlesien und der Ostmark. Darüber hinaus ermöglichte der Artikel 2 des Schutzvertrages mit der Slowakei der deutschen Wehrmacht, in einer Zone, die westlich von der Grenze des slowakischen Staates und östlich von der allgemeinen Linie: Ostrand der Kleinen Karpaten, Ostrand der Weißen Karpaten und Ostrand des Javornik-Gebirges begrenzt wird, militärische Anlagen zu errichten und in der von ihr notwendig gehaltenen Stärke besetzt zu halten. — Nicht unwesentlich ist auch die Einbeziehung der berühmten Waffenfabriken von Skoda in die Wehrgrenze des Reiches, um so mehr, als die meisten Balkanvölker Abnehmer der dortigen Produkte waren.

3. Durch die gleichen Ereignisse ist auch die Donau-Position des Großdeutschen Reiches wesentlich gestärkt worden, da im gesamten Oberlauf bis Preßburg die bisherige Flankenbedrohung weggefallen ist. Fühlbar hat sich mit diesen Veränderungen auch die Stellung des Großdeutschen Reiches den Balkanvölkern gegenüber geändert.

Der März hat aber auch im Nordosten eine fühlbare Veränderung gebracht durch das freiwillige Abkommen mit Litauen über die Rückgabe des Memellandes, das am 23. März durch die deutsche Wehrmacht besetzt werden konnte. Damit schob sich die deutsche Wehrgrenze über die Memel hinaus nach Osten. Andererseits gewann die Kriegsmarine einen wichtigen Hafen als Stützpunkt in der östlichen Ostsee.

Die Kündigung des Nichtangriffspaktes mit Polen Ende April geschah als Gegenschachzug gegen die englische Einkreisungspolitik, die nach der Auflösung der Tschecho-Slowakei seit dem Frühjahr 1939 machtvoll einsetzte und sich vor allem Polens als Gegengewicht im Osten anstelle der ausgefallenen Tschecho-Slowakei bediente. Deutschland hat Polen gegenüber seine Bereitwilligkeit zu einer Lösung auf vernünftiger Grundlage zum Ausdruck gebracht und gleichzeitig Nichtangriffsverträge mit Litauen am 22. März, mit Dänemark am 31. Mai und mit Lettland und Estland am 7. Juni abgeschlossen. Die nordischen Staaten: Norwegen, Schweden und Finnland erklärten, daß es solcher Verträge nicht bedürfe, da sie sich von Deutschland nicht bedroht fühlten. Dieses Vertragswerk fand eine Abrundung und Krönung durch den am 23. August abgeschlossenen deutsch-russischen Nichtangriffspakt. Mit einem Schlage war die Einkreisung der westlichen Großmächte durchbrochen. Zugleich zeichnete sich deutlich die neue Front im Osten ab, da Polen als einziger Staat übrig blieb, der sich der großartigen Befriedungsaktion des Führers nicht einfügte.

Der Führer hat bei der ebenfalls Ende April erfolgten Kündigung des Flottenvertrages mit England deutlich genug zum Ausdruck gebracht, daß er in England den führenden Faktor in der gegen Deutschland gerichteten Einkreisungspolitik sehe, daß er aber nach wie vor zu einer Verständigung mit England bereit sei, wenn England Deutschlands Lebensberechtigung anerkennen wolle. Die Frühjahrs- und Sommermonate des Jahres 1939 brachten eine Fülle von Machtdemonstrationen Englands mit sich, die angeblich der Erhaltung des Friedens dienen sollten, die aber dazu geführt haben, daß in den Ländern der Einkreiser, zu denen vor allem noch Frankreich, aber z. B. auch die Türkei gehören, eine ständige nervöse Spannung herrscht.

Der Ausbau der deutschen Flotte und Luftwaffe, der Küstenbefestigungen und des Westwalls stellen dem gegenüber eine unbestrittene Sicherung Deutschlands im Westen und Nordwesten dar, im Vertrauen

auf welche das deutsche Volk der weiteren Entwicklung der Lage mit Ruhe entgegensehen konnte.

Darüber hinaus wurde die Achsenfront Berlin—Rom noch weiter gefestigt durch den Bündnisvertrag zwischen Deutschland und Italien vom 22. Mai 1939, der auch ausgesprochene Militärklauseln enthält. Da Italien mit der Besetzung Albaniens, die am 7. April 1939 abgeschlossen wurde, die Straße von Otranto und damit das Adriatische Meer restlos beherrscht, ist Deutschland nach Süden völlig gesichert und hat Italien eine weitere Stärkung seiner Mittelmeerposition erfahren, die vor allem für Großbritannien und den Seeweg nach Indien sehr unangenehm ist.

In gleichem Sinne dürfte sich der von Italien und Deutschland geförderte Enderfolg General Francos in Spanien auswirken, über den begreiflicherweise auch Frankreich wegen der unmittelbaren Nachbarschaft und wegen des Seeweges nach Nordafrika beunruhigt ist.

Das Jahr 1939 hätte also mit einer wesentlichen Bereinigung und Beruhigung zu Ende gehen können, wenn es England nicht für an der Zeit gehalten hätte, schon in diesem Jahre die lange vorbereitete Machtprobe gegenüber Deutschland herbeizuführen. So wurde Polen durch ein eindeutiges englisches Garantieversprechen veranlaßt, sich allen Verständigungsversuchen Deutschlands über Danzig und den Korridor zu entziehen und im Gegenteil darüber hinaus eine höchst aggressive Haltung gegen Deutschland einzunehmen. Die Lage spitzte sich im Laufe des Sommers immer mehr zu und wurde Ende August 1939 durch die unglaublichen Verfolgungen der Volksdeutschen in Polen und durch unmittelbare Angriffe auf Danzig und das Reich so unhaltbar, daß der Führer am 1. September den Gegenangriff gegen Polen befahl. Vom 1. bis 23. September wurde Polen in einem Feldzug voll unerhörten Schwungs bei der deutschen Führung und der deutschen Truppe niedergeworfen, das polnische Heer restlos vernichtet und eine völlig neue Lage im Osten geschaffen. Mit Rußland, das seine Truppen im September ebenfalls von Osten nach Polen einrücken ließ, konnte eine deutsch-russische Interessengrenze an Narew, Bug und San festgelegt werden.

Damit ist Deutschlands wehrpolitische Lage im Osten jetzt eindeutig geklärt und gesichert. Danzig ist rechtmäßig ins Reich heimgekehrt, der Korridor und die Isolierung Ostpreußens sind endgültig wieder beseitigt.

Polen ist aber auch endgültig wieder von der Ostseeküste verschwunden. Weiter konnte alles von Volksdeutschen besiedelte Gebiet im Osten und damit auch das wertvolle oberschlesische Industriegebiet wieder dem Reich eingegliedert werden. Darüber hinaus hat das Großdeutsche Reich jetzt ein weit nach Osten vorgeschobenes Glacis erhalten, durch welches wieder die bisherige Flankenbedrohung Ostpreußens und Schlesiens verschwunden und ihre unmittelbare Verbindung miteinander sichergestellt ist.

Im Gesamtüberblick zeigt sich also, daß sich im Jahre 1939 nicht nur die wehrpolitische Lage Deutschlands, sondern der Achsenmächte überhaupt erheblich verbessert hat, obwohl in diesem Jahre genau so wie bei Ausbruch des Weltkrieges vor 25 Jahren eine Einkreisungsfront gegen Deutschland aufzubauen versucht wurde. Alle Erfolge der deutschen Außenpolitik konnten nur errungen werden, weil der Führer rechtzeitig eine starke Wehrmacht aufgebaut und ausgerüstet hat, deren Vorhandensein die politischen Erfolge ebenso vorbereiten half, wie ihr tatsächlicher und blitzschneller Einsatz in Auswertung dieser Erfolge schnellstens unangreifbare vollendete Tatsachen schaffen konnte.

Die Wehrmacht Großdeutschlands

Als gesetzliche Grundlagen der heutigen deutschen Wehrmacht sind die Wehrgesetze vom 16. März und 21. Mai 1935 anzusehen, zu denen im Laufe der letzten Jahre eine Reihe von zusätzlichen Gesetzen und Verordnungen erlassen wurde. Danach regelt sich der Wehrdienst auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht. Sie dauert vom vollendeten 18. bis zum vollendeten 45. Lebensjahr. Der Wehrdienst umfaßt einen zweijährigen aktiven Dienst und den anschließenden Dienst im Beurlaubtenstande (Reserve, Ersatzreserve, Landwehr und Landsturm). Das Wehrgesetz vom 21. Mai 1935 betont darüber hinaus ausdrücklich, daß „im Kriege jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau zur Dienstleistung für das Vaterland verpflichtet ist".

Die sittlichen Grundlagen der neuen Wehrmacht kommen im ersten Artikel der Neufassung der „Pflichten des deutschen Soldaten" vom 25. Mai 1934 zum Ausdruck. Dort heißt es: „Die Wurzeln ihrer Kraft liegen in einer ruhmreichen Vergangenheit, im deutschen Volkstum, deutscher Erde und deutscher Arbeit". Mit dieser Fassung der Pflichten wird deutlich zum Ausdruck gebracht, daß die neue deutsche Wehrmacht darauf Wert legt, die ruhmreiche Tradition ihrer Vorgänger weiter zu führen, daß sie ihren Angehörigen aber auch die Bedeutung einer aus Blut und Boden geschöpften Kraft ständig vor Augen hält, und daß jeder Wehrmachtangehörige sich der auch für die Wehrmacht unentbehrlichen Grundlage werteschaffender Arbeit bewußt sein muß. In dieser Fassung kommt also das nationalsozialistische Gedankengut ebenso deutlich zum Ausdruck wie die Betonung der zum Gedeihen unserer Wehrmacht notwendigen engen Verbundenheit zwischen ihr und unserem Volke.

An der Spitze der deutschen Wehrmacht steht der Führer selber als Oberster Befehlshaber. Als sein militärischer Arbeitsstab ist das Oberkommando der Wehrmacht in Berlin anzusehen, in dem alle für die drei Wehrmachtteile gemeinsamen Aufgaben sowie alle grundlegenden Angelegenheiten der Landesverteidigung bearbeitet werden. Chef des Oberkommandos der Wehrmacht ist Generaloberst

Keitel, der aus staatsrechtlichen Gründen auch mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichskriegsministers betraut wurde, obwohl es ein Reichskriegsministerium in früherem Sinne in Deutschland nicht mehr gibt.

An der Spitze der drei Wehrmachtteile: Heer, Kriegsmarine und Luftwaffe stehen zur Zeit als Oberbefehlshaber: Generaloberst von Brauchitsch, Großadmiral Dr. h. c. Raeder und Generalfeldmarschall Göring. Sie sind alle im Range von Reichsministern, um eine möglichst enge Verbindung zwischen militärischer und politischer Führung zu gewährleisten. Aus bestimmten Gründen besteht auch Personaleinheit zwischen dem Reichsluftfahrtminister und dem Oberbefehlshaber der Luftwaffe. Die Kommandobehörden der drei Wehrmachtteile sind das Oberkommando des Heeres, der Kriegsmarine und der Luftwaffe, die sämtlich in Berlin untergebracht sind.

Zur Erleichterung der Zusammenarbeit mit den Zivilbehörden sowie zur Musterung und Erfassung des Ersatzes ist das Reichsgebiet in Wehrkreise eingeteilt. An der Spitze jedes Wehrkreises steht ein Befehlshaber, der zugleich Kommandierender General des in dem betreffenden Wehrkreis liegenden Armeekorps ist. Innerhalb der einzelnen Wehrkreise mustert und hebt die Wehrersatz-Organisation den Ersatz für die gesamte Wehrmacht, Heer — Kriegsmarine — Luftwaffe, aus.

Neben den drei Wehrmachtteilen, jeweils jedoch zu einem Wehrmachtteil gehörend, ist nun beim Aufbau der Wehrmacht auch der passive Schutz der deutschen Grenzen wieder in seine Rechte getreten. Ein gigantischer Festungswall aus Stahl, Beton und Eisen schützt nach dem Willen des Führers jetzt als uneinnehmbares Bollwerk Deutschlands Lebensader, den Rhein, und den Westen des Reiches.

Der Führer hat Partei und Wehrmacht als die tragenden Säulen des neuen Reiches gekennzeichnet, und so schmücken ihre Sinnbilder auch den Eingang zur neuen Reichskanzlei. Die Verbindung zwischen Partei und Wehrmacht ist gewährleistet durch eine Verzahnung zwischen dem Stab Heß und dem Oberkommando der Wehrmacht. Obwohl dem aktiven Soldaten die politische Betätigung genau wie früher verboten ist, und deshalb auch die Zugehörigkeit zur Partei oder einer ihrer Gliederungen ruht, ist natürlich nationalsozialistische Grundhaltung und

Erziehung eine Selbstverständlichkeit für die heutige Wehrmacht. Unterricht über politische Tagesfragen sorgt bei der Truppe für ständige politische Schulung, soweit es im Rahmen der Waffenausbildung möglich ist. Das Führerkorps der Wehrmacht wird durch Vorträge führender Männer und Sachbearbeiter der Partei auf den Kriegsschulen und Akademien laufend unterrichtet. Außerdem sprechen auf besonderen Lehrgängen für Offiziere Reichsleiter und Schulungsleiter über Aufgaben der Volksführung. Andererseits unterrichten immer wieder bei Lehrgängen der Partei führende Offiziere über die Wehrmacht und ihre Aufgaben. Bei allen Feiertagen der Partei und des Volkes wirkt auch die Wehrmacht mit. Ihre Veranstaltungen auf dem Reichsparteitag in Nürnberg und die große Parade am Geburtstage des Führers in Berlin zählen mit zu den Höhepunkten dieser Tage.

Ferner ist auf Anregung des Generaloberst von Brauchitsch durch einen Erlaß des Führers vom 19. Januar 1939 eine ausdrückliche Regelung darüber getroffen, daß eine vor- und nachmilitärische Ausbildung aller Wehrpflichtigen durch die SA im Benehmen mit der Wehrmacht in besonderen „Wehrkameradschaften" erfolgt. Diese Ausbildung ist auch auf die anderen Wehrverbände der Partei: SS, NSKK und NSFK ausgedehnt worden.

Die Jahre 1938 und 1939 haben mit dem Einsatz der Wehrmacht bei der Eingliederung Oesterreichs, des Sudetenlandes, des Memellandes und bei der Errichtung des Protektorats Böhmen—Mähren das Vertrauen des Volkes zu seiner Wehrmacht gerechtfertigt und damit ein erneutes enges Verhältnis zwischen Volk und Wehrmacht herbeigeführt. Durch die wehrfähige Mannschaft der so gewonnenen Gebiete und der Volksdeutschen in Böhmen und Mähren hat die deutsche Wehrmacht einen wertvollen Zuwachs erhalten. Sie kann daher jetzt als Wehrmacht des Großdeutschen Reiches, als Waffenträger fast des gesamten im mitteleuropäischen Raum geschlossen siedelnden deutschen Volkstums angesehen werden. Ihre Ausrüstung und Ausbildung sowie ihre Leistungen flößen auch dem Ausland Achtung ein.

Die Wehrmacht ist Mitgarant der Sicherheit des Reiches und ihrem Obersten Befehlshaber, dem Führer des deutschen Volkes, bedingungslos ergeben. Entsprechend dieser ihrer Bedeutung und Stellung im Dritten Reich lautet auch gleich der erste Satz des neuen Wehrgesetzes: „Wehrdienst ist Ehrendienst am deutschen Volke".

Reichsarbeitsdienst beim Bau einer Notbrücke in Myslowitz

Pioniere bei Wiederherstellung einer von den Polen gesprengten Brücke

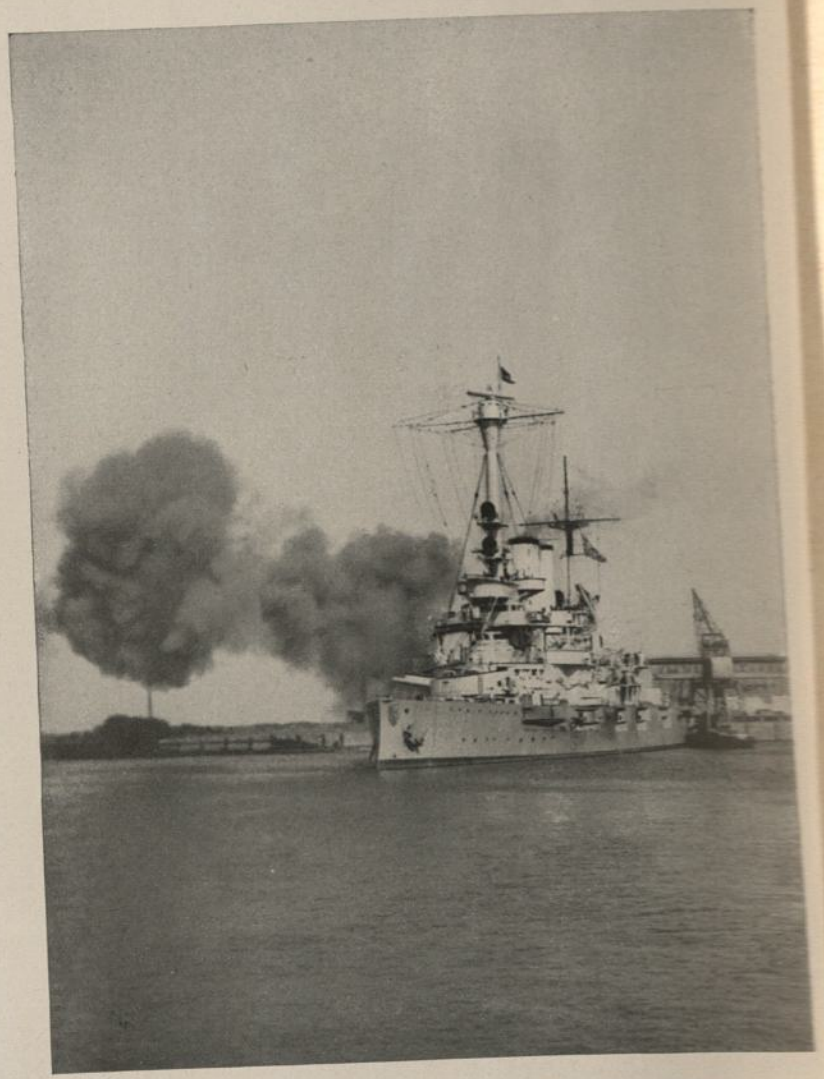
Uebersetzen eines Kübelsitzwagens auf Potonfähre über die Weichsel

Gesprengte Gleisanlagen am Brückenansatz der Dirschauer Weichselbrücke

Von Panzertruppen erbeuteter poln. Pontonwagen an der Weichsel

Bei Wilhelmshaven abgeschossenes engl. Flugzeug

Neben gesprengter Brücke durchwaten Vorhuten einen Fluß



Die „Schleswig-Holstein“ in der Weichselmündung

Das Heer

„Über sechs Jahre habe ich nun am Aufbau der deutschen Wehrmacht gearbeitet. In dieser Zeit sind über 90 Milliarden für den Aufbau der Wehrmacht aufgewendet worden. Sie ist heute die am besten ausgerüstete der Welt und steht weit über jedem Vergleich mit der des Jahres 1914! Mein Vertrauen auf sie ist unerschütterlich!“

Diese Worte des Führers aus seiner historischen Rede vor dem Großdeutschen Reichstag am 1. September 1939, in der er gleichzeitig den Kampf für des Reiches Ehre und Sicherheit verkündete, legten Zeugnis ab von der beispiellosen und unermüdlichen Arbeit, mit der in den vergangenen sechs Jahren seit der Machtübernahme das nationalsozialistische Deutschland seine Wehrmacht aus der kleinen Reichswehr des Zwischenreiches von Weimar aus- und aufgebaut hatte. Das galt neben der Kriegsmarine und der Luftwaffe insbesondere für das Heer.

Als der Führer und Oberste Befehlshaber der Wehrmacht in den frühen Morgenstunden des 1. September 1939 die deutsche Wehrmacht zum aktiven Schutz des Reiches aufrief, um der polnischen Gewalt Einhalt zu gebieten, da waren alle drei Wehrmachtteile zum Einsatz bereit. Das deutsche Friedensheer setzte sich damals wie folgt zusammen:

An der Spitze des Heeres stand und steht der Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst von Brauchitsch. Als Arbeitsstab dient ihm das Oberkommando des Heeres. Zu diesem gehören insbesondere der Generalstab des Heeres, das Heerespersonalamt, das allgemeine Heeresamt, das Heereswaffenamt und das Heeresverwaltungsamt.

Das Heer ist in 6 Heeresgruppen unter Führung je eines Oberbefehlshabers gegliedert, denen je mehrere Armeekorps unterstehen. Das

Heeresgruppenkommando 1 liegt in Berlin,

Heeresgruppenkommando 2 liegt in Frankfurt/Main,

Heeresgruppenkommando 3 liegt in Dresden,
Heeresgruppenkommando 4 liegt in Leipzig,
Heeresgruppenkommando 5 liegt in Wien und
Heeresgruppenkommando 6 liegt in Hannover.

An der Spitze jedes Armeekorps steht ein Kommandierender General mit einem Generalkommando.

Jedem Armeekorps unterstehen zwei bis drei Divisionen und außerdem einzelne Verbände verschiedener Waffen, sogenannte Korpstruppen. Der normale, zu operativer Verwendung geeignete Verband gemischter Waffen ist die Infanterie-Division, die sich im allgemeinen gliedert in den Divisionsstab, 3 Infanterie-Regimenter, 1 Artillerie-Regiment, schwere Artillerie sowie 1 Pionier-Bataillon, 1 Nachrichten- und 1 Sanitätsabteilung.

Militärisch ist das Reich in Wehrkreise eingeteilt, von denen es bis zum Ausbruch des Krieges 1939 insgesamt fünfzehn gab. Die Standorte der Generalkommandos der einzelnen Armeekorps sind friedensmäßig zum Teil dieselben wie die der Wehrkreiskommandos, und zwar in Königsberg (I), Stettin (II), Berlin (III), Dresden (IV), Stuttgart (V), Münster i. W. (VI), München (VII), Breslau (VIII), Kassel (IX), Hamburg (X), Hannover (XI), Wiesbaden (XII), Nürnberg (XIII), Wien (XVII) und Salzburg (XVIII). Außerdem gab es noch das Generalkommando des XIV. Armeekorps in Magdeburg, das des XV. Armeekorps in Jena, das des XVI. Armeekorps in Berlin, das des XIX. Armeekorps in Wien, das des XX. Armeekorps in Bonn, das des XXI. Armeekorps in Kaiserslautern und das Generalkommando des XXII. Armeekorps in Baden-Baden. Das Protektorat Böhmen und Mähren hat reichsdeutsche Garnisonen unter Wahrung der Territorialhoheit des Protektorats.

Entsprechend den Erfordernissen der Reichsverteidigung verfügt das Heer über eine Reihe verschiedener Waffengattungen. Jede dieser Waffengattungen ist erforderlich, um im Kriegsfalle im engsten Zusammenwirken mit den anderen den Sieg des Heeres sicherzustellen. Man unterscheidet daher folgende Waffengattungen im Heer: Infanterie und Jäger, schnelle Truppen (Panzertruppen und Kavallerie), Artillerie, Pioniere, Nachrichtentruppen, Fahrtruppen und Sanitätsabteilungen.

Die verschiedenen Waffengattungen unterscheiden sich äußerlich an der Uniform durch Waffenfarben. Das Oberkommando der Wehrmacht und des Heeres sowie der Generalstab tragen als Waffenfarbe karmoisinrot, die Ingenieuroffiziere sowie die Unteroffiziere und Mannschaften der Wehrersatzorganisation orangerot, ferner die Beamten dunkelgrün mit einer zweiten Nebenfarbe am Kragenspiegel und Schulterstück.

Infanterie und Jäger (Waffenfarbe: weiß bzw. grün):

Der Normalverband der Infanterie ist das Regiment, das im allgemeinen aus drei Bataillonen, einer Infanterie-Geschützkompanie und einer motorisierten Panzerabwehr-Kompanie besteht. Jedes Regiment verfügt über eine Vielzahl leichter und schwerer Waffen, und zwar führen die Schützen-Kompanien: Gewehr, Pistole und Handgranate, leichte und schwere Maschinengewehre sowie leichte Granatwerfer; die Maschinengewehr-Kompanien: neben Handfeuerwaffen schwere Maschinengewehre und schwere Granatwerfer; die Infanterie-Geschützkompanie: neben Handfeuerwaffen leichte und schwere Infanteriegeschütze; die Panzerabwehr-Kompanie: neben Handfeuerwaffen Panzerabwehrgeschütze.

Als Sonderformationen gibt es bei der Infanterie noch motorisierte Infanterie-Regimenter, motorisierte M. G.-Bataillone, Gebirgsjäger-Regimenter, das Infanterie-Lehrregiment usw.

Schnelle Truppen:

Zu diesen gehören die Panzertruppen und Kavallerie, d. h. die Panzerregimenter, Panzerabwehrabteilungen, motorisierte Schützenregimenter, Kradschützen-Bataillone, Reiter- und Kavallerie-Regimenter, Radfahrabteilungen und motorisierte Aufklärungsabteilungen.

Die Waffenfarben sind bei den Panzerregimentern und Panzerabwehr-Abteilungen rosa, wobei letztere ein „P" auf der Achselklappe tragen, bei den motorisierten Schützenregimentern und Kradschützen-Bataillonen wiesengrün, wobei letztere ein „K" auf den Achselklappen tragen, bei den Einheiten der Kavallerie- und Reiter-Regimenter sowie der Radfahrabteilung 1 goldgelb mit einem „R" auf der Achselklappe der Radfahrer. Die Waffenfarbe der Einheiten der motorisierten Aufklärungsabteilungen ist kupferbraun.

Die Bezeichnung „Schwadron" führen lediglich alle Einheiten der Reiter- und Kavallerie-Regimenter sowie die Radfahrabteilung 1.

Offiziere dieser Einheiten im Hauptmannsrang führen die Bezeichnung „Rittmeister". Alle übrigen Einheiten heißen „Kompanie", ihre Offiziere im Hauptmannsrang „Hauptmann".

Artillerie (Waffenfarbe: hochrot):

Der Normalverband der Artillerie des Heeres ist das Artillerie-Regiment, das sich in Abteilungen und Batterien gliedert. Man unterscheidet leichte bespannte Abteilungen, leichte Gebirgsartillerie-Abteilungen, leichte motorisierte und leichte reitende Abteilungen sowie schwere bespannte und schwere motorisierte Abteilungen. Die leichte Artillerie führt im allgemeinen als Geschütz die leichte Feldhaubitze mit einem Kaliber von 10,5 cm, vereinzelt auch die Feldkanone, Kaliber 7,7 cm. Die schwere Artillerie führt in der Masse als Geschütz die schwere Feldhaubitze, Kaliber 15 cm, einige Batterien auch die 10-cm-Kanone. Eines der wichtigsten Hilfsmittel zur Zielaufklärung und zum Einschießen ist neben dem Flieger die Beobachtungsabteilung für die artilleristische Führung.

Pioniere (Waffenfarbe: schwarz):

Der Normalverband der Pioniertruppe ist das selbständige Pionier-Bataillon, vereinzelt auch die selbständige Pionier-Kompanie. Jede Division verfügt über ein teilmotorisiertes Pionier-Bataillon. Außerdem gibt es noch vollmotorisierte Pionier-Bataillone. An Waffen führen die Pioniere neben dem Karabiner, der Pistole und Handgranate auch das leichte Maschinengewehr. Zur Durchführung der den Pionieren insbesondere zufallenden Erd-, Holz- und Eisenbearbeitung verfügen sie an Gerät über tragbares und gefahrenes Schanz- und Werkzeug, ferner über kleine und große Floßsäcke, Motorsägen, Drucklufterzeuger mit Preßluftbohrern zum Herstellen von Minenkammern und -löchern, über autogene Schweißapparate usw. Ihre Hauptaufgabengebiete erstrecken sich auf den Bau von Feldbefestigungen einschließlich Festungsbau, den Sperrdienst und den Flußübergang, d. h. auf das Uebersetzen in Floßsäcken und Einzelpontons, den Bau und Betrieb von Fähren sowie den Brückenbau aus dem mitgeführten Kriegsbrückengerät bzw. dem an Ort und Stelle beschafften Behelfsgerät. Außer diesen Hauptaufgaben haben die Pioniere als Sonderaufgaben durchzuführen z. B. Landungen an freier Küste mit Hilfe besonderen Landungsgeräts, Pionierdienst einschließlich Wegebau im Hochgebirge, Minieren, Eisenbahnbau und -unterhalt. Für letztere Aufgaben ist eine besondere Eisenbahnpioniertruppe geschaffen worden.

Nachrichtentruppe (Waffenfarbe: zitronengelb):

Die Trägerin des militärischen Nachrichtenwesens sind die Nachrichtentruppe und die Truppennachrichtenverbände. Alle Kommandostellen und Truppenteile sind mit besonderen Nachrichteneinheiten ausgestattet. Die Nachrichtenverbände der einzelnen Waffen und Truppenteile werden Truppennachrichteneinheiten genannt. Sie gehören organisatorisch zu ihren Truppenteilen, so daß jedes Regiment, jedes Bataillon usw. seinen eigenen Nachrichtenzug hat. Vom Divisionsstab aufwärts sind die Nachrichtenverbände jedoch in Nachrichtenabteilungen zusammengefaßt. Diese bilden die eigentliche Nachrichtentruppe. Die Nachrichtenabteilungen sind überwiegend motorisiert; nur bei den Fernsprechkompanien gibt es noch berittene und bespannte Trupps.

Aufgabe der Armee- und Korpsnachrichten-Abteilungen ist die Herstellung der rückwärtigen Verbindungen der höheren Führung, die der Nachrichtentruppen der Divisionskommandos und der Truppennachrichtenverbände der einzelnen Waffen dagegen die Sicherstellung der eigentlichen Gefechtsverbindungen. Zur Durchführung aller anfallenden Arbeiten verfügt die Nachrichtentruppe über eine Unzahl von Geräten, wie z. B. Fernsprech- und Funkgerät, Drahttelegrafie und Fernschreiber, Blink-, Leucht-, Schall- und Sichtgeräte, Brieftauben und Meldehunde.

Fahrtruppe (Waffenfarbe: hellblau):

Die Fahrtruppe besteht aus pferdebespannten und Kraftwagen-Abteilungen, deren Aufgabe es ist, die Heeresversorgung durchzuführen. Das Gebiet der Heeresversorgung umfaßt die Versorgung der Truppen mit Munition, Verpflegung, Gerät, Bekleidung usw., die Versorgung mit Kraftfahrgerät und Betriebsstoff sowie den Sanitäts- und Veterinärdienst. Zur Bewältigung dieser Aufgaben werden aus den Fahr- und Kraftfahr-Abteilungen, den sogenannten „Rückwärtigen Diensten", besondere Nachschubkolonnen zusammengestellt. Jede Fahr- und Kraftfahr-Abteilung verfügt über mehrere Fahr-Schwadronen bzw. Kraftfahr-Kompanien.

Sanitäts- und Veterinärdienste (Waffenfarbe: Sanitätstruppe kornblumenblau, Veterinäroffiziere karmoisinrot):

Der Sanitätsdienst im Heer umfaßt den gesamten Gesundheits- und Krankendienst sowie den Heeresersatzdienst. Jedem Truppenteil (Bataillon, Abteilung usw.) ist zur truppenärztlichen Betreuung ein Truppenarzt zugeteilt, welcher der Fachberater des Truppenführers ist,

nach dessen militärischen und den sanitätsdienstlichen Weisungen des Divisionsarztes er den Sanitätsdienst leitet. Außerdem leitet er verantwortlich die Fortbildung des Sanitätspersonals und die Ausbildung von Krankenträgern; ferner versieht er den Krankenrevierdienst und sorgt für die Durchführung zweckentsprechender Krankenbehandlung. Darüber hinaus überwacht er die hygienischen Maßnahmen innerhalb seines Dienstbereichs.

Der Veterinärdienst hat etwa die gleichen Aufgaben für die Behandlung aller Heerestiere, in erster Linie der Pferde. Bei jedem Regiments-, Abteilungsstab usw. gibt es Veterinäroffiziere. Wie der Heeressanitätsinspekteur Vorgesetzter sämtlicher Sanitätsoffiziere ist, so ist auch der Veterinärinspekteur Vorgesetzter sämtlicher Veterinäroffiziere.

Der Ausbildung der Offizierkorps dienen die Kriegs- und Waffenschulen, der weiteren Fortbildung die Kriegsakademie. Um ältere Offiziere in die Belange aller drei Wehrmachtteile, Heer, Kriegsmarine und Luftwaffe, einzuweihen, ist die Wehrmachtakademie in Berlin geschaffen worden. Zur Förderung von sogenannten „Spezialisten" bestehen außerdem noch Schulen für Sonderausbildung. So werden in der Heeressportschule in Wünsdorf Lehrkräfte für den Sport, in der Reit- und Fahrschule Hannover solche für Reiten und Fahren ausgebildet. Ferner gibt es z. B. eine Feuerwerkerschule, eine Waffenmeisterschule, eine Gasschutzschule usw. Zur Heranbildung eines geeigneten und tüchtigen Unteroffizierkorps bestehen besondere Heeres-Unteroffizierschulen. Für ältere Unteroffiziere bestehen zur Vorbereitung für den Uebergang in den späteren Zivilberuf besondere Heeresfachschulen. Auch für die Ausbildung der Sanitäts- und Veterinäroffiziere ist in der Militärärztlichen bzw. Veterinärakademie und sonstigen Sanitäts- und Veterinär-Instituten Vorsorge getroffen worden.

Die Kriegsmarine

Aufbau, Gliederung und Schiffsbestand

Wie für das Heer und die Luftwaffe, so hat auch für die Kriegsmarine die Möglichkeit zu einer freieren Entwicklung erst mit der Wiederherstellung der deutschen Wehrhoheit durch den Führer eingesetzt. Mit diesem Zeitpunkt konnte der Aufbau und Ausbau in einem Umfange in Angriff genommen werden, der Deutschlands berechtigten Ansprüchen auf Seegeltung zukam und der zugleich der tatkräftigen Vertretung der deutschen Seeinteressen entsprach.

Der Aufbau einer Flotte läßt sich nicht von heute auf morgen bewerkstelligen. Er bedarf vielmehr einer ganzen Reihe von Jahren, was ohne weiteres verständlich wird, wenn man bedenkt, daß allein der Bau eines einzigen der heutigen modernen Großkampfschiffe mehrere Jahre in Anspruch nimmt.

Nach 1920 war die ehemals so starke deutsche Flotte nur noch ein Schatten ihrer selbst. Ihr Kern setzte sich aus wenigen älteren Linienschiffen zusammen, die bereits im Weltkriege nicht mehr als ganz vollwertig hatten angesprochen werden können. Hinzu traten einige alte Kleine Kreuzer, Torpedoboote, Minensuchboote und Spezialfahrzeuge.

Schlachtschiffe, Flugzeugträger, Schwere Kreuzer waren dieser deutschen Flotte ebenso versagt wie Zerstörer und Unterseeboote.

Der Größe der etwaigen Ersatzbauten dieser Einheiten waren zudem Maßstäbe zugelegt, die im Sinn der neuzeitlichen Seekriegsführung als völlig unzureichend angesprochen werden mußten. Trotz dieser Hemmnisse und Widerstände hat es aber der Wille der Männer, die nach 1919 die Führung der deutschen Marine übernahmen, gepaart mit dem überragenden Können der deutschen Schiffbaukonstrukteure, vermocht, schon in wenigen Jahren wieder eine Flotte zu schaffen, die zwar zahlenmäßig klein, hinsichtlich ihres Materials und des Ausbildungsstandes ihrer Besatzungen aber vorzüglich war.

Im Jahre der Machtübernahme führten somit bereits neben den noch verbliebenen älteren Einheiten wieder fünf neue Kreuzer, zwölf neue Torpedoboote und das erste der im Bauprogramm vorgesehenen drei 10 000 ts Panzerschiffe die Flagge des Reiches.

Die neuen Aufbaupläne sehen naturgemäß die Erstellung von Einheiten der Kriegsschiffklassen vor, die auch in den Flotten der anderen Seemächte vorhanden waren und die bisher der deutschen Flotte gefehlt hatten, also Schlachtschiffe, Flugzeugträger, Schwere Kreuzer, Zerstörer und Unterseeboote. Daneben ging der Ersatz der vorhandenen, aber inzwischen veralteten Einheiten der anderen Schiffstypen.

Einen klaren Ueberblick über das bisher Errichtete gibt nachstehende Darstellung der Gliederung und des Schiffsbestandes der Kriegsmarine im Jahre 1939.

Die Gliederung der Kriegsmarine stellt sich demnach heute wie folgt dar:

An der Spitze der deutschen Kriegsmarine steht der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, Großadmiral Dr. h. c. Raeder. Ihm sind unmittelbar unterstellt das Oberkommando der Kriegsmarine in Berlin, der Marinegruppenbefehlshaber Ost in Kiel, der Flottenchef mit dem Flottenkommando in Kiel, der Kommandierende Admiral der Marinestation der Ostsee in Kiel, der Kommandierende Admiral der Marinestation der Nordsee in Wilhelmshaven, das Kriegsmarinearsenal in Kiel und die Kriegsmarinewerft in Wilhelmshaven sowie eine Reihe von Spitzenbehörden der Kriegsmarine in verschiedenen Standorten. Die Befehlsgewalt über die Flotte liegt beim Flottenchef. Ihm sind unmittelbar unterstellt:

Der Befehlshaber der Panzerschiffe
mit den Panzerschiffen „Admiral Graf Spee",
„Admiral Scheer",
„Deutschland"
und den Schlachtschiffen „Gneisenau"
und „Scharnhorst".

Der Befehlshaber der Aufklärungsstreitkräfte
mit den Kreuzern „Nürnberg",
„Leipzig" und
„Köln",
dem Führer der Torpedoboote und
dem Führer der Minensuchboote

und den diesen unterstellten Zerstörerflottillen, Torpedoboots- und Schnellboots- bzw. Geleit-, Minensuch- u. Räumbootsflottillen.

Der Führer der Unterseeboote
mit den der Flotte zugeteilten Unterseebootsflottillen.

Hierbei unterstehen dem Führer der Torpedoboote:
die 1. bis 4. Zerstörerflottille,
5. Zerstörerdivision,
5. und 6. Torpedobootsflottille,
1. und 2. Schnellbootsflottille;

dem Führer der Minensuchboote:
Die Geleitflottille,
1. und 2. Minensuchflottille,
1. und 2. Räumbootsflottille,

dem Führer der Unterseeboote:
die Unterseebootsflottillen „Weddigen" (1. U-Flottille),
„Salzwedel" (2. U-Flottille),
„Lohs" (3. U-Flottille),
„Emsmann" (5. U-Flottille),
„Hundius" (6. U-Flottille),
„Wegener" (7. U-Flottille).

Die Kommandogewalt über die gesamten Küsten- und Landstreitkräfte der Kriegsmarine liegt in den Händen der Kommandierenden Admirale der schon geographisch für das Reich vorbestimmten beiden Marinestationskommandos der Ostsee in Kiel und der Nordsee in Wilhelmshaven.

Dem Kommandierenden Admiral der Marinestation der Ostsee in Kiel sind unterstellt:
die Kommandantur der Befestigungen der westlichen Ostsee in Kiel,
die Kommandantur der Befestigungen der pommerschen Küste in Swinemünde,
die Festungskommandantur Pillau.

Weiter der Befehlshaber der Sicherung der Ostsee und der 2. Admiral der Ostseestation

mit der 1. und 3. Schiffsstammabteilung in Kiel,
der 5. Schiffsstammabteilung, Eckernförde,
dem 1. Schiffsstammregiment, Stralsund,
der 7., 9. und 11. Schiffsstammabteilung in Stralsund,
der 13. Schiffsstammabteilung, Saßnitz.

In die Befehlsbereiche der Kommandierenden Admirale fallen ferner an der Ostsee wie an der Nordsee territorial eine Reihe von Inspektionen und Spitzenbehörden der Kriegsmarine, die in den dortigen Standorten ihren Sitz haben.

Beim Kommando der Marinestation der Ostsee sind dies:

die Inspektion des Bildungswesens der Marine,
die Torpedoinspektion in Kiel,
die Marinenachrichteninspektion in Kiel,
die Sperrwaffeninspektion in Kiel,
die Inspektion der Marineartillerie in Kiel.

Auch dem Kommandierenden Admiral der Marinestation der Nordsee in Wilhelmshaven untersteht wiederum an erster Stelle die Küstenverteidigung an der Nordsee

mit der Kommandantur der Befestigungen von Ostfriesland in Wilhelmshaven,
der Kommandantur der Befestigungen von Nordfriesland in Cuxhaven und
der Kommandantur Wesermünde.

Weiter der Befehlshaber der Sicherung der Nordsee mit dem Fahrzeugverband der Nordsee und
der 2. Admiral der Nordseestation

mit der 2., 4. und 6. Schiffsstammabteilung in Wilhelmshaven,
dem 2. Schiffsstammregiment in Wesermünde,
der 8. Schiffsstammabteilung, Leer,
10. Schiffsstammabteilung, Wesermünde,
12. Schiffsstammabteilung, Brake,
14. Schiffsstammabteilung, Glückstadt.

Die Kommandogewalt des Kommandierenden Admirals der Marinestation der Nordsee erstreckt sich schließlich auch hier auf eine Reihe wichtiger Inspektionen und Spitzenbehörden der Kriegsmarine, so auf

die Schiffsmaschineninspektion in Wilhelmshaven,
die Inspektion der Marineartilleriezeugämter in Wilhelmshaven,
das Seezeichen- und Lotsenamt der Jade und
das Marineobservatorium in Wilhelmshaven.

Im Jahre 1939 setzte sich die neue deutsche Flotte aus folgenden Einheiten zusammen:

2 Schlachtschiffen zu je 26 000 ts,
3 Panzerschiffen zu je 10 000 ts,
6 Kreuzern zu je 6000 ts („Emden" 5400 ts),
19 Zerstörern zu je 1625 bzw. 1811 ts,
12 Torpedobooten zu je 800 ts,
49 Unterseebooten zu je 250, bzw. 500 und etwa 700 ts, weiter einer Reihe von Schnellbooten, Räumbooten, Minensuchbooten, Geleitbooten, Schulschiffen und anderen Spezialfahrzeugen.

Es sind im Bau bzw. geplant:

2 Schlachtschiffen zu je 35 000 ts (ein drittes ist geplant) mit 8 : 38 cm-Geschützen (sie sind inzwischen vom Stapel gelaufen und tragen die Namen „Bismarck" und „Tirpitz"),
2 Flugzeugträger zu je 19 250 ts (der erste lief am 8. 12. 1938 vom Stapel und erhielt den Namen „Graf Zeppelin").
5 Schwere Kreuzer zu je 10 000 ts mit 8 : 20,3 cm-Geschützen. (Sie erhielten beim Stapellauf die Namen „Blücher", „Admiral Hipper", „Prinz Eugen", „Seydlitz", „Lützow". „Admiral Hipper" ist inzwischen in Dienst gestellt.)
11 Zerstörer zu je 1625 ts bzw. 1811 ts,
23 Unterseeboote zwischen 250 und etwa 700 ts sowie eine größere Anzahl Schnellboote, kleine Torpedoboote, Minensuchboote, Räumboote und verschiedene Begleit- und Spezialschiffe.

Die Luftwaffe

Als der Führer im März 1935 dem deutschen Volk die Wehrfreiheit wiederschenkte, schuf er im Rahmen der neuen Wehrmacht neben Heer und Kriegsmarine als dritten Wehrmachtteil die Luftwaffe. Der mit ungeheurer Energie und restlosem Einsatz aller Kräfte durchgeführte Aufbau der Luftwaffe lag in der Hand des alten Kampfgenossen des Führers, des Generalfeldmarschalls Hermann Göring. Der Generalfeldmarschall steht als Reichsminister der Luftfahrt und Oberbefehlshaber an der Spitze der Luftwaffe. Sein Stellvertreter ist der Staatssekretär der Luftwaffe, Generaloberst Milch. Dem Reichsminister der Luftfahrt und Oberbefehlshaber der Luftwaffe unmittelbar unterstellt sind ferner: der Chef des Generalstabes der Luftwaffe, der Chef des Ministeramts und der Präsident der Luftwaffenkommission. Als oberste Verwaltungsbehörde der Luftfahrt und oberste Kommandobehörde der Luftwaffe umfaßt das Reichsluftfahrtministerium außerdem folgende Dienststellen: 1. des Chefs der Luftwehr mit dem Allgemeinen Luftamt, dem Luftwaffenverwaltungsamt und dem Luftwaffenpersonalamt; 2. des Chefs des Ausbildungswesen, dem die 15 Luftwaffeninspektionen unterstehen; 3. des Chefs des Nachtrichtenverbindungswesens und 4. des Chefs der Zentralabteilung im Reichsluftfahrtministerium.

Die Luftwaffe ist im Reichsgebiet gegliedert in Luftflottenkommandos und ein Luftwaffenkommando:

Luftflottenkommando 1 (Ost): Berlin,
Luftflottenkommando 2 (Nord): Braunschweig,
Luftflottenkommando 3 (West): München,
Luftflottenkommando 4 (Südost): Wien.

An der Spitze eines Luftflottenkommandos steht der Chef der Luftflotte und Befehlshaber.

Der Kommandierende General der Luftwaffe in Ostpreußen hat seine Dienststelle in Königsberg. Der General der Luftwaffe beim Oberkommando des Heeres ist der Befehlshaber der Heeresfliegerverbände, der General der Luftwaffe beim Oberkommando der Kriegsmarine ist der Befehlshaber der Marinefliegerverbände.

Die Kommandostellen der Divisionen liegen in:

1. Division: Berlin
2. Division: Dresden,
3. Division: Münster,
4. Division: Braunschweig,
5. Division: München,
6. Division: Frankfurt a. M.,
7. Division: Berlin,
Lehrdivision: Greifswald,
Seeluftstreitkräfte: Kiel.

Luftverteidigungskommandos befinden sich in Berlin, Stettin, Hamburg, Düsseldorf und Leipzig.

Außerdem ist das Reichsgebiet territorial entsprechend den Wehrkreisen des Heeres in Luftgaue eingeteilt, deren Kommandostellen folgende Standorte haben: Königsberg, Berlin, Dresden, Münster, München, Breslau, Hannover, Wiesbaden, Nürnberg und Wien.

Die Luftwaffe gliedert sich in die Fliegertruppe (Waffenfarbe goldgelb), die Flakartillerie (Waffenfarbe hochrot) und die Luftnachrichtentruppe (Waffenfarbe goldbraun).

Die Fliegertruppe umfaßt Aufklärungsflieger, Jagdflieger bzw. Zerstörer, und Kampfflieger bzw. Sturzkampfflieger, sowie die Fliegerausbildungsregimenter für die militärische Grundausbildung des Personals der Fliegertruppe, das sich teilt in fliegendes, technisches und allgemeines Personal und Nachschubeinheiten.

Die Aufklärungsflieger dienen der taktischen Nahaufklärung und der operativen Fernaufklärung. Besondere Arten der Nahaufklärung sind die Gefechtsaufklärung und die Tätigkeit des Artilleriefliegers (Einschießen und Feuerüberwachung). Der Verband, der die Aufklärung trägt, ist die Staffel; drei Staffeln bilden eine Aufklärungsgruppe. Die Aufklärung wird im allgemeinen einzeln geflogen. Die Beobachtung erfolgt entweder mit dem Auge oder durch Lichtbildgeräte. Größere Aufklärungsflugzeuge (Mehrzweckeflugzeug) können auch mit leichten Bomben ausgerüstet werden, falls ein Kampfauftrag ausgeführt werden soll.

Die Aufgabe der Jagdflieger und Zerstörer ist die Verteidigung; sie wird aber im Angriff gelöst. Das Wirkungsfeld der Jagdflieger

liegt zum Teil in der Heimat, zum Teil an der Front. In der Heimat werden wertvolle Schutzobjekte, Städte, Industrieanlagen, Verkehrsknotenpunkte u. a. durch die Jagdfliegerstaffeln in Verbindung mit der Flakartillerie gegen feindliche Bombenangriffe geschützt. Zur Benachrichtigung der Abwehrstreitkräfte dient der Flugmeldedienst. An der Front stören die Jagdflieger auch die gegnerische Gefechtsaufklärung und greifen im Tiefangriff in die Erdkämpfe ein.

Die Kampfflieger führen den Kampf aus der Luft gegen Erdziele, die sich entweder im Hinterland oder an der Front des Gegners befinden. Die Angriffe der Kampfflieger richten sich vor allem gegen die feindlichen Mobilmachungs- und Aufmarschgebiete, gegen die Bodenorganisation der feindlichen Luftwaffe und gegen wirtschaftliche Zentren aller Art. Die Kampfflieger sind in Geschwader (81 Flugzeuge) gegliedert, diese wieder in Gruppen (27 Flugzeuge) und Staffeln (9 Flugzeuge). Die Angriffe erfolgen bei Tag und Nacht im Verbande oder Einzelflug als Hoch- oder Tiefangriffe. Die Sturzkampfflieger führen ihre Angriffe im Sturzflug gegen Punktziele durch.

Die Flakartillerie ist in Verbindung mit den Jagdfliegern die Hauptabwehrwaffe zur Bekämpfung feindlicher Flieger jeder Art. Sie wird im Operationsgebiet der Front wie in der Heimat eingesetzt. Die Flakartillerie verfügt über weittragende Geschütze verschiedener Kaliber sowie über kleinkalibrige Maschinenwaffen. Es bestehen schwere Flakabteilungen, leichte Flakabteilungen und Scheinwerfer-Einheiten, die zu Flakregimentern zusammengefaßt sind. Sämtliche Verbände sind vollmotorisiert, um den raschen Einsatz der Waffen sicherzustellen.

Die Notwendigkeit eines eigenen sicheren Nachrichtennetzes der Luftwaffe führte zur Schaffung der Luftnachrichtentruppe. Ihr obliegt die Verbindung der Befehlsstellen untereinander und der Bodenorganisation mit den Fliegerverbänden sowie der Wetternachrichtendienst. Sie gliedert sich in Kompanien, Abteilungen und Regimenter; die Nachrichtenübermittlung erfolgt wie beim Heer durch Draht und Funk.

Die Luftwaffe verfügt zur Weiterbildung des Personals ihrer verschiedenen Waffengattungen über zahlreiche Schulen: Fliegerwaffenschulen, Fliegertechnische Schulen, Flugzeugführerschulen, Flakartillerieschule, Luftnachrichtenschule, Luftwaffenverwaltungsschule u. a. sowie zur Aus- und Weiterbildung des Offizierkorps über Luftkriegsschulen, die Höhere Luftwaffenschule und die Luftkriegsakademie.

Die Leistungen der Wehrmacht bis zum Ausbruch des Krieges gegen Polen

Noch bevor der polnische Feldzug 1939 die deutsche Wehrmacht vor die große Probe ihrer Leistungsfähigkeit gestellt hat, war es ihr vergönnt, bei verschiedenen Einsätzen außergewöhnlicher Art zu zeigen, wessen sie fähig war. Die in vielen anderen Heeren als wichtiges Erziehungsmittel mögliche Betätigung bei Unternehmungen des Kolonialkriegs war Deutschland allerdings verschlossen. Aber der Bürgerkrieg in Spanien gewährte die Möglichkeit einer Teilnahme an Kämpfen in einem wenn auch unter besonderen Umständen, so doch mit modernen Waffen geführten Kriege. Sie begann mit der Zur-Verfügungstellung von Flugzeugen, die zum Transport der afrikanischen Truppen der nationalen Regierung nach dem Festland verwendet wurden. Da die rote Flotte das Meer beherrschte, die marokkanischen Verbände aber die beste Truppe des Generals Franco darstellten, war schon diese Hilfeleistung von außerordentlich großer Bedeutung. Sie wurde im Laufe des Bürgerkrieges, der vom Juli 1936 bis Ende März 1939 dauerte, beträchtlich erweitert, teilweise durch Abgabe von Gerät, im übrigen durch Zusendung von deutschen Freiwilligen, die dann in der Legion Condor zusammengefaßt wurden, und von Ende 1936 an in einer Durchschnittsstärke von etwa 5000 bis 6000 Mann dauernd in Spanien verblieben sind, wobei jedoch eine Ablösung der dabei verwendeten Männer fortwährend eintrat. Den Hauptteil der Legion Condor stellte die Luftwaffe, die auch deren Führer in der Person der Generale Sperrle, dann Volkmann, schließlich Freiherr von Richthofen auf den Kriegsschauplatz entsandte. Die Verbände, die in Spanien auftraten, umfaßten alle Sonderarten der deutschen Fliegertruppe: Kampf-, Aufklärungs-, Jagd-, Zerstörer-Staffeln. Auch Seeflugzeuge waren unter ihnen. Neben einer sehr regen und teilweise entscheidenden Tätigkeit bei den Kämpfen übernahm die Luftwaffe auch die Aus-

bildung national-spanischer Flieger. Ihre Flak-Formationen dienten ebenfalls diesem Doppelzweck und haben auch im Erdkampfe vielfach mit besonders guter Wirkung eingegriffen. Die Flieger-Nachrichtentruppe baute ein musterhaftes Verbindungsnetz aus. Dem gegenüber haben die zahlenmäßig viel schwächeren Abordnungen des Heeres die Ausbildungstätigkeit in erster Linie betrieben, wenn auch zeitweise, insbesondere zu Beginn des Einsatzes die Panzerabteilung auch im Kampfe Verwendung fand und hier Gutes leistete. Die Lehrtätigkeit aber war von größter Wichtigkeit für die nationale Armee, für die die Heranbildung von Unterführern und Spezialisten eine Lebensfrage war. Aehnliche Aufgaben übernahm die noch schwächere Abordnung der Kriegsmarine, die aber außerdem bei der Fertigstellung von im Bau befindlichen spanischen Kriegsschiffen und bei deren Ausrüstung maßgebend mitwirkte, auch auf den Schiffen die Bedienung moderner Waffen die Spanier lehrte. Alle Teile der deutschen Wehrmacht haben während des spanischen Bürgerkrieges die alten deutschen Soldatentugenden in hervorragendem Maße gezeigt, aber auch selbst viel für die eigene Kampftätigkeit gelernt, ebenso für die Erkenntnis der Notwendigkeit einer sorgsamen Behandlung des heute so komplizierten Geräts. Das deutsche Gerät bestand dort eine scharfe Probe auf seine Kriegsverwendungsfähigkeit. Meistens zeigte sich diese voll vorhanden; welche Verbesserungen notwendig waren, lehrte der Einsatz in Spanien.

Ein beträchtlicher Teil der deutschen Flotte hatte während dieser Zeit zwar nicht durch Betätigung am Kampfe selbst, aber durch Verwendung in den spanischen Gewässern Gelegenheit zur Sammlung wichtiger technischer, aber auch infolge der abwechslungsreichen Haltung der verschiedenen Mächte zur Einmischungsfrage marine-politischer Erfahrungen. Dieser Einsatz ging nicht ohne Verluste vor sich, insbesondere bei dem Bombenangriff gegen die „Deutschland". Er zeigte aber die Leistungsfähigkeit unserer Schiffe und ihrer Besatzungen.

Gerade zu derselben Zeit, in der die großen Operationen Francos mit dem Durchbruch zum Mittelmeer im März 1938 begannen, die innerhalb eines Jahres dann zur Beendigung des Bürgerkrieges führen sollten, trat zum ersten Male in der Heimat an einen beträchtlichen Teil der deutschen Wehrmacht die Gelegenheit heran, mitten aus einer gewaltigen organisatorischen und Ausbildungsarbeit beim Aufbau der neuen Reichsverteidigung vom Führer gerufen zu werden, um seiner Politik den nötigen militärischen Rückhalt zu geben. Der Proklamation

des Führers, wonach auf die Bitte der provisorischen Regierung Oesterreichs dorthin deutsche Truppen einrückten, um die Möglichkeit einer wirklichen Volksabstimmung zu schaffen, folgte unmittelbar auf dem Fuß am 12. März 1938 um 8 Uhr morgens der Einmarsch der deutschen 8. Armee in österreichisches Gebiet. Da das österreichische Heer in acht Divisionen und weiteren Verbänden etwa 58 000 Mann Friedensstärke zählte und anfänglich bei der Regierung Schuschnigg die Absicht des Widerstandes zu bestehen schien, wurde der Einmarsch von so starken Truppen durchgeführt, daß unbedingte Ueberlegenheit vorhanden war. Das VII. und XIII. Armee-Korps sowie motorisierte Truppen waren angesetzt, um mit den Hauptkräften aus dem Südosten Bayerns in Richtung Wien vorzugehen, gleichzeitig aber von Vorarlberg bis Salzburg auch in die Gebirgslande einzurücken. Die ganze Unternehmung war gekennzeichnet durch die außerordentliche Tatkraft und Schnelligkeit, mit der sie durchgeführt wurde. Die zahlreich verwendeten Flieger trafen sofort auf dem Wiener Flugplatz Aspern ein. General Guderian erreichte bereits nach 20stündigem Marsch in der Nacht mit den ersten Teilen der motorisierten Truppen Wien, eine Division folgte mit der Eisenbahn, während die übrigen Truppen mit glänzenden Marschleistungen bis zum 22. März das gesamte österreichische Gebiet besetzten und an den Grenzen die Verbindung mit den Truppen der Nachbarstaaten aufnahmen. Ohne jedes Blutvergießen war diese Unternehmung, die Oesterreich ins Reich zurückführte, abgeschlossen. Sie hatte, zumal die anfangs noch fragliche Haltung der Westmächte zu verschiedenen Vorsichtsmaßregeln Anlaß gab, wertvolle Erfahrungen für die Mobilmachung in kürzester Frist ergeben und die hierfür getroffenen Vorbereitungen im allgemeinen als gut erkennen lassen. Mit der Eingliederung der österreichischen Wehrmacht und der Neubildung von zwei Wehrkreisen erfuhren Heer und auch Luftwaffe eine beträchtliche Verstärkung. Selbst die Marine wurde durch Uebernahme der Donau-Flottille beteiligt.

Die tschechische Mobilmachung am 21. Mai 1938 leitete eine Spannungszeit ein. Sie nötigte zunächst zur Verdoppelung der Luftwaffe und im Hinblick auf die Haltung Englands und Frankreichs gegenüber den tschechischen Maßnahmen zur Anordnung des Ausbaus des Westwalls. Wenn auch Vorbereitungen seit dem April 1936 hierfür schon im Gange und einzelne Bauten schon fertiggestellt waren, so war das nunmehrige Programm ein Vielfaches des bisherigen und hat in

seiner Durchführung die größte fortifikatorische Leistung der Geschichte ergeben.

Im Herbst 1938 schien die Gefahr nahe zu liegen, daß die Lösung der Frage der Rückkehr Sudetendeutschlands ins Reich nicht nur der Tschechei gegenüber mit Waffengewalt gelöst werden mußte, sondern auch eine Einmischung anderer Mächte zur Folge haben würde. Unter diesen Umständen mußte das deutsche Reich sehr umfangreiche Vorbereitungen treffen, um die eigene Sicherheit zu wahren. Für den Einmarsch zur Befreiung der Sudetendeutschen, dem die Tschechen in den von ihnen seit Jahren ausgebauten starken Befestigungslinien entgegentreten konnten, wurden unter den Generalen Ritter von Leeb, von Bock, von Reichenau, von Rundstedt und List fünf Heeresgruppen mit zehn Armee-Korps und etwa dreißig Divisionen bereitgestellt. Von diesen bestand etwa die Hälfte aus motorisierten und Panzertruppen, mit denen wiederum größte Schnelligkeit der Bewegungen bei Ausübung starker Feuerkraft angestrebt werden sollte. 500 Flugzeuge waren zur Unterstützung bestimmt, und hunderte von Flak-Batterien standen zum Schutze der bedrohten Teile des Reiches bereit. Außerdem aber wurden starke Reserven des Heeres und der Luftwaffe ausersehen, für den Fall eines Eingreifens anderer Mächte das Reich zu schützen. Der Ausgang der Verhandlungen, den das Münchener Abkommen bildete, brachte es mit sich, daß es zu Feindseligkeiten nicht kam, vielmehr die deutschen Truppen von allen Seiten zwischen dem 1. und 10. Oktober ohne Widerstand die auf Grund jenes Abkommens festgesetzten vier Abschnitte des von den Tschechen zu räumenden Gebietes nacheinander besetzten.

Der Ausgang dieses Einsatzes im Sudetenland führte mehr als 3 Millionen Menschen in das Großdeutsche Reich und gestattete eine weitere Vermehrung des jetzt 18 Armee-Korps zählenden Heeres, während vom Anfang Februar 1939 an die vermehrte Luftwaffe in 3, später 4 Luftflotten eingeteilt wurde.

Am 15. März 1939 erfolgte wiederum der Einsatz deutscher Truppen, nunmehr in Böhmen und Mähren, wo infolge der dort entstandenen Anarchie der Präsident der tschecho-slowakischen Republik tags zuvor um den Schutz des Reiches gebeten hatte. Der Aufwand an Truppen konnte diesmal bedeutend geringer sein, als im Herbst 1938. Die Heeresgruppen 3 und 5 unter den Generalen Blaskowitz und List marschierten von Nord, West und Süd ein. Ganz besonders schwierig gestaltete das Wetter diese Unternehmung. Der

Winter war insbesondere in den nördlichen Randgebirgen wieder eingefallen. Tiefer Schnee und vereiste Straßen stellten sich den vormarschierenden Verbänden, bei denen wiederum die mechanisierten und motorisierten Truppen zahlreich vertreten waren, entgegen. Trotzdem erreichten sie bereits am ersten Tage Prag, Budweis, Brünn, Iglau und Olmütz, während Mährisch-Ostrau schon vorher besetzt worden war. Am Abend konnte der Führer bereits bei seinen Truppen auf dem Hradschin erscheinen. Die sich aus der Ostmark und aus Schlesien entgegenkommenden deutschen Spitzen trafen sich sehr bald halbwegs, westlich der Grenze der Slowakei, die ihre Selbständigkeit erklärt und deutschen Schutz erbeten hatte. Mit der Schaffung des Protektorats Böhmen und Mähren und der Zustimmung der Slowakei zu deutscher Besetzung ihrer westlichen Teile verbesserte sich die wehrpolitische Lage Deutschlands und seine Grenzgestaltung sehr stark.

Der unmittelbar darauf am 22. März abgeschlossene Vertrag mit Litauen brachte auch das Memelland wieder zur deutschen Heimat zurück. Bei der auch ohne jede Kampfhandlung sich vollziehenden Unternehmung waren alle drei Teile der Wehrmacht beteiligt; diesmal auch in besonderem Maße die Kriegsmarine. Auf dem Panzerschiff „Deutschland" zog der Führer in Memel ein.

Es waren also keine kriegerischen Vorgänge, die die deutsche Wehrmacht im Osten des Reiches erlebte. Immerhin sind sie von großer Bedeutung für diese gewesen. Die Art und Weise, wie schon die Aufbietung der deutschen Streitkräfte genügt hatte, um das Ausland vom Eingreifen in die Vorgänge abzuhalten und diese kampflos zu gestalten, zeigte die Anerkennung der großen Arbeit, die das Reich im Aufbau geleistet hat. Die Wehrmacht selbst aber empfing aus dem glatten Vollzug ihrer Maßnahmen das berechtigte Selbstbewußtsein, daß Führung und Truppe richtig vorgearbeitet hatte und auch schwereren Aufgaben gewachsen war.

Der Krieg in Polen

Schon vor dem Weltkriege bot der Verlauf der deutsch-russischen Grenze, die von südlich Soldau her, östlich Thorn, Gnesen, Ostrowo, Kempen, Lublinitz verlaufend und dann scharf nach Osten zurückbiegend, eine weit nach Westen vorspringende Ausbuchtung bildete, strategisch ein Problem, — für Angriff und Verteidigung in gleichem Maße. Die Gefahr lag immer in den Flanken, im Norden in Ostpreußen, im Süden in Galizien. Wir brauchen hier nicht zu erörtern, welche Gefahren für den einen und welche Aussichten für den anderen ein Zangenangriff bot, der in den Raum östlich der Weichsel faßte und sich, von Norden her über Przasnysz und von Süden aus Galizien heraus über Tomaszow—Lublin geführt, in der Gegend von Siedlce traf, um alles, was westlich davon lag, die Weichsellinie mit Warschau abzuschnüren. Der „polnische Sack" war dem alten russischen Generalstab stets ein angstdrohender Begriff gewesen, mit dem er nicht fertig wurde. Die operativen Vorteile, die Westpolen als Brücke und Sprungbrett für einen Angriff nach Westen in der Stoßrichtung auf Berlin bot, wußte man in Petersburg nicht wahrzunehmen oder scheute es, aus Sorge um die langen, bedrohten Flanken im Norden und im Süden. Auch die Mittelmächte haben das Problem nicht gemeistert, weil die deutsche Oberste Heeresleitung es 1914 und 1915 nicht ernstlich anfaßte.

Nach dem Weltkriege ist dem neuerstandenen Polen das Erbe zugefallen, den Weichselraum, den drei zusammengebrochenen Kaiserreichen um billigen Preis abgenommenen Raub, zu sichern. Es war ein Vorteil, daß sich in die Grenze der bisher bedrohten Südflanke drei, z. T. befreundeter Staaten teilten. Es schien ein Vorteil für Polen,

daß Ostpreußen an der gefährdeten Nordgrenze keine Landverbindung mit dem Reiche hatte und durch den Korridor zu einer Insel geworden war. Dafür erstreckte sich aber die Westgrenze Neupolens durch den Raub Pommerellens und Posens weit über die alte Grenze hinaus nach Westen bis nahe an die Oder. Westpolen mit Posen und dem Korridor bildeten einen neuen erweiterten „Sack", gewiß nicht leicht zu verteidigen, aber mit unschätzbaren Vorteilen für einen Angriff nach Westen, einem Aufmarschraum bei Posen so nahe der Oder, daß Berlin ernstlich und dauernd bedroht erschien.

Ein neuer „polnischer Sack" war entstanden, westwärts verschoben, aber ohne die galizische Flanke. Wenn man Raub verteidigen will, muß man die Hand auf ihn legen. Wenn man mit der Blankovollmacht des englischen Empires in der Tasche Deutschland anfallen will, muß man in Pommerellen und Posen aufmarschieren. Wenn man Ostpreußen zur Beute polnischer Großmannssucht machen will, muß man seinen Charakter als Insel durch Stellungen im Korridor aufrecht erhalten und vom Narew her angreifen. So war diesmal im Gegensatz zu 1914 damit zu rechnen, daß der Gegner nahe der Grenzen zu finden und insbesondere nahe der Westgrenze zu fassen war.

Der Bericht des Oberkommandos der Wehrmacht vom 23. September 1939 hat in geradezu klassischer Form, vorbildlich in Klarheit, Kürze und Stil, die Grundlagen der Entschlüsse und den großen operativen Leitgedanken entwickelt.

Nachdem alle diplomatischen Bemühungen zur Erhaltung des Friedens an der unfaßbaren Verstocktheit der polnischen Regierung, die nur durch die Londoner Blankovollmacht einigermaßen erklärbar ist, gescheitert waren, sah sich die deutsche Staatsführung zum Handeln gezwungen. Immer ist Angriff der beste Schutz. Die deutsche Führung hatte Nachrichten über den polnischen Aufmarsch, die klar auf Angriff hindeuteten. Bei der Nähe der Grenzen zu deutschem Kernlande war die Gefahr einer Ueberrumplung groß. Wollte man deutsches Land vor Kriegsschrecken bewahren, mußte man dem drohenden polnischen Angriff mit wuchtigem Schlage zuvorkommen. Mit entschlossener Sicherheit wurden in Ruhe und geheim die notwendigen Vorbereitungen getroffen und der Aufmarsch durchgeführt. Schlagartig, überraschend und mit unwiderstehlicher Wucht wurde der Stoß durchgeführt, ein

Stoß, der von Beginn an auf Vernichtung durch Abschnürung und Umklammerung abzielte. Alte Lehren großer Meister des Schwertes wurden in vorbildlicher und, an dem gewaltigen Erfolge gemessen, in bisher unerreichtem Ausmaße und meisterhafter Vollendung in die Tat umgesetzt. In wohl durchdachtem Aufmarsch lag die Voraussetzung für erfolgreiches Ausreifen des operativen Gedankens. Der fernstehende Betrachter mag des Glaubens sein, daß alle Erfolge zwangsläufig und berechenbar eintreten, — wie ja nach solcher Meinung auch Sedan kommen mußte, — ohne zu ahnen, daß die Wechselfälle des Krieges, bedingt durch Entschlüsse und Handlungen des Gegners, bei Führung und Truppe dauernd Wendigkeit, Beweglichkeit und Verantwortungsfreudigkeit fordern, die nur dann den gesuchten großen Enderfolg verbürgen, wenn die oberste Führung bei weiter Zielsetzung sicher und unbeirrt an ihrem operativen Gedanken festhält und in großen Zügen die Bewegungen leitet.

Um die denkbar sichersten Voraussetzungen für eine Vernichtungsoperation zu schaffen, wurden schon im Aufmarsch und im Ansatz alle Umklammerungsmöglichkeiten wahrgenommen. Der an sich in Oberschlesien—Mähren seine Begrenzung findende rechte Südflügel wurde durch Einbeziehung der befreundeten Slowakei nach Osten so verlängert, daß von Beginn an in Galizien eine Gruppe auf dem rechten Ufer der Weichsel in nordöstlicher Richtung angesetzt werden konnte.

Die deutsche Führung entschied sich für drei Hauptstoßrichtungen mit dem gemeinsamen Ziele Warschau: aus der Gegend von Kreuzburg in Oberschlesien über Tomaszow, aus der Gegend Schneidemühl—Flatow die Netze aufwärts in Richtung Kutno und aus Ostpreußen über Mlawa—Przasnysz auf Warschau; die Posener Front wurde ausgespart. Die Stoßarmee Flatow mußte sich im Vorgehen gegen den Weichselabschnitt Fordon—Graudenz fächerförmig auseinanderspalten. Ihr Südpfeil wies in südöstlicher Richtung auf die Gegend von Kutno, wo westlich Warschau der Kreuzburger Südgruppe die Hand zu reichen war. Ihre Mitte war geradeaus gegen die Weichsel gerichtet, um mit einer Seitengruppe der ostpreußischen Armee im Korridor zusammenzutreffen und den Gegner im nördlichen Korridor an der unteren

Weichsel und vor Danzig abzuschnüren. Nach innen zu, nach der Warthe hin, hatten sich die Heeresgruppen Nord und Süd gegen die polnische Posener Armee durch tiefe Staffelung so zu decken, daß sie jederzeit gegen den dort stehenden anfallbereiten Gegner eindrehen und die von ihr zu erwartende Flankenbedrohung abwehren konnten, um die Hauptstoßrichtungen nicht zu schwächen. Von größter Bedeutung war kräftiger Druck aus Ostpreußen in südlicher Richtung auf Warschau zur Entlastung aller in Westpolen vorgehenden Armeen und zur Abschnürung der Weichselfront im Osten. In der Anlage der Operation war also eine zweifache große Klammer, eine westlich und eine zweite östlich der Weichsel angedeutet und vorgezeichnet. Im Verlauf kamen sie zu voller Auswirkung. Die große Gesamtschlacht in Polen, die letzten Endes die ganze polnische Wehrmacht zum Kampfe stellte und restlos zertrümmerte, vernichtete oder gefangen nahm, führte zu einem Vernichtungssiege ohne Beispiel in der Kriegsgeschichte aller Zeiten, — ohne Beispiel nach Zahl der Kämpfer und Gefangenen, — ohne Beispiel nach Raum und Zeit; es war der restlose Sieg des Motors, am Boden und in der Luft. Der Gegner war nicht nur in voller Breite, sondern auch in seiner ganzen Tiefe am Boden und in der Luft umklammert. Die dreiwöchige Gesamtschlacht löste sich in eine ununterbrochene Reihe einzelner Einkreisungs- und Vernichtungsschlachten auf. Im nördlichen Korridor, mit Gdingen und Hela, bei Kutno und an der Bzura, wo sich das Schicksal der Posener Armee vollendete, bei Radom, bei Lemberg, in Warschau und schließlich zwischen Weichsel und Bug. Was dann an Trümmern schließlich nach ostwärts entkam, wurde den Russen in die Arme getrieben.

Die Weltgeschichte kennt keine ähnliche Katastrophe, wie sie im September 1939 die polnische Wehrmacht dank der Verantwortungslosigkeit und Unfähigkeit ihrer Führung über sich ergehen lassen mußte.

Der kaum dreiwöchige Vernichtungsfeldzug, der mit restloser Zermalmung der lebendigen Kraft des Gegners und mit der Zertrümmerung eines ganzen Staatswesens geendet hat, zeigt die erstaunliche Tatsache, daß die deutsche Führung von der ersten Stunde an die Initiative an sich gerissen und fernerhin bis zur letzten Stunde dem Gegner das Gesetz diktiert hat. Die Schüler eines Moltke, eines Schlieffen haben ihre großen Meister und Lehrer übertroffen.

Neben der genialen Führung trägt ein nicht geringes Verdienst an dem schnellen und entscheidenden Sieg auch die Organisation. Sie hat es verstanden, taktische Gestaltung der Wehrmacht und Führung so eng zu verknüpfen, daß Herstellung und Führung der Waffe von einem zielsicheren, einheitlichen Willen geleitet und beseelt waren. Das führungsmäßige Element, der Generalstab, stand nicht neben der Organisierung des Heerwesens, mit nur beratender, anregender Befugnis und geringer, schwer abgrenzbarer Einwirkung auf den Ausbau der Wehrmacht, nicht mit einer Nebenrolle im Frieden, aber mit der alleinigen Verantwortung für Sieg und Niederlage, — wie in den Zeiten des Zweiten Reiches, — Moltke neben Roon, Generalstabschef neben Kriegsminister, beides Immediatstellen, aber im Verfassungsstaat das Uebergewicht im Frieden bei dem für die Führung im Kriege nicht verantwortlichen Kriegsminister.

Der autoritäre Staat mit dem Führerprinzip fand die Lösung und man kann wohl sagen, nur in dieser Staatsform konnte die Lösung gefunden werden, die den Dualismus Generalstab — Ministerium unseligen Angedenkens ausschaltete und ohne Kompetenzkonflikte und Ressortstreitigkeiten geschlossenen wuchtigen Einsatz nicht etwa nur des Heeres, sondern der gesamten Wehrkraft des ganzen Volkes verlangte. Gestalter der Wehrmacht und ihre berufenen Führer im Kampf bildeten eine organische Einheit, wie sie bei Friedrich dem Großen und Napoleon zu finden war und sich erfolgreich auswirkte.

Nach einem beispiellosen Vollsiege ungeahnten Ausmaßes, durch den die ganze Welt überrascht wurde, stehen wir im Osten vor einer neuen, nicht minder großen Aufgabe: dem Aufbau. Er wird, nachdem der Soldat seine Schuldigkeit getan und die Feuerprobe ruhmreich bestanden hat, an die Verwaltung herantreten, in erster Linie Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung fordern, als Voraussetzung der wirtschaftlichen Erschließung des neuen Interessengebietes, dessen östliche Abgrenzung mit der polnischen östlichen Sprachgrenze so genau zusammenfällt, wie solche überhaupt örtlich festzulegen ist. Was weiter östlich liegt, ist russisch, weißrussisch oder ukrainisch. Der polnische Volksraum ist unter deutsche Obhut gestellt. Deutsche Arbeit wird ihn zu wirtschaftlicher Blüte bringen. Unvorstellbare Möglichkeiten eröffnen sich.

Landwirtschaftlich ein Ueberschußgebiet, wird polnisches Land seine Produkte der deutschen Volksernährung zuführen und seine dünnbevölkerten Gebiete der Siedlung öffnen. An Reichtum und Umfang kaum abschätzbare Waldbestände werden Holz als wertvollen Rohstoff in unabsehbarer Menge für Bau- und Grubenhölzer sowie Zellstoff-Fabrikate aller Art dem deutschen Markte zuführen. Das Stromgebiet der Weichsel unter einheitlicher deutscher Organisation wird als Verkehrsader und Transportweg größter Leistungsfähigkeit die Hölzer aus den Karpaten, von den Ufern des San, der Pilica, des Bug und Narew erfassen, sie stromabwärts ihren Verarbeitungsstätten zuleiten und in den bisher so vernachlässigten Weichselstädten eine reiche Holzverarbeitungsindustrie erblühen lassen. Danzig an der Mündung dieses gewaltigen Stromgebietes, das, wie kein anderes in Europa, politisch und wirtschaftsorganisatorisch von nur einem Willen geleitet wird, wird als Umschlag- und Handelsplatz einer Zukunft entgegengehen, die alle früheren Blütezeiten weit in den Schatten stellt. Das Weichselgebiet wird den Segen deutscher Arbeit und Tatkraft auf allen Gebieten verspüren. Wege-, Bahn- und Brückenbauten größten Stils werden als wichtigste Vorbedingung der wirtschaftlichen Entwicklung der Bevölkerung Arbeit und Lohn verschaffen. Neue Industriegebiete und Wirtschaftskörper werden erstehen, in denen Schätze des Bodens durch deutsche Arbeit und deutsches Organisationstalent verarbeitet werden. Handel und Wandel werden in dem bisher von einer jahrhundertelangen Mißwirtschaft ohne gleichen heimgesuchten Gebiete blühen, deutsche Kultur wird ihm seinen Stempel aufdrücken, und wie vor 700 Jahren der deutsche Orden nur Teilen des Ostlandes Wohlstand und Gesittung brachte, wird nunmehr der gesamte meist polnische Osten, alles Land, das seine Wasser zur Weichsel zuschickt, auf allen Gebieten der Verwaltung, der Wirtschaft und des geistigen Lebens den Segen deutschen Schaffens empfinden.

Alles in Allem stellt die Neuordnung des Ostens die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes vor eine Aufbau- und Kolonisationsarbeit, wie sie ihm von der Geschichte bisher niemals zugewiesen worden war. Die gemeinsame Grenze mit Rußland wird dem Warenaustausch mit der Sowjetunion, der Einfuhr wertvoller Rohstoffe, der Ausfuhr deutscher Arbeitserzeugnisse neue, bequeme Transportwege eröffnen.

Handelskrieg auf See, Prisenrecht, Konterbande, Blockade

Das Prisenrecht — in Deutschland niedergelegt in der Prisenordnung — beruht auf zwischenstaatlich anerkannten Grundsätzen und bezweckt, den Handelskrieg auf See zu regeln. Der Kriegführende wird bestrebt sein, nach Möglichkeit jeden Handel mit dem Feinde zu unterbinden, während es im Interesse der neutralen Länder liegt, ihren Handel weitgehend aufrecht zu erhalten. Zwischen den verschieden gelagerten Interessen der Kriegführenden und der Neutralen versucht das Prisenrecht einen Ausgleich zu schaffen.

Die für den Handelskrieg geltenden Grundsätze wurden zum ersten Male zwischenstaatlich anerkannt und festgelegt in der Pariser Seerechtsdeklaration vom Jahre 1856, die noch heute Rechtsgültigkeit hat. Mehrjährige Verhandlungen im Haag und in London führten 1909 zu der sogenannten Londoner Erklärung, in der über die bisher bestehenden Grundsätze hinaus weitere Erleichterungen für den neutralen Seehandel in Kriegszeiten vorgesehen waren. Aber die Bestimmungen dieser Erklärung fanden nicht die Billigung der Großseemächte. Trotzdem hatte Deutschland 1914 bei Beginn des Weltkrieges seine Prisenordnung nach den Londoner Beschlüssen aufgestellt und auch England erklärte anfangs, sich nach diesen richten zu wollen. Bald ging es aber über sie völlig hinweg und beachtete auch bereits früher von ihm anerkannte Völkerrechtsgrundsätze nicht mehr, um den Hungerkrieg gegen Deutschland durchführen zu können, was Deutschland zu Gegenmaßnahmen zwang.

Trotz dieses englischen Verhaltens im Weltkriege hat Deutschland in der am 28. August 1939 im Reichsgesetzblatt veröffentlichten neuen Prisenordnung an den Londoner Beschlüssen festgehalten und damit gezeigt, daß es den Seekrieg nicht nur streng nach den Regeln des Völkerrechts, sondern auch unter möglichster Schonung der Neutralen

zu führen beabsichtigt. Die Prisenordnung enthält die Anweisungen an die deutschen Seestreitkräfte für die Führung des Handelskrieges auf See. Als wichtig ist daraus zu erwähnen: Feindliche Handelsfahrzeuge können in See ohne weiteres aufgebracht, d. h. genommen und in einen eigenen bzw. neutralen Hafen eingebracht werden; neutrale Fahrzeuge müssen untersucht werden. Je nach Art der Ladung sind neutrale Fahrzeuge zu entlassen oder sie können ebenfalls genommen und eingebracht werden. In besonderen Fällen dürfen sowohl feindliche wie neutrale Fahrzeuge auf See versenkt werden, nachdem die Rettung von Besatzung und Fahrgästen sichergestellt ist. Auch die Zerstörung eines Teils der Ladung ist unter Umständen möglich. Kriegsschiffe aller Art sind im Kriege berechtigt, Handelsfahrzeuge zwecks Untersuchung bzw. Aufbringung anzuhalten. Leisten diese der Aufforderung zum Stoppen keine Folge oder setzen ihr in anderer Weise Widerstand entgegen, so ist dieser mit Gewalt zu brechen. Da England wie im Weltkriege seine Handelsschiffe mit Geschützen ausgestattet hat, muß damit gerechnet werden, daß sich englische Schiffe mit Artillerie gegen die Aufbringung zur Wehr setzen, was schon in den ersten Wochen des neuen Krieges vorgekommen ist, insbesondere gegen U-Boote. Dies hat zur Folge, daß das Kriegsschiff sofort freien Waffengebrauch hat, was Besatzung und Fahrgäste des Handelsfahrzeuges in Lebensgefahr bringen und zur Vernichtung des Handelsfahrzeuges führen kann, wenn es sich nicht vorher ergibt.

Maßgebend für die Behandlung neutraler Handelsschiffe ist, ob sie Banngut (Konterbande) an Bord haben. Man unterscheidet unbedingtes Banngut und bedingtes Banngut. Als unbedingtes Banngut werden Gegenstände und Stoffe angesehen, die unmittelbar der Land-, See- und Luftrüstung dienen und für das feindliche Gebiet oder die feindliche Streitmacht bestimmt sind. Bedingtes Banngut sind alle Gegenstände und Stoffe, die für kriegerische wie für friedliche Zwecke verwendbar, in einer von der Reichsregierung bekannt gegebenen Liste aufgenommen und für den Gebrauch der feindlichen Streitmacht oder der Verwaltungsstellen des feindlichen Staates bestimmt sind.

Die deutsche Reichsregierung hatte in dem Bestreben, den Handelskrieg human zu führen, zunächst überhaupt davon Abstand genommen, eine Liste des bedingten Banngutes zu veröffentlichen. Als aber bekannt wurde, daß die englische Regierung nicht nur eine Reihe von Gegenständen und Stoffen zum unbedingten Banngut erklärt hatte, die

Deutschland bisher nicht als solches betrachtete, sondern auch eine Liste veröffentlichte, die u. a. Lebens- und Futtermittel als bedingtes Banngut bezeichnete, sah sich Deutschland Mitte September 1939 gezwungen, den Begriff des unbedingten Banngutes dem englischen Vorgehen entsprechend zu erweitern und nunmehr eine Liste des bedingten Banngutes bekanntzugeben, in der ebenfalls Lebensmittel und andere lebenswichtige Güter aufgenommen sind.

Fahrzeuge unter dem Geleit feindlicher Kriegsschiffe sind, ganz gleich ob es sich um feindliche oder neutrale handelt, allen Gefahren des Krieges ausgesetzt.

Blockade nennt man die Absperrung eines Hafens oder einer Küste nach See durch Seestreitkräfte des Gegners. Die deutsche Prisenordnung sagt darüber in Uebereinstimmung mit den völkerrechtlich anerkannten Grundsätzen: Eine Blockade muß dem Gegner und den neutralen Staaten bekannt gemacht sein; sie muß sich auf feindliche Küsten beschränken und darf den Zugang zu neutralen Küsten nicht behindern. Sie muß ferner tatsächlich wirksam sein, d. h. durch Streitkräfte aufrecht erhalten werden, die den Zugang zur feindlichen Küste wirksam verhindern können. Sind diese Bedingungen erfüllt, ist nach dem Seekriegsrecht jedes Schiff mit seiner Ladung der Wegnahme verfallen, wenn es versucht, die blockierte Küste zu erreichen oder zu verlassen. Es begeht damit Blockadebruch. Die im Weltkriege von England gegen Deutschland eingerichtete Fernblockade erfüllte die vorstehenden Bedingungen in keiner Weise. Sie beschränkte sich weder auf die feindlichen Küsten noch konnten die englischen Seestreitkräfte den Zugang zu unseren Küsten wirklich verhindern. In Wirklichkeit handelte es sich um eine Blockade, durch die die nordischen Staaten und Holland in gleicher Weise betroffen wurden wie Deutschland. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß England beabsichtigt, auch in diesem Kriege über die Rechte der Neutralen hinwegzugehen.

Alle prisenrechtlichen Maßnahmen der deutschen Seestreitkräfte unterliegen der Nachprüfung durch den in Hamburg gebildeten Prisenhof. An diesen können sich auch neutrale Schiffseigentümer wenden, die sich zu Unrecht geschädigt glauben. Der Prisenhof entscheidet über etwaige Entschädigungen, über Einziehung oder Freilassung einer Prise. Berufungen gegen Entscheidungen des Prisenhofes gehen an den in Berlin bestehenden Oberprisenhof, der darüber endgültig befindet.

England als Nutznießer anderer Völker

England besitzt etwa 30 Prozent der Erdoberfläche (abgesehen von den Südpolarräumen) und etwa ein Viertel der Menschenzahl der Erde. In Verbindung mit den eng befreundeten USA beherrscht es die Weltmeere und ihre Straßen mit Ausnahme des ostasiatischen Raumes, der Ostsee und gewisser Teile des Mittelmeeres.

Im Kriege wird die Beherrschung dieser Räume und ihrer Menschen und Völker einschließlich der sie verbindenden Straßen deshalb von besonderer Wichtigkeit, weil durch entsprechende Einfuhrleitung Kräfte in England für die Wehrmacht und für die Kriegsproduktion freigesetzt werden. Der moderne Krieg aber ist ein Krieg der nationalen Arbeitskraft, nicht weniger als ein Krieg des Blutes und der Nerven. Indem ferner England allein oder in Verbindung mit USA die Weltmeere beherrscht, versucht es, auch die neutralen überseeischen Staaten und die Kolonialgebiete neutraler europäischer Staaten mindestens wirtschaftlich zur Heeresfolge zu zwingen. England geht bekanntlich in dieser Hinsicht heute wie immer mit völliger Brutalität und skrupelloser Hinwegsetzung über völkerrechtliche Abmachungen vor. Endlich schließt Englands Beherrschung der Meere seine Gegner von diesen aus. Die Vorteile, die den Briten hier positiv zufallen, müssen also klar in Rechnung gestellt werden. Unsere überseeischen Handelsverbindungen sind zunächst abgerissen; die Firmen, die unsere Waren in Friedenszeiten im Ausland vertrieben haben, stehen auf Englands schwarzer Liste.

England ist also machtpolitisch tatsächlich Nutznießer eines großen Teils der Erde. Andere Teile, mit denen theoretisch Verbindungen über Land bestehen, wie z. B. mit China, scheiden praktisch aus, weil die Transportschwierigkeiten des Landweges zu groß sind, auch wenn nicht politische Hindernisse beständen. Nur das gewaltige russische Reich ist ihm wirtschaftlich verschlossen.

Man mag fragen, wie denn England die Güter, die ihm überall auf der Welt für die Kriegführung zur Verfügung stehen, bezahlen

will, — denn internationale Wirtschaft beruht ja schließlich auf Leistungsaustausch.

Was zunächst die eigenen Gebiete des Empire betrifft, so übernehmen in den Dominien diese selbst die Finanzierung, vielleicht mit gewissen Zuschüssen und Garantien Englands, die am Wesen der Sache nichts ändern. In Indien und den Kolonien werden die entsprechenden Leistungen durch die englische Verwaltung vorgeschlagen und ihre Durchführung so oder so erzwungen. Wie weit man darin geht, dafür gibt Indien ein Beispiel. Indien soll bekanntlich ein großes Maß von Selbstverwaltung genießen. Als aber dieses Frühjahr die nationalindischen Regierungsstellen den von der englischen und der angloindischen Regierung ausgearbeiteten neuen Handelsvertrag mit England nicht annehmen wollten, wurde dieser dem Land einfach durch den englischen Vizekönig und Generalgouverneur mit Anwendung eines der Diktaturparagraphen der neuen Verfassung aufgezwungen.

Aber auch für den Handel mit den nichtenglischen Gebieten ist vorgesorgt. Zunächst stehen Guthaben, Kredite und Kapitalanlagen und schließlich Goldbestände in England selbst zur Verfügung, die eingesetzt werden können. Sie werden einige Zeit reichen; wie lange, das wird entscheidend davon abhängen, welche Hilfe England von USA finanziell erhält. Je größer diese Hilfe ausfällt und je bereitwilliger sie gewährt wird, um so kürzer werden die eigenen Mittel Englands reichen: denn England hat ein Interesse, diese großenteils für den Nichtengländer unsichtbaren Reserven an solchen Guthaben, Krediten, Kapitalanlagen und dann erst recht die nationalen Goldbestände zu schonen. Das alles ist im Weltkrieg schon durchexerziert worden. — Man darf annehmen, daß auch gegenüber Höchsterfordernissen eines modernen Krieges diese eigenen Reserven Englands mindestens für ein Jahr ausreichen werden.

Die Schwäche in diesem System der Nutzung anderer abhängiger Völker und auch (der Form nach) freier Völker und Staaten liegt jedoch in verschiedenen Richtungen.

Erstens im mangelnden Schiffsraum. Im Weltkrieg konnten bekanntlich die Alliierten den Krieg nur dadurch gewinnen, daß ihnen schließlich der größte Teil des deutschen Ueberseeschiffsraumes zur Verfügung stand; mindestens ein Dutzend Mächte wurden in diesen Krieg nur hineingezwungen, damit sich die Alliierten im Besitz der in ihren Häfen liegenden deutschen Schiffe setzen konnten. Das Gleiche dürfte

im gegenwärtigen Krieg nicht mehr vorkommen. Demgegenüber erfordert die Verlegung der Handelsstraßen vom Osten her aus dem Mittelmeer um das Kap sehr viel zusätzlichen Schiffsraum. Der deutsche U-Bootkrieg hat mit beträchtlichen Erfolgen eingesetzt, die weiter den britischen Schiffsraum vermindern.

Eine zweite Schwäche der englischen Stellung liegt in der ungenügend entwickelten Eigenproduktion Englands auf Grund der gewohnten Nutzung ungeheurer überseeischer Gebiete. Sie besteht vor allem auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung. Nach dem Bericht des Food (Defence Plan) Department für das Jahr 1937 waren zwischen 1934 und 1935 von Englands Brotgetreidebedarf einzuführen 87 Prozent, vom Fleischbedarf 51 Prozent, vom tierischen Fettbedarf (Butter, Schmalz, Margarine) 92 Prozent; weitere Zahlen des Einfuhrbedarfs sind hier: Fische 12 Prozent, Kondens- und Trockenmilch 38 Prozent, Käse 69 Prozent, Zucker 73 Prozent, Gemüse 25 Prozent. Außerdem stammt ein beträchtlicher Teil der Einfuhr an tierischen Produkten aus dem Freistaat Irland, der seine Neutralität erklärt hat. Daher ist die Abhängigkeit von ausländischer Zufuhr an Lebensmitteln so stark, daß die Abschneidung dieser Zufuhr England in weniger als einem Jahr zur Kapitulation zwingen würde. England hat vielleicht sehr töricht gehandelt, als es seine Bannwarenliste auf die notwendigen Lebensmittel ausdehnte, weil es mit einem neuen Hungerfeldzug gegen die deutschen Frauen und Kinder den Krieg zu gewinnen gedachte. Wir aber können heute bei rationeller Bewirtschaftung mit nur geringen Einschränkungen aus dem eigenen Boden leben. England kann das nicht. Es würde auch nicht imstande sein, die eigene landwirtschaftliche Produktion unter den Kriegsverhältnissen entscheidend zu steigern. Gewiß kann viel Boden in England, der heute zu Parks, Wiesen und Weiden verwendet wird, dem Ackerbau zugeführt werden. Aber solche Umwandlung geht nicht von heute auf morgen. Uebrigens sind gerade die besten Ackerböden in England durch Städte und Industrien überbaut worden. Sie sind dem Ackerbau überhaupt verloren.

Noch viel schlimmer aber ist die Lockerung des moralischen Halts des englischen Volkes infolge der dargelegten Ausnutzung anderer Völker. Das englische Volk bildet zwar auf seiner Insel eine Schicksalsgemeinschaft, aber es fehlt ihm die organische Verbundenheit seiner einzelnen Teile. Die Kluft zwischen dem Bauern und dem Städter, die auch bei uns der Liberalismus aufgerissen hatte, die aber durch den

Nationalsozialismus wieder überbrückt worden ist, besteht in England in aller Schärfe; denn der Städter lebt ja überwiegend von Erzeugnissen überseeischer Länder. Erst recht: welches Interesse hat die große Masse der in jeder Beziehung ärmlich und armselig lebenden städtischen Arbeiter an der Unzahl großer und kleiner Landsitze der Reichen und an dem großenteils in Schmuckparks und Jagdgründe umgewandelten Land? — England hat dadurch die eigene bodenständige, erdgewachsene Kraft des eigenen Volkstums schwer geschädigt. Es ist selbst abhängig geworden von den Völkern, die es sich wirtschaftlich oder politisch untertan gemacht hat, so wie ein reicher Mann von seinen Dienern abhängig werden mag. Allerdings lassen die Auswirkungen dieser Entwicklung auf die moralische und seelische Haltung des englischen Volkes im gegenwärtigen Krieg sich noch schwer abschätzen.

Rein äußerlich betrachtet ist das britische Inselreich noch Beherrscher der Meere und Nutznießer fremder Völker. Aber sein Prestige hat schon manches von seiner innewohnenden Gewalt eingebüßt. Die nordischen Staaten, Holland und Belgien setzen sich gegen Englands Uebergriffe energisch zur Wehr. Auch die meisten südamerikanischen Staaten sind gewillt, Neutralität zu halten. In Ostasien hat es seine beherrschende Stellung bereits völlig eingebüßt. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung Indiens hat England auf dessen Heeresfolge verzichtet. So liegen die Dinge heute schon anders als im Weltkriege.

Wir aber haben den Osten und Südosten frei und können mit diesen Ländern in Warenaustausch treten. Wir verfügen daher jetzt über wesentlich stärkere wirtschaftliche Kräfte als im Weltkriege und stehen dieses Mal als ein straff und zielsicher geführtes Volk da, das, zu einer Schicksalsgemeinschaft verbunden, voll harter Entschlossenheit fest an den Sieg glaubt.

Die wehrwirtschaftliche Bedeutung der Landwirtschaft und der Industrie Polens

I.

Eine Beurteilung der wehrwirtschaftlichen Lage eines Raumes oder eines Staatsgebildes muß in aller Regel von der geopolitischen Lage im größeren Raume, der Einbettung in andere Räume, der Grenzgestaltung im einzelnen sowie von der Einbeziehung in das europäische Kräftespiel ausgehen. Gerade für den alten polnischen Staat wäre jeder Versuch einer Bewertung der wirtschaftlichen Wehrkraft abwegig gewesen, der nicht berücksichtigt hätte, daß das alte Polen als ein Glied der Zange gedacht war, in der im Versailler System das Deutsche Reich gehalten werden sollte. Ebensowenig konnte eine Lagebeurteilung der polnischen Wehrwirtschaft — etwa im Sommer 1939 — an den Gefahrenpunkten der polnischen Wirtschaft vorübergehen, die sich aus der Zusammenhaltung wichtigster Industriekapazitäten in Ost-Oberschlesien ergaben: dort waren die Zentren der polnischen Eisenindustrie, des Kohlen- und Zinkerzbaus, dort lagen die Kokereien, dort fanden sich Kohlendestillation und Metallhütten, dort also lagen die entscheidenden Rohstoff- und Energiequellen der polnischen Wirtschaft. Ein anderer wehrwirtschaftlich zu wertender Gefahrenpunkt lag etwa unverkennbar in der Eigenart der damaligen polnischen Verkehrsverhältnisse: in dem Eisenbahnknoten Warschau, der auch durch die Verbindungsbahn zwischen den früher nur durch eine Ringbahn verbundenen Bahnhöfen auf dem West- und dem Ostufer der Weichsel nicht entscheidend aufgelockert worden war, oder in der Zusammenfassung der Zu- und Abläufe zu den Seehäfen Gdingen und Danzig im alten Korridor (78 Prozent des polnischen Außenhandels mußten den Weg durch den Korridor nehmen!) Ebenso hätte z. B. darauf hingewiesen werden müssen, daß die polnische Ernährungswirtschaft sich ganz betont auf die besondere Ergiebigkeit der Landwirtschaft in der Wojewodschaft Posen stützte, die so groß war, daß Posen und

Pommerellen drei Viertel bis neun Zehntel zu der Ausfuhr an landwirtschaftlichen Erzeugnissen überhaupt beitrugen! Schließlich hätte eine Lagebeurteilung auch nicht an der Nationalitätengliederung vorbeigehen dürfen, stellten die Polen selbst doch nur etwa drei Fünftel bis höchstens zwei Drittel der Gesamtbevölkerung!

Alle derartigen Erwägungen und Feststellungen sind jetzt für die Betrachtung der Landwirtschaft und der Industrie im polnischen Raum bedeutungslos geworden, auch wenn Ausgangspunkt und Blickrichtung der Untersuchung ausgesprochen wehrwirtschaftlich sind. Der osteuropäische Raum ist endgültig durch den Siegeslauf der deutschen Wehrmacht und die klare weitschauende Zielsetzung des Führers ausgeschieden aus dem Kräftespiel, in das West-Europa ihn eingesetzt hatte. Hier im Osten ist der Weg frei für eine Neugestaltung der Dinge, und die Abwehrkraft von Raum und Wirtschaft ist nur noch zu betrachten unter dem Gesichtspunkt ihres Eigenwertes und der Eingliederung in den kommenden großen mittel- und osteuropäischen Friedensraum! Die Schwächepunkte, die in der völkischen Gliederung lagen, werden für die Zukunft ihre Bedeutung verlieren, da nach dem Programm des Führers hier im polnischen Raum der Anfang mit großzügigen Umsiedlungen der Nationalitäten gemacht werden wird, die zugleich bisherige Reibungsverluste mindern wie auch Zusammenfassungen von zur Zeit noch zersplitterten Kräften bewirken werden, so daß das bisherige Nationalitätengefüge als wehrkraftsschwächender Faktor ausgeschaltet ist.

II.

Betrachtet man aus einer so vereinfachten Blickrichtung wehrwirtschaftlich die Hauptblöcke der Wirtschaft im alten polnischen Raum, so rechtfertigt sich die Behandlung der Agrarlage an erster Stelle allein schon deswegen, weil die Landwirtschaft den ganz unbestreitbaren Vorrang vor allen anderen Wirtschafts- und Erwerbsgruppen hat. Fast zwei Drittel aller Erwerbstätigen — 10,7 Millionen von 16 Millionen im Ganzen (Zählung von 1931) gehören zur Land- und Forstwirtschaft. Die Gruppen Industrie, Handel und Verkehr treten demgegenüber mit zusammen 3,7 Millionen Erwerbspersonen (gleich 23 Prozent) an Bedeutung zurück. Daß der landwirtschaftliche Charakter ganz anders als etwa bei uns im Reich die volkswirtschaftliche Struktur bestimmt, zeigen auch die Zahlen der Bodenbenutzung: Nahezu 50 Prozent der Gesamtfläche Polens entfallen auf Ackerland (41 Prozent im Reich), und die für den Anbau von Roggen, Hafer und Weizen benutzten

Flächen waren im Durchschnitt der Jahre 1932/36 mit 9,85 Millionen Hektar ebensogroß wie die entsprechenden Anbauflächen im Reich, obwohl doch Polen im ganzen nur sieben Zehntel der Fläche des Reiches aufwies. Ebenso war z. B. die Kartoffelanbaufläche Polens ebensogroß wie diejenige des Reiches (ohne Ostmark und Sudetengebiet). Bei diesen Zahlen ist allerdings zweierlei zu beachten:

1. die Intensität der landwirtschaftlichen Nutzung sank, je weiter man nach Osten kam: Während in den West- und Zentralgebieten fast drei Fünftel der Gesamtflächen als Ackerland genutzt wurden, sank der Anteil in den Ostgebieten auf ein reichliches Drittel; dafür war und ist dort der Anteil von Wald, Wiesen und Oedland um so größer;
2. verglichen mit dem Reich sind die Ernteerträge außerordentlich bescheiden: sie lagen im Durchschnitt der Jahre 1923/36 40 bis 50 Prozent tiefer (Roggen z. B. 11,4 Doppelzentner je Hektar gegenüber 17,5).

Im ganzen betrachtet war Polen in seinen alten Grenzen landwirtschaftlicher Selbstversorger, wobei allerdings die Westgebiete Posen—Pommerellen als Ueberschußgebiete die Versorgung der übrigen Glieder des Gesamtraumes und die Ausfuhr an landwirtschaftlichen Artikeln übernommen haben. Vom deutschen wehrwirtschaftlichen Standpunkt bedeutet das zum mindesten die Rückgewinnung eines landwirtschaftlich hochwertigen Gebietes, das in sich noch erhebliche Produktionsreserven birgt, auf alle Fälle also eine Entlastung unserer Ernährungsbilanz. Für die Zukunft ergeben sich außerordentlich erfreuliche Möglichkeiten, wenn man sich vergegenwärtigt, daß — unabhängig von der endgültigen staatlichen Neugestaltung des alten polnischen Raumes — der gesamte osteuropäische Raum eine ernährungswirtschaftliche Einheit bilden wird.

Gegenüber der Landwirtschaft tritt die Industrie an Bedeutung zurück. Nur 16 Prozent der Erwerbstätigen (2,54 Millionen) gehören ihr an. Innerhalb der Industrie zeichnen sich räumlich vor allem die Industriegebiete Ost-Oberschlesien,

der Warschauer Raum,
das Industriegebiet um Lodz und
das neue Industriedreieck um Sandomir

deutlich ab. Die aus der peripheren Lage der ost-oberschlesischen Industrie sich ergebenden Schwächen — 17 Prozent der Industriebevölkerung, 65 Prozent der Hüttenindustrie, 95 Prozent der Steinkohlenförderung sind dort auf engstem Raum zusammengeballt — verlieren durch die Neugestaltung der Dinge — wie bereits in anderem Zusammenhang betont wurde — künftig ihre Bedeutung. Nirgends wird der allgemeine Grundsatz wehrwirtschaftlicher Lagebeurteilungen so deutlich wie hier, daß es immer auf das jeweilige politische Kräftespiel ankommt, innerhalb dessen die Lage eines Staates und eines Raumes wehrpolitisch beurteilt wird: Was einmal nur als Schwäche und Gefahrenpunkt anzusehen war, wird in neuem Gefüge frei von derartigen Belastungen; Wirtschaft und Wirtschaftskraft kann nur im politischen Rahmen zutreffend gemessen und abgewogen werden. Sei es als Glied des Großdeutschen Reiches, sei es eingebettet in den großen befriedeten mittel- und osteuropäischen Raum, wachsen wertvolle Produktionskapazitäten der Eisen- und Hüttenindustrie, der Metallverarbeitung und der Rüstungsindustrie sowie mengen- und qualitätsmäßig bedeutende Kohlen- und Erzvorkommen (Blei, Zink, Kadmium) unmittelbar oder mittelbar der Wehrkraft des Reiches zu.

Was die Verkehrslage anbelangt, so fällt die ungleichmäßige Dichte des Eisenbahnnetzes auf. Trotz mehrfacher Ansätze ist es nicht gelungen, die vor 1914 ganz anderer Zielsetzung dienenden Netze der Ursprungsgebiete — deutscher Osten, Russisch-Polen, Galizien — zu einer Einheit zu verschmelzen. Der gefahrbringenden Verknotung der Bahnlinien im Raum Warschau wurde bereits gedacht.

Das Straßennetz ist in jeder Beziehung unzureichend. Auf 1000 Quadratkilometer gibt es im Landesdurchschnitt nur 156 Kilometer Straßen; in Ostpolen sinkt diese Zahl bis auf 30 bis 60 Kilometer. Der Zustand der Straßen ist für unsere Maßstäbe schlecht, sobald man sich von einer der wenigen guten Straßen mit anständigem Unterbau entfernen muß. Die Tragfähigkeit der Brücken ist vielfach sehr begrenzt. In Wechselwirkung mit diesem Zustand des Wegnetzes ist der Stand der Motorisierung ganz gering. Neben ca. 30 000 Personenkraftwagen gab es bisher nur 8000 Lastkraftwagen. Noch trauriger liegen die Verhältnisse der Binnenschiffahrt. Die Verwahrlosung der Weichsel ist allgemein bekannt. Soweit Wasserstraßen überhaupt schiffbar sind, muß man sich auf die Verwendung kleiner und kleinster Schiffsgefäße beschränken. Zwar sind die Flüsse, Ströme und Kanäle auf einer Länge von über 6000 Kilometer schiffbar; aber nur auf ein Fünftel dieser Länge können Fahrzeuge von mehr als 200 Tonnen verwendet werden! In gleicher Weise unzureichend sind

die Entladeeinrichtungen. Im ganzen betrachtet also: Ein Verkehrssystem mit zwar vielen und großen, aber tatsächlich nicht ausgenützten Möglichkeiten!

III.

Macht man sich den bisherigen Stand der polnischen Wirtschaft — gemessen an dem, was aus ihr gemacht werden könnte — klar, dann erkennt man deutlich die Zukunftsaufgaben, gerade wenn man die Dinge vom Standpunkt des Wehrwirtschaftlers sieht. In vielfacher Hinsicht kann und wird das wirtschaftliche Gefüge im bisherigen polnischen Raum eine grundlegende Umgestaltung erfahren:

1. Was einst deutscher Siedlungsboden war, wird heim ins Reich kehren oder ist dem Reichsgebiet bereits wieder eingegliedert. Was dieser Lebensraum an wirtschaftlicher Kraft birgt, wächst der Wehrkraft des großdeutschen Reiches unmittelbar zu. In der Außenhandelsbilanz wird dies u. a. seinen Ausdruck darin finden, daß vieles, was bisher als Ein- und Ausfuhr erschien, künftig Binnenwirtschaft ist.
2. Die Landwirtschaft wird sowohl in Bezug auf den Umfang der bebauten Flächen wie unter dem Gesichtspunkt der Erträge gewaltig intensiviert werden können. Dort ist zur Zeit noch Raum ohne Volk. Die Umsiedlungsvorhaben erweitern die ausgenützten Lebensräume des deutschen Volkes in unmittelbarer räumlicher Verbindung mit dem Stammvolk.
3. Auf industriellem Gebiet liegen zweifellos bisher unausgeschöpfte Möglichkeiten noch im Boden; die Erdölvorkommen um Drohobycz gehören zwar zur russischen Einflußsphäre; es ist aber durchaus damit zu rechnen, daß deutsche Gründlichkeit noch Werte erschließen wird, die wehrwirtschaftlich als Aktivum zu buchen sind. Dies gilt auch für die Auswertung der Wasserkräfte, auf die bisher noch vollkommen verzichtet worden ist.
4. Nach Wiederherstellung des Verkehrsnetzes — ein jeder, der auch nur einen Teil des Feldzuges in Polen mitmachte, weiß, was etwa allein auf dem Gebiet der Wiederherrichtung der Brücken zu leisten ist — eröffnen sich gewaltige Aufgaben, das Eisenbahn-, Landstraßen- und Wasserstraßennetz auf den Stand zu bringen, der der Größe des Raumes und der wirtschaftlichen Intensität des Lebens entspricht, das sich im polnischen Raum nach seiner Befriedung entfalten kann.

Alle diese Aufgaben können in Zukunft in Angriff genommen werden, ohne daß eine falsch verstandene wehrwirtschaftliche Zielsetzung Hemmungen auferlegt. Wie unter Friedrich dem Großen auf kleinstem Ostraum Kulturarbeit entfaltet und Wirtschaftsaufbauarbeit geleistet wurde, wird nun im großen Raum zwischen Osten und Schwarzem Meer Friedensarbeit einsetzen, deren Erfolg letzten Endes auch dazu dienen wird, den gesamten Raum Mittel- und Ost-Europas wehrhaft zu erhalten!

Was ist Wehrwirtschaft?

Das heute so oft im Zusammenhang mit der Landesverteidigung gehörte Wort Wehrwirtschaft ist kaum sechs Jahre alt; volkstümlich wurde es sogar erst in den letzten drei Jahren. Aus dieser kurzen Lebensdauer erklärt sich zum Teil der an sich wenig befriedigende Zustand, daß es in Deutschland heute in Literatur und Wissenschaft keine allgemein anerkannte, wissenschaftlichen Anforderungen genügende Begriffsbestimmung des Ausdruckes Wehrwirtschaft gibt.

Notwendig zu wissen ist zunächst, daß das Wort Wehrwirtschaft in ursächlichem Zusammenhange mit dem gleichfalls heute mehr denn je gebrauchten Ausdrucke Kriegswirtschaft steht. Kriegswirtschaft ist nicht nur der historisch ältere Ausdruck, — er stammt aus dem Weltkriege —, sondern er bildet auch die materielle und formelle Voraussetzung für die Entstehung des Begriffs Wehrwirtschaft.

Unter Kriegswirtschaft verstehen wir die unmittelbar durch den Krieg als solchen umgestaltete Volkswirtschaft. Die Kriegswirtschaft ist also der Zustand der Volkswirtschaft im Kriege. Eine Kriegswirtschaft in diesem Sinne gab es in der Geschichte der Menschheit zum ersten Male im Weltkriege. Die ungeheure Beanspruchung der Wirtschaft für die Zwecke des Krieges hatte in den Jahren 1914 bis 1918 eine völlige Umstellung und Neuausrichtung der Volkswirtschaft der hauptbeteiligten Länder zur Folge. Dementsprechend wandelte sich die Friedenswirtschaft der Vorkriegszeit zur Kriegswirtschaft. Auf Grund dieser Entwicklung brachte der Weltkrieg auf kriegswirtschaftlichem Gebiet zwei fundamentale Lehren. Erstens zeigte sich im Weltkriege, daß nicht nur allein die Wehrmacht einen Krieg zu entscheiden vermag, sondern, daß auch die wirtschaftlichen Kräfte eines Staates kriegsentscheidende Bedeutung erlangt haben. Zweitens stellte sich in ursächlichem Zusammenhang damit heraus, daß die modernen Industriestaaten mit ihrer hochentwickelten und äußerst komplizierten Wirtschaft gegen den Wirtschaftskrieg außerordentlich empfindlich geworden sind.

Die Folgerung, die aus diesen beiden Erscheinungen des Weltkrieges gezogen werden muß und die in verstärktem Umfange für die

Führung eines zukünftigen totalen Krieges Geltung beanspruchen kann, ist: Jedes auf seine Landesverteidigung bedachte Land muß nicht nur seine Wehrmacht zu angemessener Stärke entwickeln, sondern auch mit sämtlichen zur Verfügung stehenden wirtschaftlichen Mitteln die zukünftige Kriegswirtschaft vorbereiten, d. h. es muß Wehrwirtschaft treiben.

Wehrwirtschaft ist also die Gestaltung der Volkswirtschaft im Frieden für den Krieg unter militärischen Gesichtspunkten. Oder anders ausgedrückt: Mit Wehrwirtschaft bezeichnen wir die wirtschaftliche Vorbereitungstätigkeit im Hinblick auf die zu erwartenden wirtschaftlichen Anforderungen des Krieges. Diese Definition ist in erster Linie auf die praktischen Anforderungen ausgerichtet. Sie hat den Vorteil, daß sie eine klare Abgrenzung des zu bestimmenden Tatbestandes bringt, nämlich, alle im Hinblick auf den Krieg im Frieden getroffenen wirtschaftlichen Vorbereitungsmaßnahmen. Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß in der deutschen Literatur verschiedene andere Definitionen vertreten werden, die zum Teil den Begriff der Wehrwirtschaft erheblich weiter spannen und in seinen Bereich auch die Kriegswirtschaft und den Wirtschaftskrieg einbeziehen.

Die Aufgaben der Wehrwirtschaft werden grundsätzlich bestimmt durch diejenigen, die der Krieg an die Kriegswirtschaft stellt, nur mit dem Unterschied, daß sie bereits im Frieden als wirtschaftliche Kriegsvorbereitung durchgeführt werden. Demgemäß hat sich die Wehrwirtschaft generell mit der Lösung dreier Kernaufgaben zu befassen:

1. mit der Vorbereitung der Bereitstellung des Wehrmachtbedarfes;
2. mit der Vorbereitung der Versorgung der Heimatbevölkerung mit der lebensnotwendigen Nahrung und Kleidung und schließlich
3. mit der Vorbereitung der wirtschaftlichen Mobilmachung.

Die Erfüllung dieser Kernaufgaben erfordert von der Wehrwirtschaft die Lösung einer Reihe von Einzelaufgaben, die im folgenden kurz dargestellt werden.

1. Die Vorbereitung der Industrie. Als erste Maßnahme zur Sicherstellung des Waffenbedarfes der Wehrmacht im Ernstfall ergibt sich die Forderung nach dem Aufbau einer nationalen Rüstungsindustrie.

Bei dem riesigen Materialbedarf eines neuzeitlichen Krieges ist aber kein Land — und sei es das reichste — in der Lage, sich schon im Frieden eine Rüstungsindustrie zu leisten, die den gesamten Bedarf im Kriege zu befriedigen vermag. Aus diesem Grunde müssen weitere Wege eingeschlagen werden, um im Kriege dem plötzlichen Emporschnellen der Nachfrage nach Kriegsgeräten entsprechen zu können. Als solche kommen in Betracht: Hebung des Friedensexportgeschäftes in Kriegsmaterial zur rentablen Vergrößerung der Kapazität der nationalen Rüstungsindustrie; Errichtung von sogenannten „Schattenindustrien"; organisatorische und materielle Vorbereitungsmaßnahmen für die Umstellung der Friedensindustrien auf Kriegsfertigung. — Besondere Beachtung muß schließlich den Standorten der kriegswichtigen Industrien geschenkt werden. Im Interesse der Landesverteidigung ist anzustreben, Industriewerke, deren Produktion im Kriegsfalle unter allen Umständen aufrecht erhalten werden muß, an solchen Orten zu errichten, an denen sie vor der Zerstörung durch feindliche Fliegerangriffe möglichst geschützt sind.

2. Die Vorbereitung des Arbeitseinsatzes und der Rohstoffversorgung. Der größte und leistungsfähigste Produktionsapparat wird nutzlos, wenn im Ernstfalle nicht genügend Arbeitskräfte und Rohstoffe vorhanden sind. Beide Faktoren bedürfen deshalb einer planmäßigen Vorbereitung im Frieden, und zwar sowohl hinsichtlich der qualitativen als auch der quantitativen Seite. Auf dem Gebiete des Arbeitseinsatzes haben z. B. eine Reihe von Ländern, wie Frankreich, Italien und Deutschland schon im Frieden Gesetze erlassen, die für den Ernstfall die Kriegsdienstpflicht vorsehen.

3. Die Vorbereitung der Nahrungsmittelversorgung. Angestrebt muß die Sicherstellung der Lebensmittelversorgung aus der inländischen landwirtschaftlichen Produktion werden. Wenn diese auch gewährleistet erscheint, so ist doch die Aufstellung eines Planes für die Bewirtschaftung der Nahrungsmittel im Kriegsfalle vorzubereiten, und zwar hinsichtlich der staatlichen Eingriffe in die agrare Erzeugung, in die Erfassung und in die Verteilung von Lebens- und Futtermitteln.

4. Die Vorbereitung des Handels. Binnen- und Außenhandel verlieren im Kriege ihre friedensmäßige wirtschaftliche Funktion, nämlich einen gerechten Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage herzustellen. Deshalb müssen schon im Frieden gesetzliche Grundlagen geschaffen werden, die im Ernstfalle den Binnenhandel unter schärfster

Kontrolle des Staates gewissermaßen nur noch zum Verteiler der Waren bei festgesetzten Preisen machen und die auch den Außenhandel vollständig der Lenkung des Staates unterstellen.

5. Vorbereitung der Preis-, Lohn- und Gewinnbildung. Aus Gründen der Gerechtigkeit und um der Aufrechterhaltung des sozialen Friedens willen, muß eine vollständige Regulierung der Preise, Löhne und Gewinne gesetzlich und organisatorisch vorbereitet werden.

6. Vorbereitung des Verkehrswesens. Eisenbahnen, Straßen, Flüsse, Kanäle und Seewege sind in Friedenszeiten so auszubauen, daß ein reibungsloser Transport von Menschen und Material an die und an der Front, im Innern des Landes und über die Grenzen hinaus gewährleistet ist. Vor allem müssen die einzelnen Verkehrsmittel aufeinander abgestimmt werden. Nur dadurch kann bei Ausfall des einen oder anderen ein sofortiges Ersetzen erreicht werden.

7. Vorbereitung der Kriegsfinanzierung. Die Kriegsfinanzierung kann keineswegs, wie verschiedentlich vorgeschlagen, durch eine Abschaffung des Geldes und die Einführung eines „militärischen Kommunismus" gelöst werden. Entsprechender Ueberlegungen bedürfen deshalb im Rahmen der Geldwirtschaft die Methoden der inneren Kriegsfinanzierung: Steuern, Anleihen, staatliche Geldschöpfung und die Methoden der äußeren Kriegsfinanzierung: Devisenerwerb durch Ausfuhr, Ansammlung einer Gold- und Devisenreserve und die Anleiheaufnahme im Auslande.

8. Statistische, organisatorische und gesetzliche Vorbereitungen. Die Wehrwirtschaft benötigt für die Durchführung der dargestellten sachlichen Aufgaben eine zuverlässige Statistik, eine Wehrwirtschaftsorganisation und eine wehrwirtschaftliche Gesetzgebung, die dann nach entsprechender Umformung und Erweiterung in die Kriegswirtschaft übernommen werden.

9. Ideelle und erzieherische Aufgaben. Der Mensch ist trotz aller Mechanisierung und Technisierung im militärischen Bereich und trotz aller Versachlichung auf dem Gebiete der Wirtschaft die Seele der Dinge geblieben. Ohne ihn, ohne die Einsatzbereitschaft und seelische Widerstandskraft des einzelnen ist keine erfolgreiche wehr- und kriegswirtschaftliche Arbeit zu leisten. Es ist deshalb die letztlich ausschlaggebende ideelle und erzieherische Aufgabe der Wehrwirtschaft, jeden

einzelnen Volksgenossen für den Kriegsfall geistig und körperlich einsatzbereit und seelisch widerstandsfähig zu machen.

Abschließend sei ausdrücklich betont, daß für das Gelingen dieser Aufgabe der Wehrwirtschaft zwei Voraussetzungen vorhanden sein müssen. Es gilt erstens, ein einiges vom unerschütterlichen Glauben an sich und seine Sendung durchdrungenes Volk zu schaffen. Zweitens muß auch der letzte Volksgenosse über das Wesen und die Aufgaben der Wehr- und Kriegswirtschaft wenigstens soweit unterrichtet sein, daß er den plötzlich auftretenden Anforderungen der Kriegswirtschaft nicht verständnislos gegenübersteht und sie durch passiven Widerstand oder gar bewußt ablehnend zu umgehen sucht. Der einzelne Volksgenosse muß dahin erzogen werden, daß er im Kriegsfalle bewußt und überzeugt auf seine eigennützigen Sonderinteressen verzichtet und im Hinblick auf das Wohl und Wehe des Volksganzen bereitwillig seine Person und sein Eigentum in den Dienst der Gemeinschaft stellt.

Wie hervorragend in Deutschland die Wehrwirtschaft vorbereitet worden ist, hat sich in den Septemberwochen des Jahres 1939 anläßlich unseres Kampfes gegen Polen gezeigt. Unserer militärischen und zivilen Wehrwirtschaftsorganisation gelang die schlagartige Ueberführung und Umstellung des deutschen Wirtschaftslebens auf die Bedürfnisse der Kriegswirtschaft schnell und reibungslos. Es ist dies einmal — wie schon betont — ein Verdienst der jahrelangen systematischen wehrwirtschaftlichen Vorarbeit in Deutschland und zum anderen des neu errichteten „Ministerrates für die Reichsverteidigung". Dieser Ministerrat wurde auf Erlaß des Führers am 30. August d. Js. ins Leben gerufen. Er stellt die höchste Organisationsstufe der deutschen Kriegswirtschaft dar und vereinigt in sich die führenden Männer des militärischen und zivilen Sektors unserer kriegswirtschaftlichen Organisation. An seiner Spitze steht Generalfeldmarschall Göring. Weiter gehören ihm die drei Träger der deutschen Kriegswirtschaftsorganisation an, nämlich der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, der Generalbevollmächtigte für die Wirtschaft und der Generalbevollmächtigte für die Reichsverwaltung. Damit verfügt Großdeutschland heute über eine kriegswirtschaftliche Spitzengliederung, die im Verein mit der seit langem bestehenden regionalen Untergliederung allen Aufgaben der Kriegswirtschaft gewachsen ist.

Die wehrwirtschaftliche Bedeutung des Raumes

Der Raum gehört zu den Grundelementen der Kriegsführung. Erst der Raum gestattet dem Feldherren die Entfaltung seiner strategischen Phantasie. Eine Armee, die in einem zu engen Raume massiert ist, gleicht dem Preßgas in der Stahlflasche. Erst durch ihre Entbindung von der Enge kann sie wirksam werden. Aehnliche Zusammenhänge gelten auch für die Kriegswirtschaft und damit auch für die wehrwirtschaftlichen Vorbereitungen, die ja die Aufstellung einer schnell funktionsfähiger Kriegswirtschaft zum Ziele haben.

Die Kriegswirtschaft wird besonders durch den Wirtschaftskrieg Bestandteil der Kriegführung, und zwar ihr Objekt. Der Gegner wird — wie immer schon in der Geschichte — heute mehr denn je bemüht sein, dem Feinde wichtige Ernährungsgebiete zu entreißen oder entscheidende Industrieviereire zu zerstören oder aber seine Rohstoffversorgung zu unterbinden. Liegen diese kriegswirtschaftlichen Potenzen in einer Landschaft gedrängt zusammen oder ziehen sie sich dicht längs einer gefährdeten Grenze hin, dann sind sie in hohem Maße bedroht. In diesem Falle muß sich jeder Terrainverlust bei den kriegerischen Operationen oder der Beschuß durch feindliche Artillerie oder endlich die ständige Eindeckung durch feindliche Bombenangriffe ungemein störend bemerkbar machen. Für die beiden ersten Störungselemente haben wir aus dem Weltkriege exakte Beispiele.

Durch den Erfolg der deutschen Waffen, d. h. durch den Verlust seiner nördlichen Provinzen, erfuhr das Kriegspotential Frankreichs eine ungemein starke Schwächung. Frankreich verlor mit den von den deutschen Armeen besetzten Gebieten schon in den ersten sechs Wochen des Weltkrieges 80 Prozent seiner Kohlenförderung, 76 Prozent seiner Koksgewinnung, 90 Prozent seiner Eisengewinnung, 63 Prozent der Stahlerzeugung, 90 Prozent der Kupferverarbeitung, 76,5 Prozent der

Zinkverarbeitung, 86 Prozent seiner Bandeisenfabrikation, 81 Prozent seiner Wollverarbeitung, 95 Prozent seiner Kaligewinnung, 30 Prozent seiner Produktion an Schwefelsäure und 80 Prozent seiner Erzeugung an Glas. Es ist auf den ersten Blick erkennbar, daß all diese Verluste von einer ungemein großen rüstungswirtschaftlichen Bedeutung waren und damit die französische Widerstandskraft entsprechend schwächen mußten. Das gleiche gilt von den Folgen, welche die Gebietsverluste Rußlands in den Jahren 1914/15 für die gesamte Schlagkraft des Landes haben mußten. Insbesondere waren die Einbußen an Eisen und Kohle, die Rußland mit der Preisgabe seiner westlichen Provinzen hinnehmen mußte, für den Verlauf des Krieges von entscheidender Bedeutung. Rußland hatte im Jahre 1913 eine Kohlenförderung von 38 Millionen Tonnen, von denen allein 7 Millionen Tonnen im Dombrowa-Revier gefördert wurden, das an Oberschlesien angrenzt und schon im August 1914 für die ganze Dauer des Weltkrieges verloren ging.

Neue Untersuchungen gewähren uns auch einen Einblick in die Produktionsverluste, die allein durch die Nähe des Kriegsschauplatzes, also durch Störungen infolge Direktbeschusses oder von Luftangriffen, bedingt sind. Es läßt sich danach geradezu ein gesetzmäßiger Zusammenhang zwischen der Entfernung der Produktionsstätte zur Kampffront und der Produktionshöhe feststellen. Hierüber unterrichtet im einzelnen die folgende Aufstellung:

Die Abnahme der Roheisenerzeugung in einigen europäischen Revieren während des Weltkrieges

Eisenrevier	Entfernung v. d. Front in km	Erzeugung in 1000 t 1913	1917	Abnahme in %
Deutsch-Lothringen	20— 40	3 864	2 030	48
Luxemburg	40— 50	2 548	1 529	40
Saargebiet	70— 90	1 371	909	34
Rheinland—Westfalen	250—350	8 209	5 930	28
Nord-, Ost- u. Mitteldeutschland	400—800	1 001	862	14
Sieg—Lahn—Dill-Gebiet	300—500	995	969	3
Großbritannien	300—700	10 425	9 487	9

Man kann damit rechnen, daß in der Gegenwart der Produktionsrückgang wegen der gesteigerten Waffenwirkung noch größer sein würde, so daß die oben erwähnten Zahlen zwar noch einen symptomatischen, aber keinen absoluten Wert mehr haben. Es ist seit den Erfahrungen mit Polen keine Zweifelsfrage mehr, daß der Einsatz der Flugwaffe heute zu viel stärkeren Produktionsstörungen und -verlusten führen muß als in der Zeit des Weltkrieges, in dem die feindliche Flugwaffe für keine der am Kriege beteiligten Großmächte eine laetale Bedrohung der eigenen Industrie oder des eigenen Verkehrswesens bedeutet hat.

Immerhin sind die Erfahrungen des Weltkrieges und die Mutmaßungen über die Wirkung der Flugwaffe in einem künftigen Kriege ausreichend gewesen, um bei allen in Frage kommenden Mächten eine Politik der raummäßigen Sicherung des eigenen kriegswirtschaftlichen Potentials auszulösen. Diese Politik ist freilich an Voraussetzungen gebunden, über die längst nicht jedes Land verfügt. Zunächst einmal muß genügend Raum vorhanden sein, um darin vor Bedrohungen durch den Feind ausweichen zu können. Ein Land wie Belgien beispielsweise würde gar nicht in der Lage sein, sein kriegswirtschaftliches Potential raummäßig zu sichern. Ist aber der Raum vorhanden, wie etwa bei Sowjet-Rußland, dann ist seine wehrpolitische Ausnutzung von einer zweiten Voraussetzung abhängig, nämlich von seiner ausreichenden verkehrsmäßigen Erschließung. Sicherlich läßt sich auf diesem Gebiete im Kriege manches improvisieren. Die Verkehrspolitik ist heute wie zu allen Zeiten ein wichtiges Mittel der Kriegführung. Die Neuanlage von Verkehrsmitteln im Kriege wird aber sowohl von der Materialseite wie auch von derjenigen der Arbeitskräfte so wesentlich erschwert, daß im allgemeinen das friedensmäßige Verkehrssystem den Grad bestimmt, in dem der vorhandene Raum nicht nur militärisch, sondern auch kriegswirtschaftlich ausgenutzt werden kann. Als dritter mitsprechender Faktor wäre die natürliche Lagerung der Rohstoffe zu erwähnen. Rohstofflagerungen lassen sich nicht willkürlich verschieben; sie sind ein immobiles Geschenk der Natur. Ihre Plazierung legt daher weitgehend die kriegswirtschaftliche Verwendbarkeit des eigenen Raumes fest. Was endlich die mit der Verlagerung

von Produktionsstätten notwendigerweise verbundene Verschiebung von Menschen angeht, so ist diese heute rechtlich überall sichergestellt. Der eigentliche Arbeitseinsatz, auch wenn dieser fern vom Wohnort und getrennt von der Familie stattfindet, bildet allgemein — im Gegensatz zum Weltkriege — politisch kaum noch ein Problem. Von dieser Seite sind daher für kriegswirtschaftliche Industrieverlagerungen die wenigsten Schwierigkeiten zu erwarten, unter der Voraussetzung allerdings, daß überhaupt ausreichende Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.

Im Rahmen dieser Bedingungen gibt es heute überall eine wehrwirtschaftliche Industrieverlagerung. Das bekannteste Beispiel bietet ja Sowjet-Rußland mit seiner Dezentralisierung seiner Industriegebiete und ihrer Verteilung auf Südrußland, das Uralgebiet, Ostsibirien und das Altaigebirge. Auch in Frankreich ist eine große wehrwirtschaftliche Industrieverlagerung im Gange, für welche die Regierung sich gesetzliche Grundlagen hat geben lassen. Hier ist es das Gebiet um die Loire, das sich als relativ sicherstes und verkehrspolitisch bestes Refugium anbietet. Aber auch im früheren Polen beobachteten wir den Aufbau einer neuen Kriegsindustrie rund um Sandomir. In England tritt diese Tendenz als eine Flucht der Betriebe nach Norden und Westen in Erscheinung. Hier hat die Bildung von drei Zonen stattgefunden; die erste ist die gefährdete Zone, aus der nach Möglichkeit die kriegswichtigen Betriebe ausquartiert werden sollen; die zweite ist die neutrale Zone, in die aus den großen Städten, besonders London, die Frauen und Kinder evacuiert werden. Erst das restliche Gebiet wird den neu entstehenden Kriegsbetrieben angewiesen, soweit es Rohstofflage und Verkehrsorganisation gestatten.

Zum wehrwirtschaftlichen Einsatz des Raumes gehört auch die Bildung von Grenzzonen, innerhalb deren die wirtschaftliche Betätigung des einzelnen bestimmten Einschränkungen unterliegt. Das klassische Beispiel dafür bildete die Grenzzonenpolitik der ehemaligen Tschecho-Slowakei, die insbesondere die wirtschaftliche Betätigung der Deutschen innerhalb der Grenzzone aus nationalpolitischen Gründen im Kriegsfalle unterband. Das gleiche Prinzip wurde in Polen angewandt.

Das Deutsche Reich ging erst mit dem Gesetz vom 9. März 1937 zur Bildung von Grenzzonen über, innerhalb derer u. U. Ausländer unter Sonderrecht gestellt werden können. Die nähere Bezeichnung der Grenzzonen wurde mit Verordnung vom 2. September 1939 veröffentlicht.

Der Nachteil dieser Flucht mit den kriegswichtigen Betrieben in den ungefährdetsten Teil des eigenen Raumes liegt natürlich in einer Erschwerung des Produktionsprozesses. Denn an sich drängt das rationale Prinzip der Technik und der Wirtschaft zur Konzentration der notwendigen wirtschaftlichen Vorgänge auf ein Minimum an Raum. Mit anderen Worten: Das Prinzip der raumpolitischen Sicherung der Wirtschaft schränkt u. U. die Produktivität der Wirtschaft ein und kann damit auch an sich ihr Kriegspotential schwächen. Diese Schwächung aber muß in Kauf genommen werden, wenn sie die einzige Voraussetzung bildet, um dieses Potential bei zugespitzter Kriegslage überhaupt zu erhalten.

Wehrwirtschaft und Staatsform

Die Wehrwirtschaft scheint zunächst mit der Staatsform nichts zu tun zu haben. Angesichts der Tatsache, daß schon die Formierung und Ausstattung einer Armee jeweils nach rein taktisch-strategischen bzw. technischen Gesichtspunkten zu erfolgen pflegt, liegt der Gedanke nahe, daß dasselbe für die wehrwirtschaftlichen Vorbereitungen zur Ausrüstung dieser Armee mit Kriegsmaterial, aber auch für die Kriegswirtschaft selbst, gelte. Das ist, soweit die technischen Elemente der Wirtschaft in Frage kommen, sicherlich richtig. Aber die Wirtschaft ist ja nicht nur ein technisches Aggregat, das aus bestimmten Motiven und mit bestimmten Zielen in produktive Tätigkeit versetzt wird, sondern die Wirtschaft war gleichzeitig zu allen Zeiten ein Gemeinschafts- und damit ein eminent politisches Problem. Dieser Zusammenhang ist es, der noch in jeder Phase der Menschheitsgeschichte die Wirtschaft mit ihren Gemeinschaftsformen in den Mittelpunkt der politischen und sozialen Spannungen bzw. Probleme gestellt hat. Der Streit, wieweit jeweils der Mensch sich in seiner wirtschaftlichen Betätigung selbst überlassen oder wieweit er bestimmten politischen Gesichtspunkten untergeordnet werden soll, begleitet die ganze Menschheit auf ihrem langen und abwechslungsreichen Wege. Und diese Problematik begegnet sich mit der Problematik der Staatsform.

Denn auch die Problematik um die Staatsform kreist ja jeweils um die Frage nach dem Spielraum der menschlichen Freiheit. Der Streit um Republik oder Monarchie, um Demokratie oder autoritäre Staatsform geht ja jeweils um die Grundfrage, welche Rechte das Individuum gegen die im Staate organisierte Gemeinschaft besitzen soll. Die demokratische Idee ist aus der Reaktion des Individuums gegen den absoluten Staat entstanden, der seine etwas abstrakte Staatsraison den individuellen Bedürfnissen und Bestrebungen seiner Bürger überordnete. Darum finden wir in den geschriebenen Verfassungsdokumenten

der demokratischen Staaten auch überall ein besonderes Kapitel, das die Grundrechte und die Pflichten des Bürgers behandelt.

Gerade dieses Kernproblem aber hat eine entscheidende Beziehung zur Wehrwirtschaft. Denn schon im Rahmen der Wehrwirtschaft — erst recht aber im Rahmen der Kriegswirtschaft — kann der Brückenschlag vom Friedenseffektiv zum Kriegspotential und die Inbetriebnahme des letzteren nicht vollzogen werden, ohne daß von Staatswegen stärkste Eingriffe in die private Rechtssphäre jedes einzelnen Bürgers vorgenommen werden. Im Weltkriege sind bei allen Großmächten, die daran teilnahmen, gerade aus diesem Zusammenhang heraus schwerwiegende politische Probleme entstanden. Insofern der autoritäre oder der monarchische Führungsstaat von Hause aus seine Bürger auf die Uebernahme eines mehr oder weniger großen öffentlichen Servituts erzieherisch vorbereitet hat, bringt er grundsätzlich gegenüber einer rein liberalen Demokratie für die Aufgaben der Wehr- und Kriegswirtschaft wesentliche Vorteile mit sich.

Allerdings spielt dabei noch ein weiterer Faktor mit, nämlich das, was man den „Zeitgeist" nennt. Dieser Zeitgeist ist der unfaßbare, aber allgegenwärtige Niederschlag derjenigen Gedanken und Ueberzeugungen im Bewußtsein des einzelnen Menschen, die in ihrer Geltung am allgemeinsten anerkannt sind. Dieser Zeitgeist kann mehr freiheitsgläubig oder mehr autoritätswillig sein — das hat im Ablauf der Geschichte immer wieder gewechselt — und übt damit auch auf die Staatsformen einen mildernden oder verschärfenden Einfluß aus. Ein liberaler Zeitgeist pflegt auch die Tätigkeit eines autoritären Staates zu liberalisieren, wie wir es vor dem Kriege erlebt haben. Ein autoritätsfreundlicher Zeitgeist pflegt auch in demokratischen Staaten die Staatsgewalt zu stärken und die Ansprüche der Individuen einzuschränken.

Im Weltkriege stand, wie gesagt, der liberale Zeitgeist der ganzen Epoche den Bedürfnissen der Kriegswirtschaft feindlich gegenüber. Am wenigsten noch auf dem Gebiete des Eigentumsrechtes. Auf diesem Gebiete erhielten die Eingriffe aller Staaten, sowohl der demokratischen wie der monarchisch-autoritären, sogar Unterstützung vom Zeitgeiste her, der ja die absolute Autonomie des Eigentumsbegriffes, wie ihn der frühe Liberalismus proklamiert hatte, schon längst vor dem Kriege — vorwiegend aus sozialen Gründen — zu negieren begonnen hatte. Am ausgeprägtesten war diese Erschwerung der Kriegswirtschaft durch

den Zeitgeist in allen Staaten auf dem Gebiete der persönlichen Arbeitspflicht. Im Weltkriege ist es keiner Großmacht gelungen, die Dienstpflicht so vollkommen und so bedingungslos durchzusetzen, wie sie etwa durch die Deutsche Dienstpflichtverordnung vom 13. Februar 1939 gegenüber dem Kräftebedarf für Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung proklamiert worden ist. Am stärksten kam jener Widerstand gegen die Aufhebung der bürgerlichen Freiheit im Dienste der Nation im deutschen Vaterländischen Hilfsdienstgesetz zum Ausdruck, dem von seinen Vätern — Hindenburg und Ludendorff — die Mobilmachung der gesamten Volkskraft zur Aufgabe gestellt worden war, das in Wirklichkeit aber unter dem Einfluß der politischen Parteien zu einem kraftlosen Kompromiß zu Lasten der kriegswirtschaftlichen Notwendigkeiten des kämpfenden Reiches herabsank. Wenn daher im Weltkriege die stärkere Befehlsgewalt des autoritären Staates in Deutschland unzweifelhaft auch der deutschen Kriegswirtschaft zugute gekommen ist, so erfuhr dieser konstitutionelle Vorteil jedoch eine wesentliche Abschwächung durch den Zeitgeist, der die Ausspielung der im autoritären Regime liegenden Vorteile gegenüber den umständlicheren Demokratien nicht in ausreichendem Maße zuließ.

In der Gegenwart ist der Zeitgeist allgemein autoritätswilliger. Das gilt also nicht nur für die autoritär geführten Völker, sondern auch für die Demokratien, die bei aller Aufrechterhaltung ihrer freiheitlichen Institutionen doch eine viel umfassendere Staatstätigkeit und Staatsführung ausüben können, als das noch vor wenigen Jahren denkbar erschien. In diesem Zeitgeist der Gegenwart liegt im Ernstfalle die kriegswirtschaftliche Betätigung des Staates, insofern sich die Menschen allgemein daran gewöhnt haben, sich williger als früher in eine nationale Verpflichtung nehmen und in staatlich geführte Arbeitsgemeinschaften einordnen zu lassen. Wenn man daher die Frage aufwirft, ob heute noch die autoritäre Staatsform die Lösung der wehrwirtschaftlichen Aufgaben gegenüber den Demokratien erleichtert, dann ist diese Frage einschränkungslos zu bejahen, aber doch mit der Maßgabe, daß auch die demokratischen Staaten sich auf ein ganz anderes Maß an staatlicher Führung gegenüber allen Bereichen der eigenen Wirtschaft eingerichtet haben als früher.

Diese Erkenntnis drängt sich ohne weiteres bei dem Studium der wehrwirtschaftlichen Gesetze auf, die in den letzten Jahren in den Demokratien erlassen worden sind, gleichgültig, ob man im einzelnen

dabei an das französische Gesetz zur Mobilmachung der Nation im Kriege mit seinen zahlreichen Ausführungsverordnungen denkt, oder an das englische Gesetz über das Beschaffungsministerium, oder an das Ermächtigungsgesetz denkt. Wenn daher schon im Weltkriege die Aufhebung der Eigentumsrechte aus kriegswirtschaftlichen Gründen in allen Staaten eine reibungslose Selbstverständlichkeit war, dann kommt die weitere Wandlung der Auffassungen zugunsten der Befehlsgewalt des Staates und damit auch zugunsten der Wehr- und Kriegswirtschaft erst auf dem Gebiete der persönlichen Arbeitsdienstpflicht zum Ausdruck. Eine solche besteht aber in absolut bindender Form nicht nur für den Deutschen und für den Italiener, sondern auch für den Franzosen und Engländer. In England wurde die zivile Dienstpflicht mit Ausbruch des Krieges im September 1939 eingeführt. Damit muß man zu dem Ergebnis kommen, daß die Verfügungsgewalt über Menschen und Besitz zum mindesten bei allen europäischen Großmächten etwa in gleichem Maße entwickelt worden ist. Die Vorteile der autoritären Staaten liegen also weniger auf dem Gebiete der allgemeinen Ermächtigungen gegenüber der privaten Sphäre als mehr in der Richtung, daß sie in ihren Entschlüssen schneller und in ihren Vorbereitungen diskreter sein können als die auf der öffentlichen Aussprache basierenden Demokratien. Immerhin befindet sich unter den französischen Verordnungen aus dem Frühjahr 1939 eine, die der Presse eine erhöhte Schweigepflicht in wehrpolitischen Dingen auferlegt. Ein Zeichen dafür, daß man diese konstitutionelle Schwäche der Demokratie erkannt hat und zu beseitigen wünscht. Es ist der Versuch, das Schiff der Demokratie zu retten, indem man den Ballast ihrer störenden Institutionen über Bord wirft.

Friedenseffektiv und Kriegspotential

Wie oft lesen wir in der Tagespresse, daß diese oder jene Regierung sich entschlossen habe, das Kriegspotential ihres Landes zu erweitern. Da liegt die Frage nahe, was es mit diesem Begriff eigentlich auf sich habe. Was versteht man unter Kriegspotential, und welche Aufgaben birgt dieser Begriff für die Staatsführung in sich?

Nun, seit dem Weltkriege wissen wir, daß größere Kriege nicht mehr am Rande der nationalen Existenz geführt werden können, wie das etwa noch im deutsch-französischen Kriege 1870/71 der Fall war, der trotz seiner geschichtlichen und politischen Bedeutung in seiner Durchführungstechnik doch eine rein militärische Fachangelegenheit war. Der Weltkrieg hat zum ersten Male zu einer Vergrößerung der jeweils eingesetzten Wehrmacht bis zur Erschöpfung des Menschenpotentials geführt und erkennen lassen, daß es einen grundsätzlichen Unterschied zwischen Front- und Heimateinsatz nicht mehr gibt. Schon die Größe der von den einzelnen Staaten unterhaltenen Wehrmacht muß seit dieser Zeit die Rückwirkungen eines jeden Krieges bis in das letzte Dorf hineintragen. Aber nicht nur in der früher üblichen passiven Form des Mitleidens, sondern in der höchst aktiven Form des Mitarbeitens für den Sieg und des Mitkämpfens, wenn auch nur mit den Mitteln der täglichen Arbeit. Mit anderen Worten: ein Volk, das heute in einen größeren Krieg verwickelt wird, hat nicht nur eine große Zahl kampfbereiter Söhne zu stellen, sondern muß diese auch laufend mit den Kampfmitteln versehen, die zur Durchführung des modernen Krieges notwendig sind.

Es liegt auf der Hand, daß dieser vorhersehbare Einsatz des ganzen Volkes im Kriegsfalle umfangreiche Vorbereitungen bedingt. Diese werden sich natürlich jeweils nach den Kriegsmöglichkeiten richten, mit denen je nach geographischer Lage und politischer Konstellation die einzelnen Völker rechnen müssen. Sie sind in den Vereinigten Staaten,

die auf ihrem Kontinent nicht bedroht werden können, mit Notwendigkeit anders als etwa in Deutschland, das im Mittelpunkt eines seit Jahrhunderten durch- und umkämpften Erdteils liegt und eine ganze Anzahl kriegerischer Völker zu Nachbarn hat. Zu diesen allgemeinen geopolitischen Grundlagen für die wehrpolitischen und damit auch wehrwirtschaftlichen Vorbereitungen tritt als zusätzliches Element hinzu der akute Gefahrengrad der politischen Lage. Entscheiden die allgemeinen geopolitischen Grundlagen auch über die Grundanlage der wehrwirtschaftlichen Vorbereitungen, dann bestimmt der akute Gefahrengrad der politischen Lage die Dringlichkeit und das Tempo dieser Vorbereitungen. Der Zeitfaktor ist aber ein selbständiger und wesentlicher Faktor auch im Rahmen der wehrwirtschaftlichen Vorbereitungen. Habe ich Zeit, kann ich grammweise tun, was ich bei Mangel an Zeit zentnerweise beschleunigt durchführen muß. Ueberschreitet die aus politischen Gründen erforderliche Dringlichkeit der wehrwirtschaftlichen Vorbereitungen ein gewisses Maß, dann schlägt die Quantität in die Qualität um und allein die zeitliche Dringlichkeit verändert das Wesen der wehrwirtschaftlichen Vorbereitungen.

Diese Zusammenhänge muß man im Auge behalten, wenn man sich nunmehr der nächsten Feststellung zuwendet. Und diese geht dahin, daß die Friedenswirtschaft natürlich nicht ohne weiteres in der Lage ist, diejenigen Materialien in ausreichender Menge, Beschaffenheit und Schnelligkeit zur Verfügung zu stellen, die im Kriegsfalle notwendig sind. Die Friedenswehrmacht mit ihrem laufenden, in normalen Zeiten schon aus finanzpolitischen Gründen sehr vorsichtig bemessenen Verbrauch ist eben etwas anderes als die Wehrmacht im Kriege. Diese ist einmal zahlenmäßig ungleich größer als die Friedenswehrmacht und insbesondere ein viel schnellerer Verbraucher. Dabei ein Verbraucher, der über den Einsatz der Kriegsmittel nicht einmal selbständig bestimmen kann, da er sich ja weitgehend in Angriff und Abwehr den Notwendigkeiten der militärischen Lage und den Entschlüssen des Gegners anpassen muß. Erhebt sich daher am politischen Horizont das Gespenst der Kriegsgefahr, dann müssen schon im Frieden die organisatorischen und die produktionstechnischen Vorbereitungen getroffen werden, damit mit Kriegsausbruch die volle Versorgung der vergrößerten Wehrmacht ohne jeden Zeitverlust durchgeführt werden kann. Mit anderen Worten: Die beschränkte wehrpolitische Leistungs-

fähigkeit der Friedenswirtschaft — ihr Friedenseffektiv — muß in wenigen Stunden auf das vorbereitete Kriegspotential umgeschaltet, d. h. praktisch erweitert werden. Die Größe des Unterschiedes zwischen dem Friedenseffektiv der Wirtschaft und dem wahrscheinlich gebrauchten Kriegspotential bestimmt das Maß der wehrwirtschaftlichen Vorbereitungen im Frieden.

Es liegt auf der Hand, daß es über dieses Maß keine allgemeingültigen Anhaltspunkte geben kann. Ein Staat, der kraft seiner geographischen Lage oder seiner politischen Freundschaftsverhältnisse nur mit kleineren Gegnern zu tun hat, braucht auch nur ein geringeres Kriegspotential in Rechnung zu setzen. In dieser günstigen Lage befinden sich von Natur aus die Vereinigten Staaten. Ein anderer Staat, dessen geographische Lage exponiert ist und dessen politische Situation gleich gefährdet ist, wird gut daran tun, wenn er seinen wehrpolitischen Vorbereitungen, also auch der Entwicklung seines wirtschaftlichen Kriegspotentials, den ungünstigsten Fall, also die Höchstzahl der möglichen Gegner, zugrundelegt. In diesem Fall ist der Unterschied zwischen dem Friedenseffektiv der Wirtschaft und dem von ihr aufzubringenden Kriegspotential besonders groß; die Vorbereitungen müssen also entsprechend sein.

Nun wollen wir uns an einem Beispiel klarmachen, wie groß im Einzelfall — und daher erst recht auch in der Summe des gesamten Wehrmachtsbedarfs — der Unterschied zwischen Friedenseffektiv und Kriegspotential sein kann. Wir wählen als Beispiel die Flugwaffe und fassen die in der folgenden Aufstellung vermerkten drei Möglichkeiten ins Auge:

I. Im Frieden:

a) Bestand an Flugzeugen in erster Linie	2000	
b) Friedensverlust 5 Prozent monatlich . . .	100	
c) laufender Ersatzbedarf monatlich	100	jährlich 1 200

Die Luftfahrtindustrie wird, soweit sie Militärflugzeuge baut, sich also in normalen Zeiten auf eine Jahresproduktion von 1200 Apparaten einstellen. Diese Produktion wäre also ihr Friedenseffektiv. Nun bricht der Krieg aus. Welcher Bedarf ist jetzt unter Umständen zu befriedigen?

II. In der ersten Kriegsphase:

a) Bestand an Flugzeugen in erster Linie	2000	
b) Kriegsverlust 80 Prozent monatlich . . .	1600	
c) monatlicher Ersatzbedarf	1600	jährlich 19 200

Es müßte also die Jahresproduktion von 19 200 Flugzeugen — wenn die angenommene Voraussetzung von 80 Prozent monatlichem Kriegsverlust richtig ist — das vorzubereitende Kriegspotential der heimischen Flugzeugindustrie sein. Die Annahme eines 80prozentigen Kriegsverlustes pro Monat ist nicht willkürlich; von ihr gingen in den letzten Monaten die Rüstungsdebatten im englischen Parlament im allgemeinen aus.

III. Der Krieg erzwingt eine Erweiterung der Luftwaffe:

a) Bestand an Flugzeugen in erster Linie	4000	
b) Verlust 80 Prozent monatlich	3200	
c) monatlicher Ersatzbedarf	3200	jährlich 38 400

Im Falle III. müßte also das Kriegspotential der heimischen Luftfahrtindustrie im Kriege auf die Erzeugungsfähigkeit von 38 400 Flugzeugen erweitert werden. Wie wenig derartige Zahlen reine Phantasie sind, ergibt sich aus der Tatsache, daß Deutschland im Weltkriegsjahr 1918 24 000 Flugzeuge gebaut hat, England sogar 30 000. Wenn nun auch feststeht, daß die Differenz zwischen dem Friedenseffektiv und dem Kriegspotential bei der Flugwaffe wegen der Verlustquote besonders groß ist, so besteht diese Differenz doch auch auf allen anderen Gebieten der Wehrmachtsversorgung, besonders natürlich der Versorgung mit Munition, Schußwaffen, Kriegsgerät aller Art und Transportmitteln. Es liegt daher auf der Hand, daß die Vorbereitungen zur Ueberbrückung dieser Differenz zwischen Friedenseffektiv und Kriegspotential ungemein umfassend sein müssen und daher eine starke Rechtsposition des Staates gegenüber seinen Bürgern bedingen. Denn ohne starke und laufende Eingriffe in die Rechtssphäre des einzelnen Bürgers ist weder eine Wehrwirtschaft aufzubauen noch eine Kriegswirtschaft mit dem notwendigen Nutzeffekt durchzuführen.

Volksernährung im Kriege

Die Sicherheit der Volksernährung im Kriege ruht auf zwei Pfeilern; erstens auf den Maßnahmen zur Sicherung einer ausreichenden Erzeugung von Nahrungsmitteln; zweitens auf den Vorkehrungen zur Gewährleistung einer gerechten Verteilung der Nahrungsmittel. Auf beiden Gebieten waren, sehr im Unterschied zum Jahre 1914, seit Jahren weitgehende Vorbereitungen getroffen, als England uns den Krieg erklärte, und es ist das große Verdienst des Agrarpolitischen Apparats der NSDAP., daß nach der Machtübernahme als erster Wirtschaftsbereich der Bereich der Nahrungsmittelversorgung und -verwendung nach den Grundsätzen einer wehrhaften Wirtschaft geordnet worden ist. Es ist diesen Vorbereitungen zu danken, daß man heute schon sagen kann, daß Englands Versuch, mit der heimtückischen Waffe der Hungerblockade Deutschland zu überwinden, scheitern muß.

Was hat sich nun auf dem Gebiete der Erzeugung seit 1914 gebessert und wie ist die Kriegsorganisation aufgebaut? Erstens bestand 1914 eine Uebererzeugung von kohlehydrat- also brennstoffreichen pflanzlichen Nahrungsmitteln — es wurden Weizen, Roggen, Hafer und Zucker ausgeführt — demgegenüber aber eine geringe Erzeugung von tierischen, eiweißhaltigen, also aufbaustoffreichen Nahrungsmitteln und Fetten und auch diese war noch weitgehend von der Einfuhr ausländischer Futtermittel abhängig. Heute ist das Verhältnis wesentlich günstiger. Die Produktion der kohlehydratreichen Grundnahrungsmittel — Brotgetreide, Kartoffeln und Zucker — ist so begrenzt, daß sie zur Ernährung im Inland einschließlich der notwendigen Vorratsbildung völlig ausreicht. Der Rest der Pflanzenproduktion ist auf die Futtermittelproduktion für die Viehhaltung, also auf die Produktion tierischer Fette und Eiweißnahrungsmittel umgestellt. Außerdem ist durch die Einführung neugezüchteter Pflanzen, wie Süßlupine, Körnermais, Markstammkohl und Rapko, durch den vermehrten Anbau von Klee und

Luzerne, durch die Ausdehnung des Zwischenfruchtbaus — also von rasch wachsenden grünen Futterpflanzen zwischen zwei Haupternten — und durch bessere Erntemethoden und schließlich auch Erntekonservierung die Futtererzeugung erheblich gesteigert worden. Damit ist, alles in allem, bei höheren Gesamternten als vor dem Weltkrieg nicht nur der Grad der Unabhängigkeit von ausländischer Einfuhr wesentlich gestiegen, sondern ganz besonders ist dank der Verbesserung der Futterwirtschaft die Unabhängigkeit der Fleisch-, Fett- und Milcherzeugung größer geworden.

Zweitens kaufte 1914 die deutsche Landwirtschaft einen großen Teil ihrer Maschinen und ihren ganzen Stickstoffdünger — den Chilesalpeter — aus dem Ausland. Heute besitzen wir eine sehr leistungsfähige Landmaschinenindustrie und eine einheimische Stickstoffgewinnung aus der Luft, die genug leistet, um Sprengstoffchemie und Landwirtschaft gleichzeitig mit Stickstoff zu versorgen.

Drittens besaß die deutsche Ernährungswirtschaft 1914 weder ein eigenes Ministerium noch eine einheitliche bis in die untersten Verwaltungskreise hinabreichende Organisation, durch die die Fortschritte der wissenschaftlichen Produktionstechnik, die im Kriege notwendige einheitliche Produktionslenkung und die nachbarliche Kameradschaftshilfe hätten organisiert werden können. Eine solche Organisation ist im Reichsnährstand mit seinen Hauptabteilungen, Landes-, Kreis- und Ortsbauernschaften heute vorhanden und erprobt.

Viertens gab es 1914 nur eine höchst unvollkommene Statistik, so daß man nicht einmal genau wußte, wie viel überhaupt erzeugt wurde. Eine verhängnisvolle Folge davon war z. B. der aus der völlig irrigen Voraussetzung eines Kartoffelmangels heraus eingeleitete Schweinemord, dem zwischen Weihnachten 1914 und Ostern 1915 rund 8 Millionen Schweine oder ein Drittel der Bestände zum Opfer fielen. Die Abschlachtung erfolgte so übereilt, daß ein großer Teil des Fleisches verdarb. Von dieser verhängnisvollen Maßnahme hat sich die Vieh- und Fleischwirtschaft bis zum Ende des Krieges nicht mehr erholt; sie war der Beginn der während des Krieges sich immer mehr verschlimmernden Fleischknappheit. Heute besitzen wir eine ausgezeichnete landwirtschaftliche Statistik und erfassen überdies dank der für jeden einzelnen Hof angelegten „Hofkarte" ausnahmslos alle landwirtschaftlichen Erzeuger. Alle Maßnahmen zur Behauptung und Steigerung der

Nahrungsmittelerzeugung und zu deren zweckmäßiger Verwendung können also auf der Grundlage gesicherter Kenntnisse erfolgen.

Die landwirtschaftliche Produktionsgrundlage, die wichtigste Voraussetzung der Volksernährung, ist also um vieles gefestigter als 1914 und dank der einheitlichen Organisation auch anpassungsfähiger an die besonderen Forderungen der Kriegszeit. Durch eine der ersten Kriegswirtschaftsverordnungen ist der ganze Apparat des Reichsnährstandes dem Reichsernährungsministerium unterstellt worden. In den mittleren Instanzen sind beim Reichsstatthalter oder Oberpräsidenten Landes- oder Provinzialämter und in den unteren Instanzen bei den Kreisen und kreisfreien Städten Ernährungsämter gebildet worden, denen die Nährstandsorganisation ihres Bezirks unmittelbar untersteht.

Nächst der Sicherung der Erzeugung sind aber auch Maßnahmen zur Organisation der Versorgung der Verbraucherschaft notwendig. Die Eigenerzeugung muß durch Einfuhr ergänzt und alles zusammen gerecht, das heißt im Nationalsozialismus nach Leistung und Bedarf, verteilt werden. Die ergänzende Lebensmitteleinfuhr spielt nicht nur eine geringere Rolle als 1914, sie ist auch nach ihrer Verteilung auf die Herkunftsländer besser gelagert, zumal die Politik des Führers uns den Osten eröffnet hat. 1914 entfielen 30—40 Prozent unserer Lebensmitteleinfuhr auf feindliche europäische Gebiete, 1939 nur 2 Prozent. Ein Teil der dem englischen Zugriff preisgegebenen überseeischen Einfuhr kann überdies auf kontinentale Einfuhrwege umgelagert werden, denn der Weg von Ostasien durch Rußland steht offen. Besonders wichtig ist aber, daß der Reichsnährstand im Zusammenwirken mit den zuständigen Reichsstellen für die Einfuhrüberwachung eine weitschauende Vorratspolitik getrieben hat, so daß große Vorräte jeweils neben der laufenden Ernte, zum Teil für ein Jahr und mehr vorhanden sind, während 1914 nicht ein Zentner an Vorräten eingelagert war und sogar noch im Juli die Reichsbehörden Vorratskäufe ablehnten.

Auch für die Nahrungsmittelverteilung ist in der Organisation des Reichsnährstandes Vorsorge getroffen. Ebenso wie die mit der Produktion befaßten Abteilungen des Reichsnährstandes bis zu den entsprechenden Kreisabteilungen hinab dem Ministerium und den Ernährungsämtern unterstellt sind, sind auch die mit dem Markt befaßten Abteilungen und Wirtschaftsverbände unterstellt worden.

Die Nahrungsmittelverteilung erfolgt — für die Zivilbevölkerung bekanntlich auf Karten — nach Leistung und Bedarf gestuft. Die

Rationen sind unter Kontrolle und Mitwirkung von Ernährungswissenschaftlern festgelegt und obendrein so gewählt, daß sie, wenn es sein muß, auch jahrelang durchgehalten werden können. Den besonderen Leistungsanforderungen entsprechend erhalten die Truppe, Schwer- und Schwerstarbeiter — wozu auch die landwirtschaftlichen Erzeuger als eigene Kategorie der Selbstversorger gehören —, bestimmte Gruppen der Chemiearbeiter, Schwangere und stillende Mütter Zulagen zur Normalration. Die Kinderportionen sind dem geringeren Bedarf der Kinder entsprechend kleiner, aber nach ihrer Zusammensetzung durch Gewährung von Milch und Nährmitteln dem kindlichen Bedarf besonders angepaßt. Außerdem werden auch bestimmte Regionale und berufliche Verbrauchsgewohnheiten berücksichtigt. Für die Bergarbeiter wird eine Sonderversorgung mit Speck durchgeführt, da bei den hohen Temperaturen unter Tage andere Fette schmelzen würden. Die Süddeutschen können als Liebhaber von Mehlspeisen in größerem Umfang als andere Deutsche auf die Brotkarte statt Brot Mehl beziehen. Schließlich ist noch die Möglichkeit geschaffen in gewissem Umfang, z. B. in der Einmachezeit, Zucker und Marmelade gegeneinander zu tauschen. Entsprechend den günstigen Erfahrungen einer rationellen Lebensmittelverwendung bei Massenspeisungen wird die Verwendung der Schwerarbeiterzulagen in der Kantinenernährung in Großbetrieben gefördert.

Gerade der Vergleich mit 1914 zeigt, daß die deutsche Ernährungswirtschaft wesentlich besser gerüstet und vorbereitet und mit der Kraft, allen an sie herantretenden Forderungen gerecht zu werden, in den Krieg eintritt.

Die wehrwirtschaftliche Bedeutung der Rohstoffrage

Wirtschaften heißt die Wirtschaftsfaktoren Arbeit, Natur und Kapital so zusammenführen, daß Bedarf und Deckungsmöglichkeiten in Einklang bleiben. Der Wirtschaftsfaktor Natur liefert dabei für den Produktionsprozeß Energie, Roh- und Hilfsstoffe. Aus den Roh- und Hilfsstoffen werden nicht nur Güter zum unmittelbaren Verbrauch gefertigt, sondern auch Güter, die selbst der weiteren Produktion dienen, also Maschinen, Verkehrsanlagen und dergleichen mehr. Die Zahl und die Güte der verwendeten Rohstoffe ist von ausschlaggebender Wichtigkeit für die zivilisatorische Höhe des Entwicklungsstandes der Völker, insbesondere aber auch für ihre Wehrkraft. Das Bronzebeil überwand das Steinbeil, die eiserne Waffe die Bronzewaffe; und Stahl überwand schließlich das Eisen. Die Entwicklung der Sprengstoffchemie vom Schwarzpulver bis zu den modernen hochbrisanten Sprengstoffen hat nicht nur einen großen Bedarf an Chemikalien hervorgerufen, sondern auch die Materialanforderungen an die Waffe erhöht und mit der Verstärkung der Durchschlagskraft geradezu einen Wettlauf zwischen Panzerung und Durchschlagskraft hervorgerufen. Einen ähnlichen Wettlauf sehen wir neuerdings zwischen Geschwindigkeit und Abwehrtechnik im Flugwesen und auch dieser Wettlauf ist teils begleitet, teils hervorgerufen durch immer höhere Leistungen in der Rohstoffverwendung und der technischen Konstruktion.

Die Zahl der in der modernen Wirtschaft und in der modernen Waffentechnik verwendeten Rohstoffe geht in die Tausende. Dabei sind nicht nur die in einem Arbeitsgang aus den natürlichen Quellen der Landwirtschaft und des Bergbaus gewonnenen primären Rohstoffe zu berücksichtigen, sondern auch die im industriellen Prozeß gewonnenen

sekundären Rohstoffe. So ist Kohle z. B. ein primärer Rohstoff, Koks für den Hochofen, Phenol für die Gewinnung von Pikrinsäure und Toluol für die Gewinnung von Trinitrototuol sind sekundäre Rohstoffe aus der Kohlenindustrie. Primäre Rohstoffe sind alle Erze. Die erst nach der Verhüttung gewonnenen reinen Metalle sind sekundäre Rohstoffe. Von nicht geringerer Wichtigkeit sind schließlich auch die Hilfsstoffe. Koks ist ein Hilfsstoff der Eisengewinnung. Schwefelsäure ist ein Hilfsstoff z. B. der meisten Nitrosprengstoff-Fabrikationen und noch vieler anderer Prozesse. Und ebenso wichtig wie die Hilfsstoffe sind die Zuschläge. Stahl kann nicht ohne Mangan, Chrom, Molybdän, Nickel, Wolfram, Antimon u. a. mehr hergestellt werden. Das erste wehrwirtschaftliche Erfordernis in der Rohstoffrage ist also Uebersicht über die unentbehrlichen Energieträger Rohstoffe und Hilfsstoffe in dem weiten Gebiet der modernen Waffentechnik.

Für die Rohstoffversorgung ist nun die Ungleichheit der Verteilung der Naturschätze eine besonders wichtige Tatsache. Die Produktionskraft des tropischen Klimas und der tropischen Böden z. B. für Faser-, Oel- und Kautschukpflanzen wird in keiner Weise vom gemäßigten Klima erreicht. Die Lagerstätten von Kohle und Erzen und chemischen Erden sind höchst ungleich verteilt. Zinn gibt es in großen Mengen nur in Bolivien, in Nigerien und in Südostasien; in der ganzen übrigen Welt gibt es nur Spuren. Südamerika besitzt fast keine Kohle und nur wenig Eisenerze. Es gibt kein Land der Erde, das über alle Rohstoffe verfügte, die der moderne Stand der Technik, auch der Waffentechnik, erfordert. Aber der Umfang, in dem die verschiedenen Länder von der Beschaffung von Rohstoffen im Wege des Außenhandels abhängig sind, ist sehr verschieden.

Die Sicherung der Rohstoffversorgung ist natürlich eines der wichtigsten Ziele der Wehrpolitik. Könnte doch Mangel an Rohstoffen zur Unterlegenheit der Bewaffnung und damit zur Einschränkung der kriegerischen Unternehmungen, damit zur Beschränkung der militärischen und politischen Handlungsfreiheit, die so eng miteinander verknüpft sind, und schließlich zur Niederlage führen. Die Methoden der Sicherung sind aber unterschiedlich nach der wehrgeographischen Lage und der politisch-militärischen Macht der einzelnen Länder. Den größten Unterschied repräsentieren England und Deutschland. Dank seiner geographischen Lage und der nach der Niederwerfung Napoleons

erreichten unbestrittenen Herrschaft zur See hat England sich darauf verlassen, daß es militärisch seinen Außenhandel sichern kann, ja, daß es sich militärisch sogar Außenhandel eröffnen kann, wo ihm Zufuhren versagt werden sollten. England konnte daher den Freihandel und die internationale Arbeitsteilung als Dogmen propagieren, solange die Herrschaft zur See es davor bewahrte, daß die aus der weitgetriebenen weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung entstandene Verunselbständigung der englischen Wirtschaft zum Mangel würde. Heute besitzt als Folge des Weltkrieges England weder in der Handelsschiffahrt noch in der Kriegsschiffahrt mehr allein die Herrschaft zur See. Daher sehen wir England einerseits im Begriff sich aufs Empire zurückzuziehen und das Empire auszubauen und andererseits bereit, mit den Vereinigten Staaten und Frankreich zu teilen. Deutschland hat infolge seiner geographischen Lage und der Jugend seines Reiches den Anspruch auf Seeherrschaft nicht erheben können. Es ist ihm im Weltkriege zum Verhängnis geworden, daß es trotzdem sich bis zur Unselbständigkeit in die internationale Arbeitsteilung und das Freihandelssystem mit nur sehr mäßigen Schutzzöllen eingegliedert hat und so der Blockade durch Großbritannien und dessen Verbündete eine solche Angriffsmöglichkeit bot.

Es war eine dringende Forderung der Wehrhafterhaltung, daß Deutschland sich nach der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus soweit aus der internationalen Arbeitsteilung zurückzog, daß niemand es wieder durch wirtschaftliche Abhängigkeiten zur Aufgabe der selbständigen Willensbildung und des selbständigen militärischen Handelns zwingen kann. Zur Gewinnung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit der Rohstoffversorgung stehen sieben Wege zur Verfügung: zunächst Einfuhrverlagerung auf Herkunftsländer, zu denen auch militärisch gesicherte Verkehrsstraßen bestehen, und Steigerung der Eigenproduktion; falls diese beiden Wege nicht gangbar sind oder keinen genügenden Erfolg bringen oder wirtschaftlich einen so hohen Aufwand erfordern, daß die Opfer eine Schwächung der wirtschaftlichen Wehrkraft herbeiführen würden, so müssen Stoff- und Verfahrenswechsel zur Befriedigung derselben Zwecke versucht werden, also etwa Aluminium an die Stelle von Kupfer und Zink an die Stelle von Messing treten oder Zementfarben an die Stelle von Oelanstrichen oder Stahlsaitenbeton an die Stelle von massiven Stahlkonstruktionen u. a. m. Es können ferner Ersparnisse durchgeführt werden durch

dünnere Zinnauflage auf Weißblech, durch besser berechnete Querschnitte im Stahl- und Holzbau, durch Polimerisation des Leinöls zu sogenannten Standölen in Lacken usw.; es kann in großem Umfange die Rückgewinnung der Altstoffe einsetzen. Wo alle diese Wege keinen genügenden Erfolg versprechen, müssen Vorräte angelegt werden, ja, es müssen sogar Verbrauchseinschränkungen erfolgen. Der wichtigste und ergiebigste Weg von allen und gleichzeitig der sicherste ist aber in den meisten Fällen die Steigerung der Eigenerzeugung. Dabei können die sekundären Rohstoffe, die durch Stoffumwandlung im chemischen Prozeß entstehen, ganz besondere Bedeutung erlangen. Hat doch die moderne Chemie zwar noch nicht die Verwandlung der Elemente, wohl aber schon die Umwandlung der hochmolekularen Verbindungen gelernt. Die synthetische Gewinnung von Faserstoffen aus Holzmasse und Kohle; von plastischen Massen, die Metalle ersetzen können, aus den gleichen Rohstoffen; von kautschukartigen Massen wieder aus der Kohle; von flüssigen Treibstoffen aus der Kohle, von Schmierölen und Fettsäuren aus den Kohleparaffinen, von Aluminium aus Tonerde und manche andere Verfahren der chemischen Stoffumwandlung sind Beispiele der möglichen Lösungen zum Ausgleich der ungleichen Verteilung der Rohstoffe in der Welt. Deutschland kann stolz sein, daß es trotz der Opfer, die diese Verfahren verlangen, in ihrer Entwicklung mit an der Spitze in der Welt steht und daß es infolge der Arbeiten des Vierjahresplans schon weitgehend unabhängig in der Rohstoffversorgung geworden ist.

Das Arbeitsproblem im Kriege

Der innere Zusammenhang zwischen militärischer Stärke und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit eines Landes tritt immer dort zutage, wo es sich darum handelt, die zusammengefaßten Kräfte der Nation zum kriegerischen Einsatz zu bringen. Darum sahen Friedrich Wilhelm I. und Friedrich der Große die Grenzen der Heeresstärke weniger in der —niemals ganz ausgeschöpften — Zahl der Wehrdiensttauglichen gezogen, als vielmehr in der Rücksicht auf die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Kraft des Landes. Sie fühlten sich darauf angewiesen, möglichst den gesamten Kriegsbedarf — an Geld, an Ernährung und an Industrieerzeugnissen — im Lande hervorzubringen. Sie konnten es sich nicht leisten, andere für sich arbeiten, d. h. Geld ins Ausland abfließen zu lassen. Auch wirtschaftlich im wesentlichen auf eigenen Füßen stehend, sahen sie in der Aufrechterhaltung der kriegswichtigen Produktion mit Recht eine der Grundvoraussetzungen der Kriegsführung und betrachteten es daher als selbstverständlich, lieber auf eine an sich sehr erwünschte Verstärkung der Kriegswehrmacht zu verzichten, als der Wirtschaft die zur Erzeugung des Kriegsbedarfs nötigen Arbeitskräfte zu entziehen.

Die Kriege des 19. Jahrhunderts haben diese organischen Wechselbeziehungen zwischen Wehrmacht und Wirtschaft verwischen lassen. Sie waren von kurzer Dauer und konnten hinsichtlich des gesamten Kriegsbedarfes aus Arsenalen und Magazinen, also aus den im Frieden aufgestapelten Vorräten, bestritten werden. Wenn überhaupt ein Nachschub aus laufender Fertigung notwendig wurde — wie beispielsweise 1870/71 durch den unvorhergesehenen Verbrauch an Artilleriemunition — so konnte er aus den vielleicht verstärkt arbeitenden wehrmachteigenen Betrieben gedeckt werden, ohne die übrige Wirtschaft wesentlich zu stören. Diese Kriege kannten also auch kein Arbeitsproblem.

Dagegen trat es im Weltkrieg sehr bald in voller Schärfe hervor. Je stärker die Technik das Gesicht des Krieges bestimmte, desto größer wurde die Abhängigkeit der Kriegsführung von dem Leistungsvermögen der Wirtschaft, und zwar der Gesamtwirtschaft entsprechend der sich schrittweise entwickelnden Totalität des Krieges. Die zur Versorgung

der Kriegswehrmacht wie der Heimat erforderliche Aufrechterhaltung der Kriegswirtschaft bedingte aber eine bis dahin nicht gekannte Rationalisierung der Gesamtmenschenkraft der Nation. Da sie, abgesehen von dem Ersatzbedarf der Wehrmacht, in keiner Weise vorbereitet war, blieb sie in Improvisationen stecken. Immerhin verbreitete sich die Erkenntnis von der Bedeutung der wirtschaftlichen Heimatfront und von der Notwendigkeit, auch diese Front mit zahlen- und qualitätsmäßig ausreichenden Kräften zu besetzen. Da die Anforderungen der Kriegswirtschaft an Menschen etwa zu gleicher Zeit und in gleichen Wellen auftrat wie der Ergänzungsbedarf der Kriegswehrmacht — und andererseits die wirklich durchgreifenden Maßnahmen zur Erfassung der gesamten Menschenkraftreserve aus Furcht vor harten und ungewohnten Konsequenzen unterblieb — entstand ein Dilemma zwischen den Ansprüchen der beiden wichtigen Bedarfsträger. Es äußerte sich darin, daß zwischen Front und Heimat Ströme von Neuausgehobenen und Reklamierten hin- und herwanderten und es doch zuletzt nicht gelang, die Bedarfsanforderungen an Kämpfern und an Arbeitern in ein ausgewogenes, den Aufgabenstellungen beider Teile gerecht werdendes Verhältnis zu bringen.

Wie aus dem Weltkrieg unsere Vorstellungen von dem Wesen eines künftigen, mit dem Einsatz der gesamten physischen, seelischen und materiellen Volkskraft geführten Krieges entwickelt worden sind, so leitet sich aus den damaligen Erfahrungen auch die Forderung ab, daß nicht nur alle überhaupt vorhandenen personellen Kräfte bis zur Grenze des Möglichen aufgeboten und eingesetzt werden müssen, sondern daß es ebenso darauf ankommt, diesen Einsatz vernünftig zu organisieren. Die Zahl, die Ausrichtung, der Nachschub und damit die militärischen Erfolgsaussichten der Kriegswehrmacht hängen ab von der Zahl und der Leistungsfähigkeit der hinter ihnen stehenden und für sie schaffenden Arbeitskräfte. Ob es möglich oder zweckmäßig ist, für das Stärkeverhältnis zwischen Wehrmacht und Kriegswirtschaft eine feste Norm aufzustellen, — wonach auf einen Kämpfer an der Front soundsoviel Wehrarbeiter in der Nachschubfertigung entfallen — mag dahingestellt bleiben. Auf jeden Fall besteht eine organische Verbindung zwischen der Zahl der fechtenden Truppe, der Qualität und dem Umfang ihrer technischen Ausstattung, der Höhe und der Art des Nachschubbedarfs einerseits und zur Herstellung, Instandhaltung und Ergänzung des Materials erforderlichen menschlichen und fachlichen Leistungsfähigkeit

der Kriegswirtschaft andererseits. Es ist also Aufgabe einer wohldurchdachten und bis in die letzten Folgerungen durchgeführten Menschenökonomie, die Verteilung der Gesamtmenschenkraft so vorzunehmen, daß das militärische und das wirtschaftliche Potential aufeinander abgestimmt werden. Das bedeutet letzten Endes, daß die zahlenmäßige Stärke der Kriegswehrmacht ihre obere Grenze nicht mehr in der Gesamtzahl der wehrdiensttauglichen Männer findet. Sie wird sich im eigensten Interesse Beschränkungen auferlegen, d. h. der Wirtschaft auch an sich zum Waffendienst geeignete Männer belassen müssen, um der Kriegswirtschaft denjenigen Wirtschaftsgrad zu gewährleisten, der für die Versorgung der Wehrmacht und schließlich auch der Heimat unerläßlich ist. Diese Angleichung der Interessen setzt gegenseitiges Verständnis unter den beiden Hauptträgern der Kriegführung und jene vernünftige Selbstbeschränkung voraus, die das Grundgesetz des friderizianischen Heeres und eine der Hauptquellen seiner Erfolge gewesen ist. Es ist um so notwendiger, als es sich angesichts der ständig wachsenden technischen Bedingtheit der modernen Wehrmacht nicht nur um einen Ausgleich lediglich der Zahl nach, sondern weit mehr noch um einen solchen der Qualitäten handelt. Der sogenannte „Engpaß" liegt bei den Facharbeitern, besonders den aus allen Zweigen der metallverarbeitenden Industrie stammenden, aber auch bei ausgesprochenen Facharbeitern z. B. im Bergbau, in der Landwirtschaft usw. Diese Spezialisten werden von der Truppe besonders begehrt und vordringlich benötigt zur Bedienung und Instandhaltung des immer komplizierter gewordenen Gerätes, und zwar von sämtlichen Truppengattungen in gleichem Maße und aus den gleichen Gründen. Andererseits sind diese hochwertigen Arbeitskräfte in der Fertigungsindustrie mehr oder minder unentbehrlich. Sie können zwar in einem gewissen Umfange ersetzt werden durch angelernte und vielleicht auch nur behelfsmäßig ausgebildete Arbeitskräfte. Dazu sind Einsparungen möglich in den Zweigen der Friedenswirtschaft, die im Kriege nicht weiterzulaufen brauchen, schließlich auch durch eine immer weiter verfeinerte Rationalisierung und Mechanisierung des Arbeitsprozesses. Das ändert aber nichts an der Grundtatsache, daß gerade diese besonders begehrten Spezialisten für die gesamten Bedarfsanforderungen nicht ausreichen. Es wird also immer darauf hinauskommen, sie so zu verteilen, daß den einzelnen Bedarfsstellen, je nach ihrer Bedeutung für die Gesamtkriegsführung, wenigstens ein gewisses unentbehrliches Minimum zuzuleiten

ist. Dabei könnte es sich als notwendig erweisen, gewisse Gruppen von besonders hochwertigen Spezialisten grundsätzlich der Kriegswirtschaft zu belassen, selbst dann, wenn sie nach ihrem Lebensalter an sich von der Truppe beansprucht und nach ihren Kenntnissen und Fertigkeiten dort auch benötigt werden. Es wird der Gesichtspunkt im Vordergrunde stehen müssen, daß die Kriegswirtschaft auf solche „Spitzenkönner", vielleicht sogar auf ganze Gruppen von Facharbeitern, noch weniger verzichten kann, als die fechtende Truppe und daß sie, ohne Rücksicht auf prinzipielle Erwägungen und im Interesse der Gesamtkriegsführung, in der Kriegswirtschaft verbleiben müssen, weil sie dort mit dem größten Nutzen einzusetzen sind.

Auch die Verteilung der in nichtkriegswichtigen Arbeitsstellungen freiwerdenden und der auf Grund freiwilliger Meldungen oder zwangsweiser Heranziehung neu hinzukommenden, bis dahin berufslosen Arbeitskräfte (vor allem Frauen) wird sich nach dem Grundsatz vollziehen müssen, daß im Kriege alle arbeitsfähigen Staatsbürger benötigt werden, daß keine für die Kriegsführung — einschließlich der Versorgung der Heimat — unwichtige Arbeit geleistet werden darf, und daß jede Arbeitskraft an dem Arbeitsplatz einzusetzen ist, auf den sie nach Kenntnissen, Fähigkeiten usw., aber auch unter Berücksichtigung der sozialen Verhältnisse, — Familienstand, Wohnort usw. — gehört. Von der sorgfältigen Erfassung und Verwendung der Gesamtarbeitskraft der Nation wird der Erfolg des Krieges ebenso abhängen, wie von der Ausschöpfung und dem Einsatz der Wehrkraft.

Der kriegswirtschaftliche Wert von Bündnissen und politischen Freundschaften

Kein Staat besitzt einen Wirtschaftsraum, der groß genug ist und genügend Reichtümer enthält, um alles, was der Krieg erfordert, aus eigener Kraft zu erzeugen. Jede Großmacht verfügt zwar über eine vielfältig gegliederte Industrie, Werke, Maschinen und geschickte Hände, die großen Aufgaben gewachsen sind, aber nur zwei Großmächte, die UdSSR und die USA, sind im allgemeinen von Nahrungs- und Futtermittelzufuhren unabhängig. Im Kriege werden nur ganz geringfügige Warenmengen durch Vermittlung neutraler Kaufleute den Weg aus dem Gebiet einer kämpfenden Partei in das der anderen finden. Umfangreiche Handelsbeziehungen werden bei Kriegsausbruch unterbrochen, und wenn sie dazu dienten, kriegs- und lebenswichtige Waren zu erlangen, müssen neue Bezugsquellen gesucht werden. So bezog Frankreich im Weltkrieg Kohle und Koks, die es im Frieden von Deutschland bekommt, aus England.

Die Notwendigkeit, Warenbezüge aus feindlichen Ländern zu ersetzen, der Ausfall von Arbeitskräften, der die Eigenerzeugung mindert, und der zusätzliche Verbrauch der Front wirken zusammen, um einen Zustand der internationalen Wirtschaftsbeziehungen herbeizuführen, in dem die Frage (nach Helfferich) nicht mehr lautet: „Was kann ich Dir verkaufen?", sondern: „Was kannst Du mir liefern?" Da die Technik des Krieges dahin tendiert, mehr zu verbrauchen, als die Technik der Wirtschaft zu erzeugen vermag, würde auch der wirtschaftlich stärkste Staat und die wirtschaftlich mächtigste Koalition noch bemüht sein, ihre Kraft zu steigern und die Hilfsquellen neutraler Länder heranzuziehen.

Ein Bundesgenosse ist durch sein eigenes Interesse an der Kampfkraft des Bündnispartners gebunden zu liefern, was er kann; im Falle des Neutralen ist das eine Sache des guten Willens: „Was willst du liefern und unter welchen Bedingungen?" Die Bedingungen, die wir als Käufer bieten können, werden eine wichtige Rolle spielen, denn ein

Feind, der über genügend internationale Zahlungsmittel verfügt, wird einen scharfen Konkurrenzkampf führen und auch dann als Käufer auftreten, wenn er die Ware nicht verwenden oder aus militärischen Gründen nicht abtransportieren kann. Wo aber die Käufer annähernd gleiche Bedingungen bieten, treten die Erwägungen der politischen Freundschaft (wie sie nicht nur in den Beziehungen der Staaten, sondern auch in denen der am Handel beteiligten Staatsangehörigen zum Ausdruck kommt) in ihr Recht. Unter solchen Verhältnissen können dann die Lieferungen befreundeter neutraler Mächte von größerem Vorteil sein als die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit einem Bündnispartner, dessen Ausfuhrüberschüsse infolge eigener kriegswirtschaftlicher Anspannung vermindert wurden.

Während Deutschlands überseeische Handelsbeziehungen im Weltkrieg infolge der völkerrechtswidrigen britischen Seekriegsführung sehr bald auf einen Bruchteil ihres früheren Umfanges zusammenschrumpften, und während es den Alliierten gelang, die überseeischen Märkte mit Hilfe ihrer immer straffer zusammengefaßten Einkaufsorganisationen zu beherrschen und in den Vereinigten Staaten bis zum Kriegseintritt Anleihen von insgesamt 2,4 Milliarden Dollar unterzubringen (bei einer amerikanischen Ausfuhr von 7 Milliarden Dollar nach Großbritannien, Frankreich, Italien und Rußland bis zum 1. April 1917), haben wir das neutrale Vorgelände unserer belagerten Festung in dem schweren Wirtschaftskampf des Weltkrieges siegreich behauptet. Während sich die deutsche Einfuhr von 10,8 Milliarden Mark im Jahre 1913 auf 8,4 Milliarden Mark im Jahre 1916 verringerte, stieg der Anteil der benachbarten Neutralen (einschließlich Rumäniens) an unserer Einfuhr von wenig mehr als 10 Prozent im Jahre 1913 auf 70 Prozent im ersten Halbjahr 1916. In einer Reihe von Viehzuchtprodukten, wie sie in Holland und Dänemark hervorgebracht werden (Schweinefleisch, Schinken, Butter, Käse, Eier), konnte die absolute Menge der deutschen Einfuhr auf Kosten der Bezüge Englands aus diesen Ländern erhöht werden. Die Zufuhr von Eisenerzen, Ferrolegierungen, Kupfer und Holzstoff (für Nitrozellulose) aus Schweden, Nickel, Kupfer, Schwefelkies und Norgesalpeter aus Norwegen, sowie von Aluminium aus der Schweiz wurde aufrechterhalten. Diese Erfolge wurden erzielt, indem wir unsere Käufer zum Teil gemeinsam mit den Verbündeten durch zentrale Organisationen (Zentraleinkaufsgesellschaft) tätigten, um die Gefahr gegenseitiger Ueberbietung auszuschalten, und indem wir die

Lieferung wichtiger deutscher Erzeugnisse (Kohlen, Eisen und Stahl, Teerfarben, Arzneimittel, Kali u. ä.) von Gegenleistungen abhängig machten, um dem politischen und wirtschaftlichen Druck, den die Alliierten auf die Neutralen ausübten, zu begegnen. Handelspolitische Freundschaften sind in Leistung und Gegenleistung begründet: was wir zu bieten hatten, mußten wir in haushälterischer Weise zum Einsatz bringen. Dieser Grundsatz gilt auch heute. In anderer Hinsicht aber hat sich unsere Lage verbessert. Deutschland ist diesmal keine eingeschlossene Festung: jenseits unserer Ostgrenze dehnt sich ein reicher, von den Verheerungen des Krieges unberührter Wirtschaftsraum, der von befreundeten und neutralen Staaten beherrscht wird. Deshalb kann angenommen werden, daß unser Handel mit europäischen Neutralen in diesem Kriege einen noch größeren Teil des unvermeidlichen Ausfalls decken wird.

Im Gegensatz zu dem deutschen Erfolg an der Aufrechterhaltung von Handesbeziehungen mit benachbarten Neutralen stand, daß es den Mittelmächten nicht gelungen ist, der selbstverständlichen Forderung nach gegenseitiger wirtschaftlicher Hilfeleistung zu entsprechen. Zwar gewährte Deutschland umfangreiche Finanzhilfe und lieferte industrielle Erzeugnisse und Eisenbahnmaterial, aber in der Frage des Ausgleichs der Nahrungsmittelversorgung, die sich z. B. in Ungarn wesentlich günstiger darstellte als in Deutschland und Oesterreich, kam es zu keiner Lösung, und die Frage der wirtschaftlichen Nutzung der besetzten Gebiete Rumäniens und der Ukraine führte zu Streitigkeiten zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn. Die Schwierigkeit liegt darin, daß ein Bündnis kriegswirtschaftlich gesehen nicht nur eine Summe positiver Faktoren der Erzeugung ist, sondern zugleich eine Summe negativer Faktoren des Verbrauchs. Trotzdem kann für eine Koalition kein Zweifel sein, daß mit zunehmender Intensität der Kriegsführung der Zeitpunkt näher rückt, in dem der Ausgleich zwischen kriegswirtschaftlichem Bedarf und Bedarfsdeckung nicht mehr in der Einheit der einzelnen Volkswirtschaft zu suchen ist, sondern in der übernationalen Einheit des Bündnisses gefunden werden muß. Die Alliierten waren in dieser Hinsicht erfolgreicher als die Mittelmächte, und ihre zwischenstaatlichen Organisationen hatten sich bis 1918 so weit entwickelt, daß das Endziel des einheitlichen Einsatzes aller Wirtschaftskräfte auf Grund einer übernationalen Bilanz deutlich erkennbar wurde. Diese Entwicklung wurde dadurch gefördert, daß auf alliierter Seite die Schiffsraum-

knappheit als ein Engpaß von zentraler Bedeutung vorhanden war, der die Außenhandelsbeziehungen und die Versorgungslage der Alliierten in ihrer Gesamtheit betraf. Man war genötigt, dem Alliierten Rat für Seetransporte (Allied Maritime Transport Council) und seinem ständigen Sekretariat die Verteilung der beteiligten Länder zu übertragen, und während der A. M. T. C. den alliierten Einfuhrprogrammausschüssen für einzelne Warengattungen (Food Council, Munitions Council usw.) formal gleichgeordnet war, kam ihm als Verwalter der Schiffahrt praktisch eine Schlüsselstellung zu, die ihn als oberste Instanz erscheinen läßt. Keine Einfuhr war mehr möglich, ohne daß zuvor vom A. M. T. C. die notwendigen „Transportkontingente" bewilligt waren, und diese Bewilligungen erfolgten auf Grund von Bedarfsschätzungen, die der Ueberprüfung durch internationale Körperschaften unterlagen. Eine ähnliche Rolle wie dem Schiffsraum könnte unter anderen Umständen vielleicht den Zahlungsmitteln für Einfuhren zukommen.

Die Eisenbahn als Faktor der Wehrwirtschaft

Der Gesamtaufbau der Wehrwirtschaft wäre ohne das engmaschige Verkehrsnetz eines modernen Staates undenkbar. Es ist kulturgeschichtlich ein eigenartiges Zusammentreffen, die annähernd gleichzeitige Entwicklung der Dampfmaschine, der elektrischen Stromerzeugung und der Stahlgewinnung neben den weitverzweigten sonstigen Fortschritten der Forschung auf technischem, chemischem und naturwissenschaftlichem Gebiet im Laufe der letzten 100 Jahre.

Jede technische Entwicklung bedingt wiederum ein Schritthalten der Verkehrseinrichtungen. Andererseits fördern die Verkehrseinrichtungen den Fortschritt der Technik und der Erzeugung. Die Einrichtung einer neuen Fabrik, deren Fabrikationsgang vollendet durchdacht und deren Erzeugnis ein stark gefragter Handelsartikel ist, bedarf des vorherigen eingehenden Studiums der Verkehrsverhältnisse. Welche Mengen an Rohstoffen, Halbfabrikaten und Betriebsstoffen werden benötigt; wie bringt man sie heran, welche Mengen Fertigfabrikate werden erzeugt und wie sind sie abzubefördern, müssen die Grundüberlegungen für den Aufbau jedes industriellen Unternehmens sein.

In Rußland wurde einem bekannten amerikanischen Stahlindustriellen der Auftrag erteilt, ein Stahlwerk in einer kohlereichen Gegend zu erstellen. Die zu verarbeitenden Erze wurden etwa 2000 km von dieser Produktionsstätte entfernt gefördert. Die erste Bedingung des Amerikaners war, das zu errichtende Stahlwerk mit einer zweigleisigen Eisenbahn mit dem Erzgebiet zu verbinden. Hierauf wollte der Auftraggeber nicht eingehen, da die Schienen im Ausland hätten gekauft werden müssen. Man verlangte ja gerade von dem Amerikaner, daß er mit einer ganz unzureichenden Verbindung zwischen Stahlwerk und Erzgrube die Produktion in Gang brächte, um die Schienen für den russischen Bedarf herzustellen. Der Amerikaner lehnte daraufhin die

Uebernahme des Auftrages ab, da das Unternehmen infolge der mangelnden Verkehrsverbindungen ohne weiteres scheitern mußte.

Dies Beispiel zeigt die innige Verflechtung jedes Industrieunternehmens mit dem Verkehrsproblem.

Da nun die Eisenbahn trotz der großen Entwicklung des Landstraßenverkehrs mit Kraftwagen und einer starken Förderung der Binnenschiffahrt durch Ausbau der Wasserstraßen der Hauptverkehrsträger ist und bleiben wird, ist die gesamte Wehrwirtschaft in erster Linie von der Leistungsfähigkeit der Reichsbahn abhängig.

Kein größeres Werk wird auf Eisenbahnanschluß verzichten. Witterungseinflüsse, Schnee, Frost, Nebel behindern den Land- und Wasserstraßenverkehr mehr als die Reichsbahn.

Während seither bei dem Ausbau des Eisenbahnnetzes neben den allgemeinen Wirtschaftsinteressen die strategischen Forderungen für die Landesverteidigung eine besondere Rolle spielten, sind heute auch die wehrwirtschaftlichen Forderungen zu berücksichtigen.

Bei Neubauten muß die verkehrstechnische Lage größerer Betriebe im Vordergrund der Ueberlegungen stehen. Gleisanschlüsse müssen gebaut werden, eine bisher unbedeutende Kleinbahn gewinnt durch Errichtung eines Wehrwirtschaftsbetriebes kriegswichtige Bedeutung. Kleinbahnen, die man zeitweise als überlebt und unwirtschaftlich ansah, sind im Hinblick auf den großen Bedarf der Wehrmacht an Nutzkraftfahrzeugen im Kriege für die Ernährungs- und Forstwirtschaft und den Wirtschaftsverkehr wieder von erheblicher Bedeutung.

Die ausreichende Versorgung großer Werke erfordert häufig den Ausbau vorhandener Strecken zu erhöhter Leistungsfähigkeit oder den Bau neuer Eisenbahnlinien.

Der Berufsverkehr erfordert besondere Maßnahmen, um die Belegschaft schnell und sicher von ihren Heimstätten zum Werk und wieder zurückzuführen.

Der Fabrikationsgang der Betriebe ist auf den rechtzeitigen Eingang von Rohstoffen und Kohle aufgebaut. In normalen Verkehrszeiten kann innerhalb Deutschlands ein plötzlicher Mehrbedarf in wenigen Tagen transporttechnisch angeliefert werden, auch die erzeugte Ware wird kurzfristig dem Abnehmer zugeführt.

Werden jedoch die allgemeinen Anforderungen an die Reichsbahn so groß, wie im Herbst und Winter 1938, wo die Reichsbahn die Versorgung von Truppe und Wirtschaft in der Ostmark, Sudetendeutschland und Tschecho-Slowakei innerhalb kürzester Fristen durchzuführen hatte, sind gewisse Störungen im Wirtschaftsverkehr und damit auch für die Wehrwirtschaft nicht zu vermeiden. Die neue Lage im Osten stellt die Bahnen vor neue Aufgaben.

Eine gewisse Bevorratung mit Rohstoffen und Kohle ist daher für die Wehrwirtschaftsbetriebe unerläßlich, damit die laufende Erzeugung bei gelegentlichen Verkehrsspannungen keine Unterbrechung erleidet.

Der Krieg bringt für die Reichsbahn auch Verlagerungen des Verkehrs mit sich. Während bisher bestimmte Roh- und Betriebsstoffe aus deutschen oder neutralen Hafenstädten kamen, müssen sie infolge Gefährdung der Seetransporte über die trockene Grenze eingeführt werden. Bestimmte Gebiete fallen für die Anlieferung ganz aus, neue Lieferwerke werden eingeschaltet.

Die Fertigfabrikate der Wehrwirtschaftsbetriebe sind teilweise auf Kriegsbedarf umgestellt und gehen nun, statt zu den normalen Abnehmern im In- und Ausland, an die Heeresdienststellen.

Der Versorgung der Großstädte und Industriezentren muß neben der Versorgung der Fronten erhöhte Beachtung geschenkt werden.

Mit Störungen des Eisenbahnbetriebes durch feindliche Einwirkungen ist zu rechnen. Diesen Veränderungen der Verkehrslage muß sich die Reichsbahn elastisch anpassen.

Die Ende 1938 an die Reichsbahn gestellten hohen Anforderungen waren die Veranlassung zu einer weiteren Steigerung des Beschaffungsprogrammes der Reichsbahn an Lokomotiven, Waggons und sonstigen Betriebseinrichtungen trotz aller Schwierigkeiten der allgemeinen Rohstofflage.

Die Reichsbahn ist, ebenso wie die übrigen Verkehrsträger, ein wichtiger Teil der Wehrwirtschaft, ihre Schlagkraft auf technischem, betrieblichem und personellem Gebiet muß ebenso wie die der Wehrmacht und der übrigen Wehrwirtschaft zu höchster Vollkommenheit gestaltet werden, damit sie sowohl den Anforderungen der Wehrmacht auf dem Gebiet des Militär-Transportwesens, als auch den vielseitigen Bedürfnissen der Wehrwirtschaft gerecht werden kann.

Die kriegswirtschaftliche Bedeutung der Wasserstraßen

Schon 1875, und dann mehrfach in späteren parlamentarischen Reden hat der große Moltke die Bedeutung auch der Binnenwasserstraße für die Kriegsführung betont. Bei der Vorbereitung für den Weltkrieg hat man daraus nicht die notwendigen Folgerungen gezogen. Die große West-Ost-Verbindung, wie sie der Mittellandkanal bringen sollte, fehlte, gescheitert an dem durch einseitige Wirtschaftsinteressen diktierten Widerstand des Preußischen Landtages. So mußte dann die Eisenbahn Leistungen innerhalb des Reiches für Zwecke der inneren Kriegswirtschaft und Bedürfnisse der Zivilbevölkerung übernehmen, wie sie beim Vorhandensein eines voll ausgebauten Wasserstraßennetzes besondere Aufgabe einer wohlorganisierten Binnenschiffahrt gewesen wären. Damit wurde die Eisenbahn weitgehend ihren eigentlichen militärischen und wehrwirtschaftlichen Aufgaben entzogen. Es ist wohl nicht zuviel gesagt, wenn behauptet wird, daß dieses Versagen in der verkehrswirtschaftlichen Vorbereitung des Weltkrieges — es war nicht das einzige in diesem Sektor — seinen Teil zum unglückseligen Ausgang des Krieges beigetragen hat.

Selbstverständlich wird die Wasserstraße es im Kriegsfalle nicht mit der elastischen Einsatzfähigkeit der Eisenbahn und noch weniger mit derjenigen des Kraftwagens aufnehmen können. Ihre Verwertungsmöglichkeit insbesondere im unmittelbaren Anschluß an die Kriegsschauplätze wird im wesentlichen zufallbedingt sein. Trotzdem hat schon vor dem Aufkommen der Eisenbahnen Friedrich der Große die Oder als die „Nährmutter der Armee" bezeichnet, hat Napoleon I. den strategischen Wert der Wasserstraßen erkannt und ihren Ausbau betrieben. Als im Preußischen Herrenhaus am 26. April 1894 die Schaffung des Elbe—Trave-Kanals mit dem Zielpunkt Lübeck behandelt wurde, legte Graf Waldersee das große militärische Interesse an diesem Plan zur „Verbesserung der rückläufigen Verbindungen" im Falle militärischer

Operationen auf dem vorderen Kriegsschauplatze dar. Im amerikanischen Sezessionskrieg stand der Mississippi im Mittelpunkt entscheidender Kriegshandlungen. Das gleiche gilt heute für den Krieg im chinesischen Raum.

Aus der Geschichte des Weltkrieges verdient besonderer Erwähnung die Donauschiffahrt, die in den letzten drei Feldzugsjahren „eine noch nie dagewesene Verkehrsintensität" für die Zwecke der Kriegsführung entwickelte. Ganze Armeen haben sich ihrer beim Uebergang über die Donau bedient. Geradezu Berühmtheit hat sich solches Ueberschreiten der unteren Donau durch die Armee Mackensen im rumänischen Feldzug erworben. Vor allem aber hat die Donauschiffahrt Beachtliches geleistet im Nachschub von Kriegsmaterial zur Versorgung Bulgariens und der Türkei, sowie lebenswichtiger Zufuhr von Getreide und Erdöl zu den Mittelländern hin. In der Erdölversorgung spielte der „gebrochene Verkehr" unter gleichzeitiger Verwendung von Tankschiffen und Bahnen eine Rolle. Im März 1918 erhielt die überlastete Eisenbahnstrecke Linz—Wien durch einen regelmäßigen Hilfsgüterverkehr der Donauschiffahrt eine wesentliche Ergänzung. Auch die Adria-Schiffahrt hat bedeutende Verpflegungsleistungen auf dem Balkan-Kriegsschauplatz zu erfüllen gehabt. Wegen des Transportdienstes auf den innerdeutschen Wasserstraßen darf auf die mannigfachen Mitteilungen hingewiesen werden, die sich im einschlägigen Schrifttum finden; sie lassen in der Hauptsache freilich mehr erkennen, was fehlte, als was erreichbar war.

Dabei ist gerade ein großer Teil der kriegsmäßigen Verkehrsaufgaben derart, daß sie auch unter normal-friedensmäßiger Betrachtung zur Domäne der Binnenwasserstraße gehören. Es ist eine der für die Verkehrsorganisation im Krieg und zu dessen Vorbereitung wichtigsten, durch vielfache Erfahrungen erhärteten Tatsachen, daß gerade im Krieg sich eine deutliche Tendenz zur Vergrößerung der Transportweiten geltend macht. Amtlichen Angaben, die auch Wilhelm Förster in seiner Schrift „Verkehrswissenschaft und Krieg" wiedergibt, ist beispielsweise zu entnehmen, daß die mittlere Betriebsbelastung der Getreidetransporte mit der Schiene je t betrug 1913: 96 km, 1915: 150 km, 1916: 200 km. Die mittlere Betriebsbelastung der Kartoffeltransporte je t betrug 1913: 144 km, 1915: 225 km, 1916: 246 km.

Nun ist zwar zu hoffen, daß ein solches Kreuz und Quer, wie es während des Weltkrieges in den Gütertransporten herrschte, sich nicht

wiederholen wird. Auf der anderen Seite trägt die industrielle Standortentwicklung, wie sie sich gerade in Durchführung wesentlicher nationalsozialistischer Grundgedanken vollzieht, gegenwärtig die allgemeine Tendenz auf Verlängerung der Transportwege in sich. Je mehr es im Zuge des Vierjahresplans gelingt, statt fremder Roh- und Werkstoffe die eigenen Vorkommen voll auszunutzen und zu verwerten, müssen auch verlängerte Wege für den Transport der Rohstoffe und Fertigfabrikate in Kauf genommen werden. Das gleiche gilt für die Auswirkungen einer Politik, die planmäßig auf Auflockerung der Menschen- und Industriesiedlung ausgeht. Die Beweggründe solcher Bestrebungen brauchen hier nicht wiederholt zu werden. Verkehrswirtschaftlich entscheidend ist lediglich, daß all dies schon im Frieden die Ausgestaltung und Ausstattung gerade eines Verkehrsmittels verlangt, dessen besondere Leistungsfähigkeit sich in billigen Langtransporten erweist. Und dieses Verkehrsmittel ist die Binnenwasserstraße.

Allerdings scheinen zwei andere Umstände gegen eine weitgreifende Verwendbarkeit der Wasserstraße für militärische und kriegswirtschaftliche Zwecke zu sprechen. Man mag zunächst daran denken, daß die Zersplitterung der Binnenschiffahrt Tausenden von Einzelbetrieben ihre straffe Zusammenfassung zu sicherem Einsatz auf ein bestimmtes Ziel hin erschwert; es steht damit schließlich ebenso wie mit den Lastkraftwagen, namentlich wenn diese im Werkverkehr tätig sind. Dem steht aber gegenüber, daß diese Besonderheit der betriebswirtschaftlichen Organisation zugleich der Urgrund dafür ist, daß sich hier unter ganz anderen Gesetzen Reserven von Beförderungsraum und auch Beförderungspersonal bilden können, wie sie beispielsweise heute in einem so straff organisierten Monopolbetrieb, wie ihn die Deutsche Reichsbahn darstellt, fehlen. Gerade auf sie aber kommt es im Ernstfalle weitgehend an. Zudem bietet die staatlich geregelte Organisation auf wesentlichen Gebieten der Wirtschaft Beispiele genug dafür, daß es im Rahmen der heutigen Wirtschaftsführung nicht schwer fällt, Unternehmerinitiative mit unbedingter Einheitlichkeit der nationalen Zielsetzung zu verbinden.

Des weiteren ist gesagt worden, daß die Binnenwasserstraße ihrem ganzen Wesen nach nur einen räumlich begrenzten Wirkungsradius haben könne, während Eisenbahn, Straße und Flugzeug viel eher ein großes Gesamtgebiet gleichmäßig aufzuschließen in der Lage seien. Gerade in dieser Beziehung aber vollzieht sich gegenwärtig ein grund-

legender Wandel. Infolge der immer lückenloseren Schaffung Ströme verbindender Kanäle sowie des immer weiteren Ausbaus der Ströme selbst zu Großschiffahrtswegen, spannt sich allmählich ein mächtiges Netz schiffbarer Wasserstraßen über das ganze Reich. Die jüngste Entwicklung weist darauf hin, die Warthe und Weichsel in dieses Netz einzubeziehen. Die Fertigstellung des Mittellandkanals, die baldige Vollendung der Rhein—Main—Donau-Straße, die Projektierung einer großen Wasserstraßenverbindung von der Ostsee zum Schwarzen Meer: das sind Marksteine einer planmäßigen Entwicklung, die dahin abzielt, schließlich alle Teile des Vaterlandes auch an die Wasserstraße mehr oder weniger anzuschließen und sie der wirtschaftsfördernden Kraft der Binnenschiffahrt teilhaftig werden zu lassen. Damit wird zugleich Entscheidendes getan für eine immer bessere Verwend- und Verwertbarkeit der Binnenwasserstraße zu allen kriegswirtschaftlichen Zwecken im Rahmen des technisch irgendwie Möglichen.

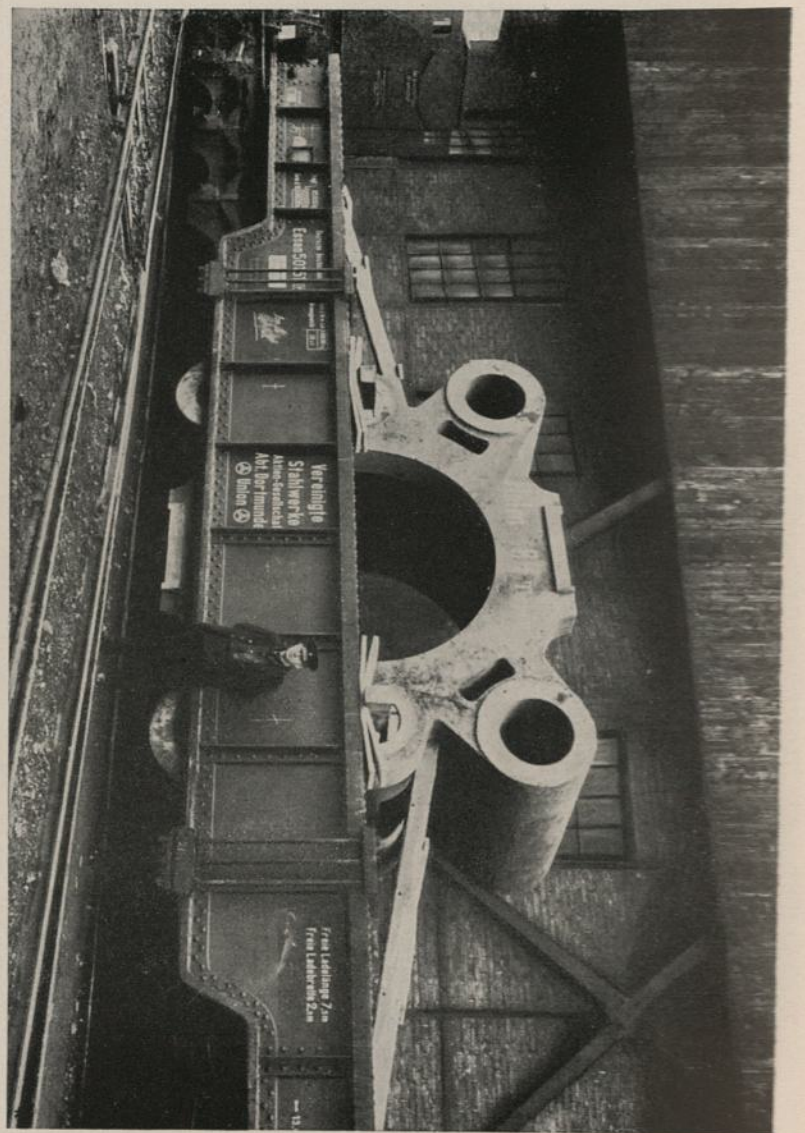
Speicher im Danziger Hafen

Einlaufender Minensucher bei Neufahrwasser

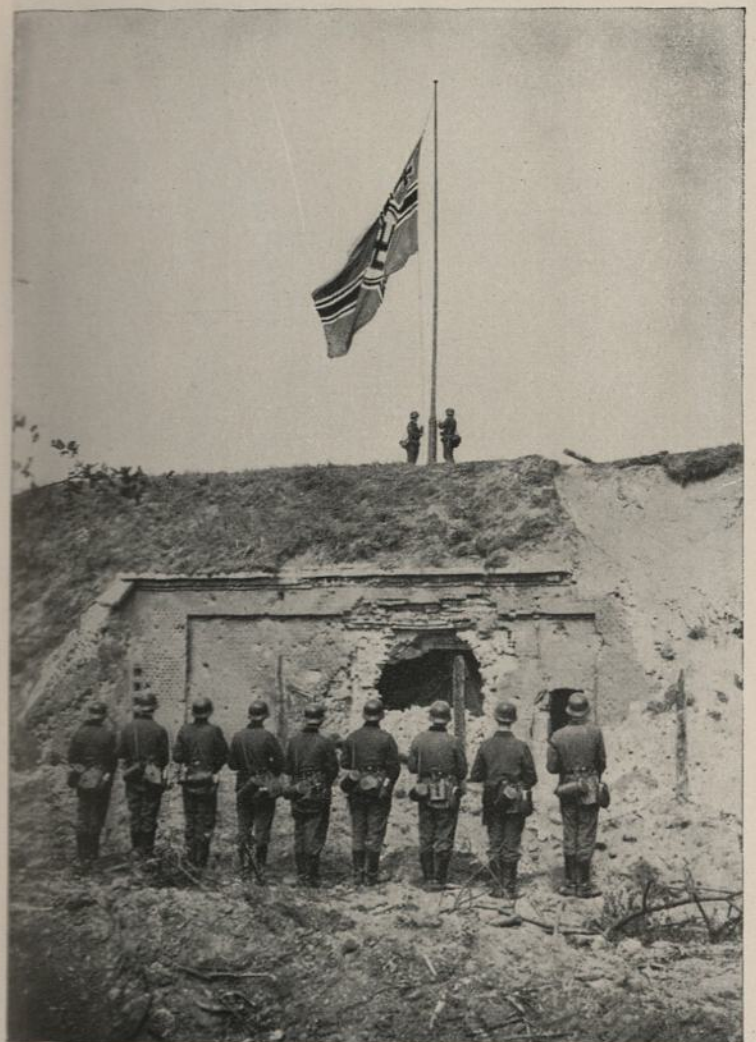
Verladung eines Eisenbahnwagens für Argentinien im Bremer Hafen

BK 1225
Stambul

Nürnberg



Für den Export verladener Zylinderholm



Hissung der Reichskriegsflagge auf der eroberten Westerplatte

Hafen und Verschiebebahnhof in Gotenhafen

Tankpier

Ortschaft nach Brandschatzung durch die Polen

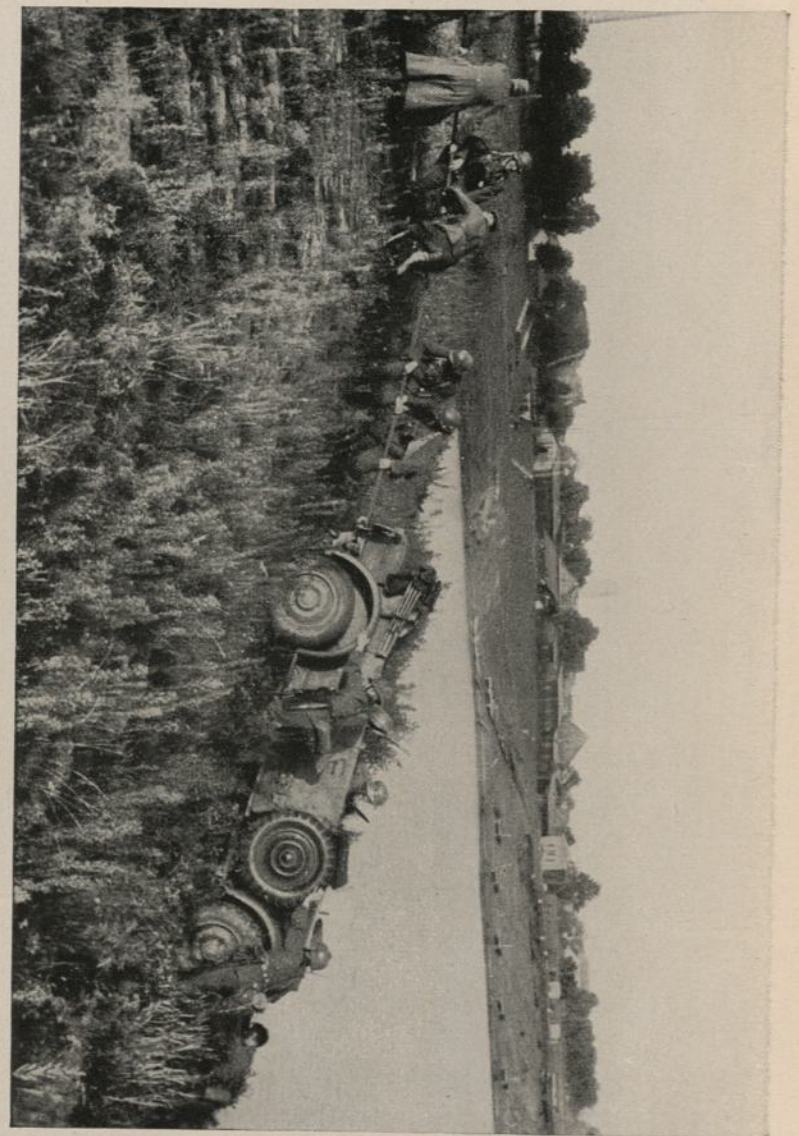
Bau einer Notbrücke für Panzerwagen

Erdölfelder bei Borysław in Galizien

Im Gebiet des Jablunka-Passes

Panzerwagen als Trecker

Königshütte



Auf Pontonfähre übergesetzter Kübelsitzwagen

Der Wirtschaftskrieg

Im Gegensatz zur Kriegswirtschaft und Wehrwirtschaft[1]) ist der Wirtschaftskrieg eine seit Jahrhunderten in den kriegerischen Auseinandersetzungen der Völker bekannte Form der Kriegsführung. Von jeher und insbesondere wieder in unseren Tagen gilt er als ein bewährtes Mittel zur Störung bzw. Vernichtung der feindlichen Widerstandskraft. In diesem Sinne, d. h. zur Unterstützung bzw. schnelleren Erreichung des militärischen und damit letztlich politischen Kriegszieles ist der Wirtschaftskrieg stets angewandt worden. Das beweisen nicht nur die in früheren Zeiten so vielfach betriebene Aushungerung von Festungen, die Brandschatzungen zu Lande und der Kaperkrieg zur See, sondern auch die berühmte Kontinentalsperre Napoleons und die Hungerblockade der Engländer im Weltkriege gegen Deutschland und seine Verbündeten.

Der in den Jahren 1914 bis 1918 von den Ententestaaten unter der Leitung Englands gegen die Mittelmächte durchgeführte Wirtschaftskrieg bedeutete also grundsätzlich nichts Neues. In zweierlei Hinsicht unterschied er sich jedoch von seinen Vorgängern. Erstens gewann im Weltkriege der Wirtschaftskrieg eine dem militärischen Kriege zumindest gleiche Bedeutung. Zweitens wurde die Hungerblockade von Anfang zielbewußt, planmäßig und mit brutaler Härte bis zum siegreichen Ende durchgeführt.

Die tiefere Ursache für die Möglichkeit, ein ganzes Volk nahrungsmittel- und rohstoffmäßig durch einen Wirtschaftskrieg aushungern zu können, liegt in folgender Entwicklung begründet. Bis zur Mitte des vorigen Jahrhunderts waren die einzelnen Staaten alle vollständig oder wenigstens nahezu vollständig autark. Sie boten deshalb einem Wirtschaftskriege nur geringe Angriffsflächen. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts brachte dagegen die außerordentliche Bevölkerungszunahme und die damit in Wechselwirkung stehende starke Industriali-

[1]) Man vgl. hierzu den Aufsatz: „Was ist Wehrwirtschaft?"

sierung in den großen Staaten Europas eine sehr weitgehende Verflechtung der einzelnen Volkswirtschaften mit sich. Es entstand die sogenannte Weltwirtschaft. Sie bewirkte eine gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit größten Ausmaßes. Die hochindustrialisierten Staaten waren gezwungen, Nahrungsmittel und Rohstoffe einzuführen. Die Agrar- und Rohstoffländer kauften dafür die industriellen Fertigprodukte, um so ihren Lebensstandard zu erhöhen.

Die höchste Entwicklungsstufe der internationalen Arbeitsteilung und weltwirtschaftlichen Verflechtung war bei Beginn des 20. Jahrhunderts erreicht. Sie hat durch den Weltkrieg einen gewaltigen Rückschlag erlitten, von dem sie sich hinsichtlich ihrer Vertrauensgrundlagen bis zum heutigen Tage nicht wieder erholt hat. Hieraus sich ableitend, war es vor allem die Furcht vor einem zukünftigen Wirtschaftskriege, welche die einzelnen Staaten zu einer wirtschaftlichen Isolierung, zum Streben nach Autarkie, veranlaßte.

Auf Grund der Erfahrungen des Weltkrieges besteht nämlich heute in allen Staaten über eine Tatsache völlige Klarheit: Je stärker die Abhängigkeit eines Landes von der Einfuhr lebenswichtiger Rohstoffe und Nahrungsmittel ist, um so schwächer ist seine wirtschaftliche Stellung im Kriege.

Die Schwäche bzw. Verwundbarkeit der eigenen Volkswirtschaft bildet den Ansatzpunkt für den feindlichen Wirtschaftskrieg. Kann ein Staat seinen Gegner nicht mit der Waffe besiegen, so wird er versuchen ihn mit Hilfe des Wirtschaftskrieges niederzukämpfen.

Entscheidend für den Begriff des Wirtschaftskrieges ist die Tatsache, daß er Krieg ist, und zwar ein Krieg, der gegen die feindliche Wirtschaft geführt wird. Deshalb ist es zum Beispiel abwegig, mit Wirtschaftskrieg den ständigen Wettbewerb der Industrieländer um die internationalen Absatzmärkte zu bezeichnen. Hier fehlt das Kriterium, nämlich die Beziehung zum Kriege, der ja nach Clausewitz „ein Akt der Gewalt" ist, „um den Gegner zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen". Dieser Wille der politischen Niederwerfung liegt aber bei dem üblichen Kampf um die Weltmärkte nicht vor.

Ein zweites charakteristisches Merkmal des Wirtschaftskrieges unserer Tage ist, daß er nicht nur im Kriege, sondern auch im Frieden geführt werden kann. Als Beispiel hierfür sei an den im Jahre 1935 stattgefundenen sogenannten „Sanktionskrieg" erinnert. Er wurde

zwischen den Völkerbundstaaten auf der einen und Italien auf der anderen Seite ausgetragen, ohne daß zwischen den Parteien auch nur die geringsten militärischen Kampfhandlungen stattgefunden hätten. Nicht einmal die diplomatischen Beziehungen wurden abgebrochen.

Ein drittes Kennzeichen des neuzeitlichen Wirtschaftskrieges ist, daß er weder unter Kriegsrecht noch auf der Basis sonstigen internationalen Rechtes geführt werden muß. Wenn zum Beispiel ein Staat in einer politischen Spannungszeit Getreide in einem Lande nicht für seine eigene Versorgung, sondern ausschließlich mit dem Zwecke kauft, einem wahrscheinlich nahrungsmittelknappen Gegner den Rückgriff auf dieses Getreide zu unterbinden, so ist das eine wirtschaftliche Maßnahme des Wirtschaftskrieges, der jegliche diesbezügliche rechtliche Grundlage fehlt.

Auf der Grundlage der dargestellten drei charakteristischen Merkmale läßt sich der Begriff des Wirtschaftskrieges folgendermaßen definieren: Der Wirtschaftskrieg ist der im Kriege und im Frieden mit rechtlicher oder ohne rechtliche Grundlage geführte Kampf eines Volkes mit dem Zweck, die Volkswirtschaft des Gegners zu schwächen bzw. zu zerstören.

Entsprechend dieser Begriffsbestimmung ist das Hauptziel des Wirtschaftskrieges das folgende: Die Volkswirtschaft des Gegners soll durch die Eroberung oder Zerstörung wichtiger Rohstoff- und Agrargebiete, Industrie- und Verkehrszentren so geschwächt werden, daß ihm die Weiterführung des Krieges — auch unabhängig von der militärischen Lage — unmöglich gemacht wird. Neben diesem Hauptziel können Nebenziele angestrebt werden, wie z. B. die Besetzung wertvoller feindlicher Gebiete, um diese dann bei den Friedensverhandlungen unter Umständen als Druckmittel und Austauschobjekte ausspielen zu können.

Zur Erreichung seiner Ziele bedient sich der Wirtschaftskrieg dreier Gruppen von Mitteln:

1. Militärische Mittel. Die wichtigsten sind: Einerseits durch Einsatz der Kriegsmarine, Luftwaffe und des Landheeres die Sperrung aller Ein- und Ausfuhren (Wirtschaftsblockade). Andererseits durch Fernfeuer, Bombardierung und Landung von Fallschirmtruppen die direkte Zerstörung von kriegswichtigen Industrieanlagen und Verkehrseinrichtungen, von wertvollen Vorratsspeichern, Versorgungsbetrieben usw.

2. Wirtschaftliche Mittel: Handels-, Zahlungs- und Kreditsperre; Beschlagnahme und Enteignung feindlichen Eigentums; Sabotage und Wirtschaftsspionage; Beeinflussung und Kontrolle neutraler Länder usw.
3. Propagandistische Mittel: Boykott feindlicher Waren; Verbreitung falscher, das außen- und innenpolitische Ansehen des Gegners schädigender Nachrichten in Form von Hetzschriften, häßlichen Karrikaturen, durch entstellende Rundfunkmeldungen und Filme.

Die vorstehenden Ausführungen haben gezeigt, daß die heutigen industrialisierten Staaten, ihrer großen Ein- und Ausfuhrabhängigkeit wegen, dem feindlichen Wirtschaftskriege gegenüber außerordentlich empfindlich sind. Diese Bedrohung durch eine Verringerung der Angriffsflächen so klein wie möglich zu machen, ist eine der wesentlichsten Aufgaben einer vorsorglichen Landesverteidigung. Es gilt also, den Wirtschaftskrieg sowohl in der Offensive als auch in der Defensive sorgfältig vorzubereiten.

Seit Anfang September 1939 erlebt die Welt einen neuen gewaltigen Wirtschaftskrieg. Als Bundesgenosse des inzwischen verschwundenen Polens führen ihn England und sein Verbündeter Frankreich gegen das Großdeutsche Reich. Weil England — wie im Jahre 1914 — Deutschland militärisch nicht besiegen kann, will es dasselbe ein zweites Mal durch eine Hungerblockade zum Zusammenbruch bringen. Das kommt mit aller Deutlichkeit sowohl in der neuen britischen Konterbandeliste als auch in dem englischen Vorgehen gegen den Handel der neutralen Staaten zum Ausdruck.

Das heutige Deutschland denkt aber nicht daran, die englische Blockade nur in Defensive geduldig über sich ergehen zu lassen. Das Großdeutsche Reich ist vielmehr entschlossen, dem englischen Wirtschaftskrieg mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu begegnen. Das zeigt einmal die von Deutschland erlassene Konterbandeliste und zum anderen beweisen das die in den ersten Septemberwochen bereits erzielten erstaunlichen Erfolge des deutschen U-Boot-Krieges. Hinzu kommt, daß durch die Sprengung der Einkreisungsfront der englische Blockadering im Osten und Südosten eine Lücke erhalten hat, die die Aussichten des englischen Wirtschaftskrieges auf ein Mindestmaß herabsinken läßt.

Das Öl als wehrwirtschaftlicher Faktor

Die Kriegsgeschichte und besonders der Krieg in Polen lehrte, daß Schnelligkeit und Beweglichkeit stets die Seele aller erfolgreichen militärischen Operationen gewesen sind. Jahrhundertelang war der Feldherr in diesen beiden entscheidenden Dingen allein auf die Leistungsfähigkeit menschlicher oder tierischer Kraft, dann der Dampfbahnen angewiesen, bis zu Beginn unseres Jahrhunderts die Kraft des Motors eine geradezu gigantische Steigerung des Geschwindigkeitskoeffizienten brachte. Zu Lande, zu Wasser und in der Luft ist es nunmehr möglich, mit einer Schnelligkeit zu operieren, die alle überkommenen Begriffe der Strategie der Umwertung unterzieht. Jedoch ist dadurch auch der Kriegsführung eine Abhängigkeit erwachsen, die der Phantasie der „Motorisierungsstrategie" Zügel anlegt: die Abhängigkeit von der Treibstoffversorgung! Landheer, Flotte und Luftwaffe sind heute gleichzeitig größte Verbraucher von Treibstoffen; die Intensität ihres Einsatzes hängt ab von dem zur Verfügung stehenden Treibstoff. Aehnlich wie Waffen und Munition ist damit der Treibstoff zu einem die Schlagkraft der Wehrmacht unmittelbar berührenden Faktor geworden! Der große Einsatz des Lastwagens, der wiederum nur infolge reichlicher Treibstoffversorgung möglich war, rettete z. B. im Weltkrieg den Franzosen Verdun und half, der deutschen Frühjahrsoffensive 1918 erfolgreichen Widerstand entgegenzusetzen. Die Mineralölvorkommen werden andererseits zum Objekt politisch-militärischer Kriegführung; es ist heute oft wichtiger, ein Erdölfeld zu besitzen als einen Sieg im Felde zu erringen. Und schließlich sei daran erinnert, daß die Heimatfront in der Treibstoffversorgung nicht zu übersehen ist, wenn man nicht die wirtschaftliche Versorgung von Wehrmacht und Volk ernsten Gefahren aussetzen will. Aus allen genannten Gründen ist es nicht verwunderlich, daß der wehrwirtschaftliche Gedanke im Falle des Erdöls der wirtschaftlichen Entwicklung am ersten und am nachhaltigsten Richtung gewiesen hat.

Am Anfang jeder wehrwirtschaftlichen Arbeit steht die Frage nach dem Kriegsbedarf, auf den sich die Vorbereitungsmaßnahmen ausrichten müssen. Der Treibstoffbedarf im Kriege muß nach Menge und Art als wesentlich verschieden vom Friedensbedarf angenommen werden. Die Höhe des Kriegsbedarfs einer Großmacht schätzt man auf voraussichtlich

das Zwei- oder Vielfache ihres Friedensbedarfs. Dazu tritt eine qualitative Umschichtung, insofern z. B. Fliegerbenzin eine sprunghafte Verbrauchssteigerung aufweisen dürfte. Da man zur Herstellung der verschiedenen Treibstoffsorten komplizierte industrielle Aufbereitungsanlagen braucht, ergeben sich hier schwierige Kapazitätsprobleme, die mit der Beschaffung des Rohöls allein nicht gelöst sind. Der Transport von Erdölprodukten erfordert spezielle Transportmittel (Rohrleitungen, Kesselwagen, Tankschiffe), deren Zahl nicht von heute auf morgen erhöht werden kann. Das sind im Großen die schwierigsten Fragen, vor die sich die Umstellung vom Friedens- auf den Kriegsbedarf gestellt sieht.

Die Treibstoffe sind sämtlich Kohlen-Wasserstoffgemische; um diese Kohlen-Wasserstoffgemische zu erhalten, kann man verschiedene Wege gehen. Der einfachste und bequemste Weg ist die Auswertung der natürlichen Mineralöle. Schwieriger schon ist es, ölhaltiges Gestein (Oelschiefer) oder Erdgase nutzbar zu machen. Ein völlig neues Gesicht erhielt die wehrwirtschaftliche Seite der Erdölfrage dadurch, daß es gelang, Kohlenstoff und Wasserstoff auf künstlichem Wege zusammenzuführen und so die natürlichen Kohlenwasserstoffe entbehrlich werden zu lassen; dadurch sind Stein- und Braunkohle zu Rohstoffen der Treibstoffindustrie geworden und tragen dazu bei, große Volkswirtschaften von ausländischen Erdölvorkommen unabhängig zu machen. Heute ist zwar das natürliche Erdöl immer noch der bei weitem wichtigste Ausgangsstoff, besitzt aber kein absolutes Monopol mehr!

Ein kurzer Ueberblick über die Rohstoffverteilung mag folgen. Die Verteilung des Mineralöls über die Welt ist derart, daß unter den sieben Weltmächten nur zwei (USA und UdSSR) über ihren eigenen Bedarf hinaus versorgt sind; alle übrigen sind auf beträchtliche Zufuhr angewiesen. Der bedeutendste Erdöllieferant der Erde ist der amerikanische Kontinent (60 bis 70 v. H. der Welterdölausfuhr), den Rest liefern die östlichen Mittelmeerländer, der Orient sowie Britisch- und Holländisch-Indien. Die wichtigsten Zahlen sind in einer kleinen Tabelle am Schluß enthalten. Große Oelschiefervorkommen liegen in Estland, Schottland, Australien und der Mandschurei. Im Gegensatz zum Mineralöl fallen die Kohlenvorkommen besser mit den Zentren politisch-militärischer Macht zusammen; nur zwei der sieben Weltmärkte (Frankreich und Italien) haben empfindliche Kohlenarmut. Damit ist die Rohstofflage in großen Umrissen gekennzeichnet.

Es ist noch kein halbes Jahrhundert vergangen, seit das Erdöl seine militärische Bedeutung erlangt hat; bis zur Erfindung des Motors diente es fast ausschließlich als Leuchtöl zivilen Zwecken. Um die Jahrhundertwende begann Großbritannien, seine Kriegs-Flotte auf Oelfeuerung umzustellen und erkannte, daß angesichts der Verteilung des Erdöls über die Welt nur eine planmäßige Oelpolitik die Schlagkraft der Flotte sichern könne. Bereits in der Vorkriegszeit begann daher unter staatlichem Einfluß der Ausbau der großen britischen Oelkonzerne und ihre Einschaltung in die wehrwirtschaftlichen Interessen des Britischen Reiches. Der Weltkrieg zeigte zum ersten Male in großem Rahmen die Zusammenhänge zwischen Oelversorgung und Kriegsführung. Die Oelfelder Galiziens, Rumäniens, des Kaukasus und des Orients wurden in die Kampfgebiete einbezogen. Der Besitz von Oelfeldern beeinflußte die Kriegsführung zum Teil in weitgehendem Maße; der gegenüber den Mittelmächten vierfache Oelverbrauch, den sich die Feindstaaten leisten konnten, ermöglichte ihnen einen bedeutend höheren Einsatz an Flugzeugen, Tanks, Kraftfahrzeugen u. ä. Die Versorgungsprobleme, die sich während des Weltkrieges herausbildeten, sind in ihren Grundzügen auch für die gegenwärtige wehrwirtschaftliche Lage gültig. Während die Oelversorgung bei der Entente ein Transportproblem war — ihnen standen ja die Seewege zu den größten Produzenten offen — handelte es sich bei den Mittelmächten im wesentlichen um eine Produktionsfrage: innerhalb des beschränkten Raumes galt es, die Treibstoffproduktion, gleich auf welchem Wege, zu steigern.

In der Gegenwart steht den Westmächten der Weg über den Atlantik zu den reichen Oelfeldern des amerikanischen Kontinents zur Verfügung. Sie finden dort, wenn der Kriegsbedarf nicht alle Schätzungen überschreiten sollte, alles, was sie brauchen. Ein Problem ist für sie der Transport; ihre ölwirtschaftlichen Vorbereitungen konzentrieren sich daher auf den Ausbau der Tankerflotte und die Bildung von Treibstoffvorräten, um Stockungen in der ersten Umstellungszeit aufzufangen. Ein schwieriges Transportproblem ist die Oelversorgung auch in der Sowjetunion, weil das an sich genügend vorhandene Oel von den am Rande des Staatsgebietes (Kaukasus!) gelegenen Produktionsstätten an die Verbrauchszentren und Fronten herangebracht werden muß. Gegenüber den seebeherrschenden Mächten und den beiden produktionsgewaltigen Reichen UdSSR und USA, für die der Engpaß nicht in der Oelförderung, sondern in seinem

Transport liegt, stehen die Staaten, deren natürliche Erdölvorkommen völlig unzureichend sind: Deutschland, Italien und Japan. Sie müssen sich entweder den Zutritt zu hinreichenden Oelfeldern, z. B. in Rumänien und Galizien, offenhalten oder, wenn sie sich darauf nicht verlassen wollen, ihre Treibstoffproduktion auf anderer Rohstoffgrundlage ausbauen. Alle drei Staaten haben den Weg zur Treibstoffautarkie auf der Basis einheimischer Rohstoffe (Kohle, Oelschiefer) beschritten und dabei bereits erhebliche Erfolge erzielen können.

Ganz gleich, welchen Problemen sich die einzelnen Staaten gegenübergestellt sehen, allen ist eines gemeinsam: sie betrachten die Oelwirtschaft in erster Linie unter wehrwirtschaftlichen Gesichtspunkten und lenken sie im Interesse der Landesverteidigung, gleichgültig, ob sich das im Bau von Tankschiffen, Hydrierwerken oder Raffinerien ausdrückt.

Einige Grundzahlen der Welterdölwirtschaft 1938:

1. Rohölproduktion, Mill. t und v. H. der Weltproduktion

Welt	271,0 Mill. t =	100 v. H.
Amerika (Erdteil)	207,3 Mill. t =	76 v. H.
Sowjetunion	29,8 Mill. t =	11 v. H.
Europa	8,0 Mill. t =	3 v. H.
Orient und Indien	24,0 Mill. t =	9 v. H.
Uebrige Länder	1,9 Mill. t =	1 v. H.

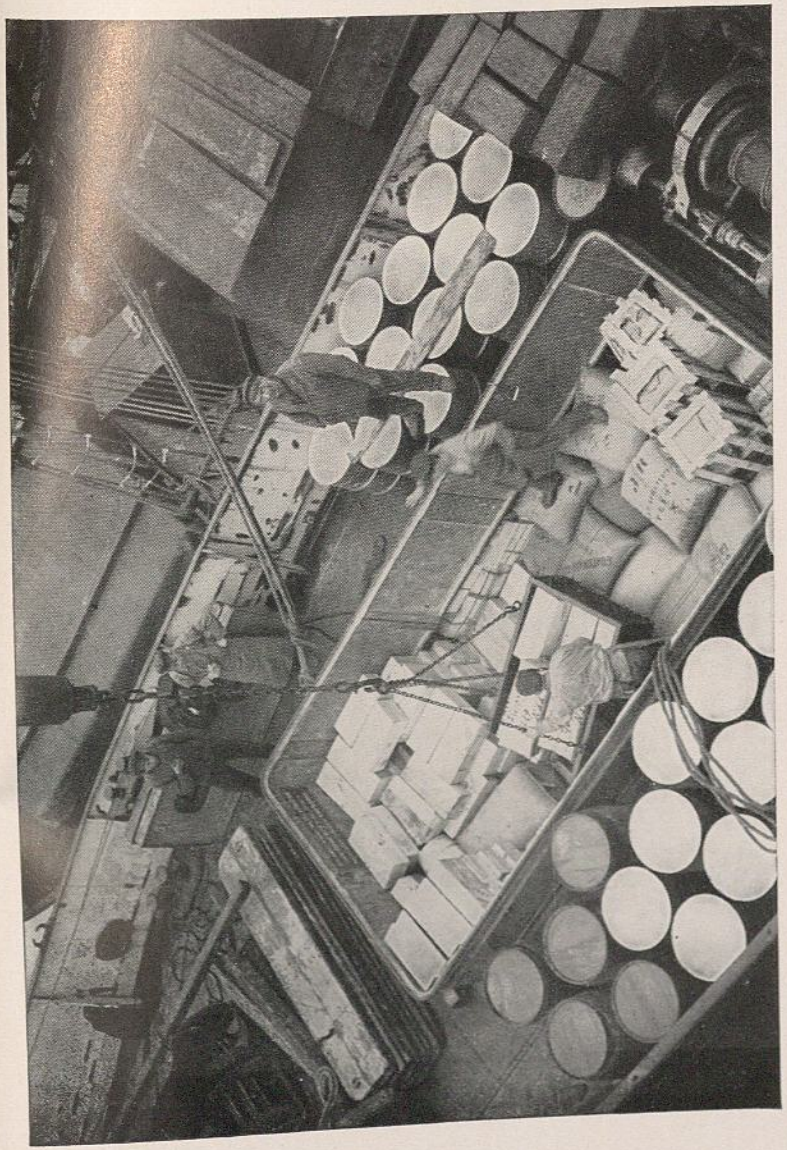
2. Versorgung der Weltmächte in Mill. t

	Eigenproduktion	Verbrauch
USA	164,0	146,0
Britisches Weltreich	6,7	25—30,0
Frankreich	—	6,9
Italien	—	2,8
Japan	0,4	3,4
UdSSR	29,8	22,1

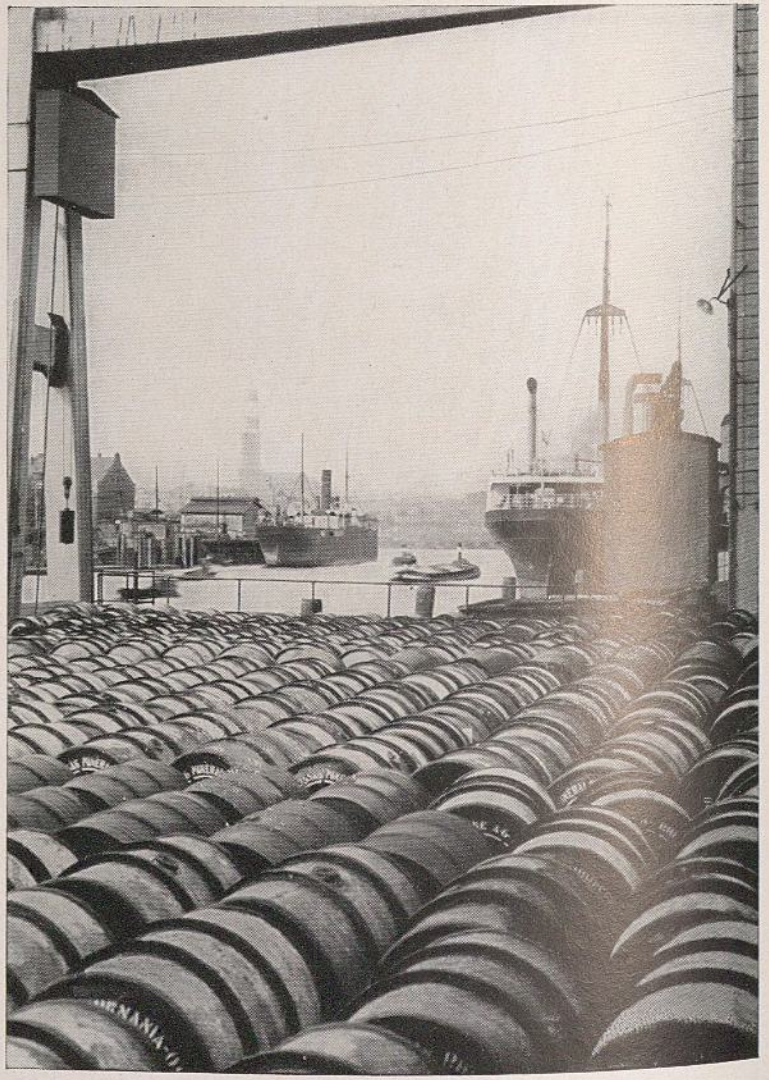
In Deutschland wurden 1938: 2,7 Mill. t Treibstoffe aus einheimischen Rohstoffen erzeugt, denen ein Verbrauch von 6,7 Mill. t gegenüberstand.

3. Tankertonnage der einzelnen wichtigsten Länder in v. H. der Welttonnage

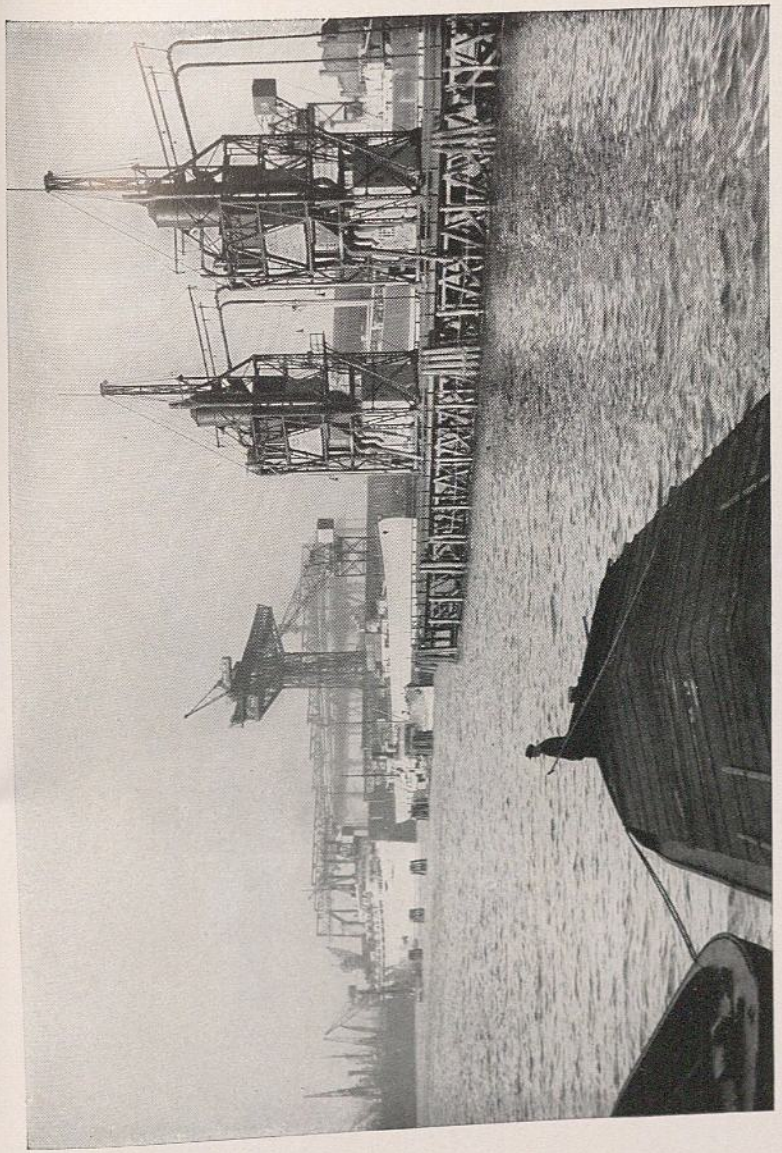
Britisches Weltreich	28,2	Frankreich	2,2
USA	25,8	Deutschland	1,9
Norwegen	18,4	Italien	3,6
Zus.	72,4	Japan	3,2



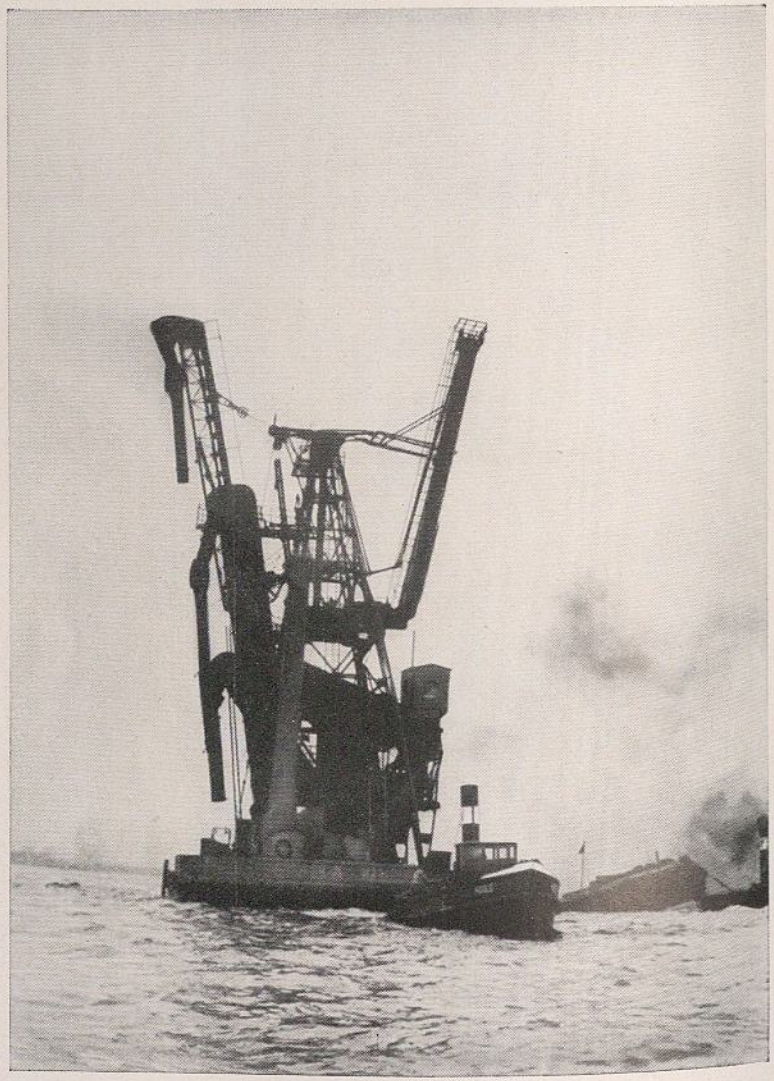
Verladebetrieb im Hamburger Hafen



Versandbereite Fässer mit Schmieröl im Hamburger Hafen



Getreideheber im Hamburger Hafen

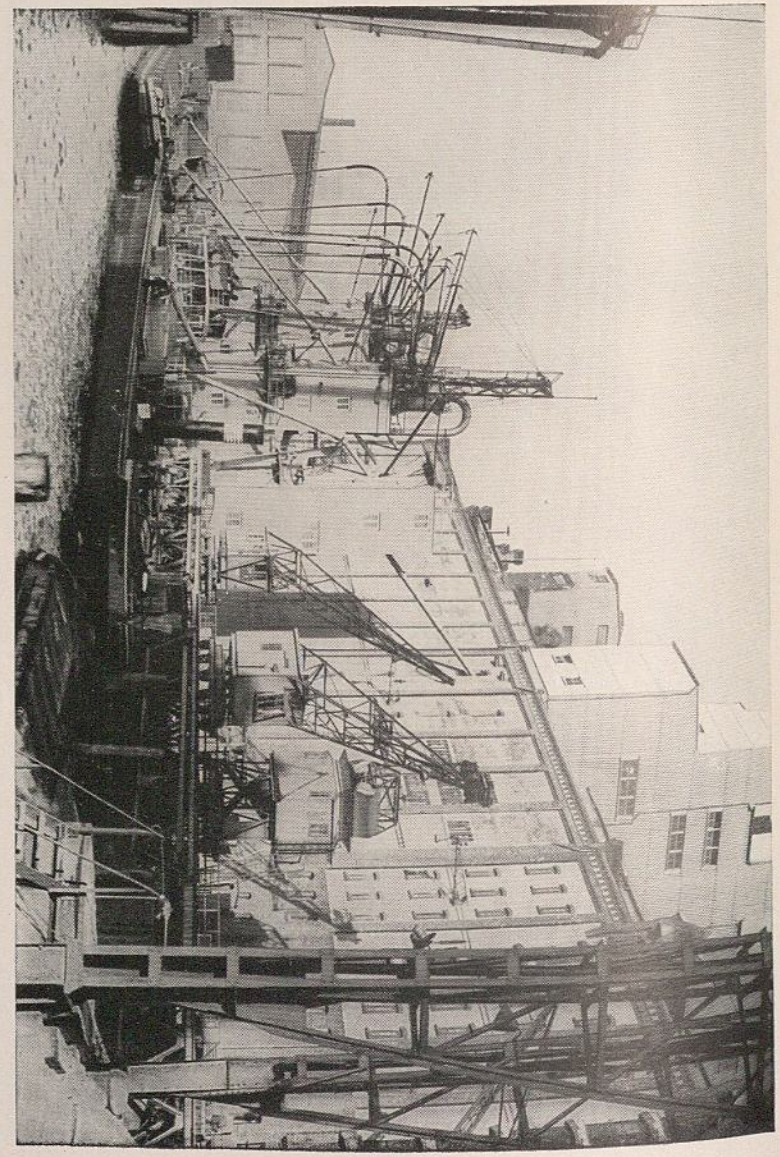


Schwimmender Getreideheber in Hamburg

Eingelagertes Schweinefleisch in Kühlhalle

Kontrolle der Speckvorräte in einem Kühlhause

Zubereitung von Dauerwurst für die Räucherkammer



Getreidespeicher im Hamburger Hafen

Die Werften als Schmiede des Kriegsschiffbaues

Im Zuge der Arbeiten zur Gestaltung und zum Bau eines neuen Kriegsschiffes tritt die Werft erst verhältnismäßig spät in Erscheinung. Lange Monate, zuweilen ein bis zwei Jahre vor der Erteilung des Auftrages ist im Oberkommando der Kriegsmarine durch weitausholende Vorarbeiten ermittelt worden, welche Forderungen der Seeoffizier aus seinen militärischen Ueberlegungen heraus an die Gefechtswerte des geplanten Neubaues, insbesondere an Bewaffnung, Schutz, Geschwindigkeit und Fahrbereich stellen muß. Im Amt für Kriegsschiffbau sind diese Forderungen, die zunächst ja nur gedanklich geformt waren, von den Schiff- und Schiffsmaschinenbauern zu einem Entwurf gestaltet, also durch Zeichnung und Beschreibung dargestellt worden. Dazu bedurfte es mühevoller und zeitraubender Kleinarbeit, denn, um das Beste zu erreichen, mußte man in Vorentwürfen und vergleichenden Studien die Forderungen, die zwar niedergeschrieben von außen recht einfach erschienen, in Wirklichkeit aber eine verwirrende Fülle von sich überschneidenden, voneinander abhängigen, selbständigen oder gar sich z. T. widersprechenden Einzelheiten umschlossen, sorgfältig aufeinander abstimmen. Bei dieser Arbeit mußten alle beteiligten Stellen, technische wie militärische, eng zusammenarbeiten, denn nur dadurch konnten die militärischen Forderungen weitestgehend erfüllt und gleichzeitig alle von der modernen Technik gebotenen Möglichkeiten umfassend ausgeschöpft werden. Der fertige Entwurf — daß er ein Kompromiß zwischen den einzelnen Forderungen sein muß, bedarf wohl keiner besonderen Betonung — wurde schließlich vom Oberbefehlshaber der Kriegsmarine genehmigt und damit für die Ausführung freigegeben. An Hand der Entwurfsskizze, die in der Regel nur in kleinem Maßstabe angefertigt wird, sind dann die Unterlagen

für die Bauwerft angefertigt, je nach der Größe des Neubaues 30 bis 60 und mehr Blatt Zeichnungen und eine umfangreiche Bauvorschrift, die das Schiff als Ganzes und den schiffbaulichen Teil der Bauarbeiten betreffen. Gleichartige Bauvorschriften und die dazu notwendigen zeichnerischen Ergänzungen sind für den schiffsmaschinenbaulichen Teil des Neubaues und für seine Bewaffnung geschaffen.

Diese Unterlagen sind zusammen mit dem Bauauftrag an die für die Ausführung bestimmte Werft gesandt, und sie arbeitet danach die eigentlichen Bauunterlagen aus. Dabei werden Art und Menge der benötigten Baustoffe ermittelt und, für den ganzen Bau von allergrößter Bedeutung, der Zeitplan für die Arbeiten aufgestellt. In diesem ist ganz genau festgelegt, wie sie zu fördern sind, wann die Abschnitte erreicht sein müssen usw. An diesen Zeitplan ist die Lieferung der Baustoffe, Schiffbaustahl in Platten und Profilen, Guß- und Schmiedestücke, Hölzer, der von Spezialfabriken zu liefernden Einzelteile aller Art und besonders aller nicht von der Werft selbst gebauten Maschinen sowie Waffen und ihre Hilfsapparate gebunden. Wenn irgendein Teil zu spät kommt oder nicht rechtzeitig fertig wird, ist es äußerst schwierig, den Zeitverlust auszugleichen, um in der Fertigstellung des Schiffes keine Verzögerung zu erleiden. Jedenfalls ist eine für Außenstehende kaum vorstellbare Summe von organisatorischer und technischer Vorbereitungsarbeit zu leisten, ehe man mit dem Bau selbst beginnen kann. Natürlich werden viele dieser Arbeiten, besonders zur Vorbereitung der späteren Bauabschnitte ohne Schaden für das Ganze erst ausgeführt, wenn der Bau schon lange begonnen hat, aber die Gesamtplanung muß im Großen vorher fertig sein.

Zuerst wird der Linienriß, d. i. die Zeichnung, die die Form des Schiffes festlegt, auf dem Schnürboden, einem großen Raum mit hell gestrichenem Fußboden in natürlicher Größe aufgezeichnet. Dadurch kontrolliert man die Genauigkeit der infolge ihres kleinen Maßstabes immer unzuverlässigen Zeichnung, und zugleich werden damit die Unterlagen geschaffen, nach denen man die Holzmodelle für die einzelnen Bauteile anfertigen kann, eine Arbeit, die ebenfalls auf dem Schnürboden ausgeführt wird. Dann erst beginnt die Arbeit in den Werkstätten, in denen aus Blechen und Profilen, Guß- und Schmiedestücken die einzelnen Bauteile des Schiffes entstehen.

Gleichzeitig ist der Bau der Maschinenanlage mit ihren Hilfs- und Nebeneinrichtungen sowie die Herstellung der Bewaffnung begonnen.

Für diese Teile ist die Werft aber heute in den meisten Fällen nur noch Zusammen- und Einbauplatz, denn die Geschütze liefert die von der Marine damit beauftragte Geschützfabrik, z. B. Krupp oder Rheinmetall-Borsig, und die Haupt- und Hilfsmaschinen werden auch fast immer von besonders erfahrenen Spezialfirmen gebaut. Daß dabei die Werft weitgehend beteiligt wird, liegt auf der Hand, denn sie trägt ja die Verantwortung für das fertige Schiff! Die Werft ist und bleibt auch immer der Brennpunkt der ganzen Organisation, die praktisch wohl keinen Zweig der Industrie des ganzen Reiches ausläßt. Auf der Werft kommen alle Einzelteile und Unterlieferungen zusammen, und sie wacht über die genaue Innehaltung der festgelegten Liefertermine.

Die eigentliche Geburtsstunde des Schiffes ist dann die Kiellegung, deren Bedeutung in der Regel durch eine kleine Feier noch unterstrichen wird. Im Laufe der folgenden Wochen und Monate wird Bauteil an Bauteil gefügt. Man legt die Bodenplatten aus, stellt Spanten und Schotte auf, und allmählich wächst der Schiffskörper in die Höhe. In dieser Zeit ist er umgeben von den Stellingen, den Gerüsten, auf denen die Arbeiter während des Aufstellens und des Zusammenbaues stehen und arbeiten können. — Wenn der Schiffskörper fertig ist, werden die Baugerüste entfernt, und beim Stapellauf wird das Schiff seinem Element übergeben. In einem in der Technik wohl einzigartigen Vorgang läßt man es, dessen Gewicht nun schon etwa die Hälfte der späteren Verdrängung beträgt, auf besonders untergebauten Gleitbahnen ins Wasser gleiten. Beim Stapellauf tritt das Schiff auch zum ersten Male sozusagen offiziell in Erscheinung; es wird bei dieser Gelegenheit getauft, und später ist das Stapellaufdatum immer der Tag, von dem man sein Alter rechnet.

In der nun anschließenden Ausrüstungszeit werden die Maschinen eingebaut, der Panzer angebracht, soweit das nicht schon auf der Helling geschehen ist, die Bewaffnung an Bord gegeben, und vor allem die ganze unendlich vielseitige Einrichtung eingebaut, die aus dem stählernen Hohlkörper, der durch seine Schotten in viele Einzelräume geteilt ist, erst ein betriebsfähiges Schiff machen, die das ganze Bauwerk endlich zur Waffe des Seemanns machen, zur Waffe, die zugleich Fahrzeug und Wohnung für ihn ist. Im Zuge der Fertigstellung beginnen schließlich im letzten Bauabschnitt die Erprobungen. Erst sind es immer noch Einzelteile und Gruppen, deren sachgemäßes Arbeiten geprüft wird, dann schließt man sie zu größeren Einheiten zusammen, und wenn alles

erprobt ist und sich als betriebsfähig erwiesen hat, kommt es zu den Werftprobefahrten.

Vorher ist aber schon ein Teil der Besatzung an Bord gekommen. Bald nach dem Stapellauf wurden der spätere Leitende Ingenieur und seine wichtigsten Gehilfen, etwas später der Erste Offizier und ein Teil seiner Leute als Baubelehrung auf die Werft kommandiert. Sie müssen das Schiff und seine Anlagen genau kennen, weil sie späterhin für den Dienst an Bord verantwortlich sind. Bis zum Beginn der Probefahrten wird die Zahl der bereits an Bord bzw. zur Werft kommandierten Besatzungsmitglieder immer größer, aber einstweilen sind diese immer noch zu ihrer Belehrung anwesend. Die Verantwortung für das Schiff trägt auf den ersten Probefahrten immer noch die Werft. In dieser Zeit führt das Schiff deshalb auch noch keine Kriegsflagge, sondern die Handelsflagge und die Hausflagge der Werft. Erst nach der offiziellen Indienststellung, wenn die ganze Besatzung eingeschifft ist, darf die Kriegsflagge gesetzt werden. Die eigentliche Uebergabe erfolgt in der Regel erst dann, wenn die Werfterprobungen das einwandfreie Arbeiten aller wichtigen Betriebseinrichtungen erwiesen haben, und wenn die Besatzung ihr Schiff kennt und einigermaßen beherrscht. Zur Flotte tritt das neue Schiff aber erst nach Abschluß der amtlichen Probefahrten und Erprobungen, die es mit der Besatzung an Bord noch ausführen muß.

Damit hat die Werft, die als Bauwerft sehr wohl eine Privatwerft sein kann und heute auch für die meisten Neubauten ist, ihre Aufgabe als Schmiede der neuen Waffe erfüllt. Für die Instandhaltung und Ueberholung des Schiffes tritt an ihre Stelle nunmehr die Kriegsmarinewerft, der das Schiff zugeteilt wird. Diese Betriebe, eine Kriegsmarinewerft in Wilhelmshaven — die Nachfolgerin der „Marinewerft" des Zwischenreiches — die andere in Kiel — zusammengefaßt aus dem früheren „Arsenal" und der ehemaligen Howaldtwerft — sind in erster Linie für die Instandhaltung der Flotte verantwortlich. Sie haben die Waffen des Seemanns, die Schlachtschiffe, Kreuzer, Flugzeugträger, Zerstörer usw., dazu die zahllosen Hilfsfahrzeuge aller Art jederzeit zum Einsatz fertig zu erhalten, indem sie etwa anfallende Reparaturen ausführen, die laufende Ueberholung übernehmen, Verbesserungen und Aenderungen, die sich aus dem praktischen Betriebe der Schiffe ergaben, einbauen und vieles mehr.

Der Einfluß der Kriegstechnik auf die Wehrwirtschaft

Die Technik sucht Sachprobleme, die Wirtschaft Mengenprobleme zu lösen. Die Kriegstechnik im besonderen will mit Hilfe von Kraft und Stoff unter Ausnutzung mathematischer, physikalischer und chemischer Grundregeln sowie ballistischer, motorischer, elektrotechnischer, optischer, akustischer, seismischer Mittel neuartige wirkungsvolle Waffen bauen und die Voraussetzungen schaffen, sie auf schnellstem Wege an ihren Bestimmungsort zu bringen und betriebsfertig zu erhalten. Die Wehrwirtschaft im besonderen will die Grundlagen für die Massenfertigung der Waffen und Transportmittel sowie für die ununterbrochene Nachlieferung der Munition und Kraftstoffe schaffen und die Güte der aus der Fertigung kommenden Gegenstände durch eine ständige Kontrolle und Abnahme nach den von der Technik aufgestellten Regeln überwachen.

Damit sind die Beziehungen zwischen Kriegstechnik und Wehrwirtschaft in großem Rahmen gekennzeichnet, aber keineswegs erschöpft, da ja die Technik noch viele andere Aufgaben hat und die Wirtschaft auch zu den anderen Seiten der Kriegführung, vor allem der Ernährung, Bekleidung, Mobilisierung der Truppen in engen Beziehungen steht. Das Bindeglied zwischen Technik und Wirtschaft aber bildet immer wieder der Mensch am Konstruktionstisch, an der Arbeitsmaschine, in der Fördergrube, der Munitionsanstalt, dem Waffendepot, der Transport- und Schlachtleitung und nicht zuletzt an der Waffe selbst, damit sie voll ausgenutzt und ihre Wirkung voll an den Feind gebracht wird.

Der Soldat ist also nicht minder technisch und wirtschaftlich ausgerichtet als der Konstrukteur, der Arbeiter, der Wirtschaftler. Die Technik hat nicht nur die heutige Kriegsform geschaffen, sie gibt auch

dem Soldaten und der Wirtschaft die Mittel für die Massenfertigung und Massenverwendung an die Hand. Die Wirtschaft kann vom grünen Tisch aus die Zahlenprobleme der Massenfertigung nicht lösen, sie muß vielmehr ständig auf der Hut sein, wie und wieviel ihr von den Kräften und Stoffen aus den Vorräten der Erde durch die Technik herausgeschafft, welche neuen Austauschstoffe, welche Arbeitsmaschinen ihr zur Verfügung gestellt werden, welche Formen die einzelnen Waffen unter diesen oder jenen Voraussetzungen erhalten usw. Die Wirtschaft ist also abhängig von der Technik und nicht umgekehrt, wie es häufig angenommen wird.

Die oberste Aufgabe, die der Technik im Machtkampf der Nationen gestellt ist, steht unabänderlich fest und heißt: immer noch bessere, noch weiterreichende, noch schnellere Waffen zu bauen, um dem Gegner überlegen zu bleiben. Es ist dies also eine Aufgabe nie erlahmender Steigerung ohne Kompromisse. Die Wirtschaft strebt ebenfalls nach einem Maximum aber weniger der Einzelleistung als vielmehr der Massenlieferung selbst unter Inkaufnahme von Kompromissen zwischen Stoff, Form und Leistung der Waffe.

Technik und Wirtschaft müssen sich also einigen, nachdem die militärische Leitung auf Grund der Weltlage und ihrer kriegerischen Absichten ihre Forderungen bezüglich der friedens- und kriegsmäßigen Fertigung und Güte der Waffen gestellt hat. Der Technik fällt nun die gegenüber ihrem oben skizzierten Hauptziel wesentlich erschwerte Aufgabe zu, trotz fehlender Arbeitsmaschinen, fehlender Kräfte und Stoffe eine Waffe zu bauen, die in ihrer Leistung, Handhabung, Transportfähigkeit, Dauerhaftigkeit der Idealwaffe nicht wesentlich nachsteht.

Einige Beispiele mögen die geschilderten Verhältnisse verständlicher machen. Wir beschränken uns dabei auf Beispiele aus dem Weltkriege, der die wirtschaftlichen Fragen eigentlich erst begründet und ihre Abhängigkeit von den Leistungen der Technik ins rechte Licht gerückt hat.

Die größten Schwierigkeiten während des Großen Krieges bereitete die Lieferung der Munition wegen der ständig steigenden und geradezu ungeheuerlichen Anforderungen der „Obersten Heeresleitung". Der Bedarf an Waffen, also an Geschützen, Gewehren, Panzerwagen, Flugzeugen, Kriegsschiffen trat demgegenüber zurück. Die Lage kann in einem neuen Kriege nicht viel anders sein.

Die Munitionslieferung zergliedert sich in die Bereitstellung von Geschoßhüllen, Sprengladungen, Zündern, Kartuschhülsen, Pulverladungen und Packgefäßen. Das schwierigste Problem war die Beschaffung der Treibpulver und Sprengstoffe. Deren hauptsächlichste Ausgangsstoffe, die Salpeter- und Schwefelsäure, die Baumwolle, das Glyzerin, Toluol und Phenol waren vor dem Kriege mit Leichtigkeit auf dem Weltmarkt zu beschaffen. Niemand hatte daran gedacht, sich einen genügenden Vorrat davon für die Kriegsfertigung hinzulegen. Als der Krieg, den man in wenigen Wochen beenden wollte, aber im Schützengraben erstarrte und sich länger und länger hinzudehnen drohte, der Ruf der Truppe nach Munition aber immer stärker und stärker wurde, konnten obige Stoffe nicht mehr in genügender Menge beschafft werden. Die Wirtschaft verlangte die Ausnutzung anderer Ausgangsstoffe. Die Technik vollbrachte zunächst auf dem Gebiet der Sprengstoffe in kürzester Zeit geradezu Wunder, indem sie anstelle des Trinitrotoluols (Fp. 02) und Trinitrophenols (Grf. 88) einen Sprengstoff vornehmlich aus Ammonsalpeter, Dinitrobenzol, Donarit, Perdit usw. mit Erfolg ausprobierte. Es gelang gleichzeitig eine Steigerung der Fabrikation des künstlichen Natronsalpeters anstelle des aus Chile bezogenen Natursalpeters für die Sprengstoff-Fabrikation, so daß die oben genannten hochwertigen Stoffe fast restlos der Pulverfertigung zugeführt werden konnten. Das Pulver wurde zum Schrittmacher für die gesamte Munitionslieferung. Gegenüber einer Friedensfertigung von nur 200 Tonnen monatlich erreichte sie gegen Schluß des Krieges auf der Grundlage des „Hindenburgprogrammes" die stattliche Zahl von über 12 000 Tonnen. Die Wirksamkeit der Sprengstoffe hatte zwar etwas nachgelassen, die Leistung des Pulvers, die mit Rücksicht auf Schußweite und Geschoßstreuung nicht geändert werden durfte, aber war bis zum Kriegsende gleich geblieben. Der Wunsch der Wirtschaft war durch die Technik, durch die Bemühungen der chemischen Sachverständigen, der staatlichen Untersuchungs- und Prüfstellen und der privaten Fabrikslaboratorien glänzend erfüllt worden.

Nur wenig günstiger lagen die Verhältnisse bei der Stahlverarbeitung zu Geschoßhüllen. Bekanntlich steht der Stahlverbrauch eines Geschützrohres zu dem Stahlverbrauch aller aus ihm verfeuerten Geschosse etwa im Verhältnis wie 1 : 500. Der Bedarf an Geschoßstahl war also ein gewaltiger. Die Fabrikationsleistung war von der vor dem Kriege vorgesehenen äußersten Fertigung von 350 000 Ge-

schossen monatlich für Feld- und schwere Artillerie zusammen gegen Ende des Krieges auf 11 000 000 Stücke angewachsen. Diese Leistung war nur möglich gewesen, weil man von der ausschließlichen Fertigung von Preßstahlgeschossen, die eine große Wirksamkeit verbürgten, aber schwierig herzustellen waren, in großem Maße abging und auf die einfacher herzustellenden Stahlguß- ja sogar Graugußgeschosse zurückgriff. Dabei sank allerdings die Wirkung einer 15 cm-Gußgranate etwa auf die Wirksamkeit einer 10 cm-Preßstahlgranate herab. Wirtschaftlich betrachtet aber sank die Leistung noch weiter, da ja für jeden Schuß — ganz gleich ob Preß- oder Gußgeschoß — stets der gleiche Verbrauch an Pulver für die Kartusche, an Kupfer für das Führungsband, an Messing für den Zünder notwendig war und die Abnützung der Geschützrohre je Schuß stets gleich blieb. Kein Wunder also, wenn die sogenannten Aushilfsgeschosse des Krieges sich weder bei der Fabrikation noch bei der Truppe besonderer Beliebtheit erfreuten. Es gelang aber allmählich die Fertigung der Preßstahlgeschosse gegen Ende des Krieges wieder zu erhöhen, nachdem es geglückt war, die aus eigenem Boden gewonnenen phosphorreichen Erze in einem geeigneten „Thomasprozeß" zu reinigen und die nötigen Maschinen für das Ziehen und Bearbeiten der Preßgeschosse zu beschaffen.

Sehr schlimm aber stand es mit dem Kupfer. Eine einzige 42 cm-Granate brauchte davon im Führungsring 8 Kilogramm, eine 21 cm-Granate 1 Kilogramm und die Feldgeschosse 100 bis 200 Gramm. Alle Versuche mit Führungsringen aus Aluminium, Magnesium, Pappe hatten damals nur dürftigen Erfolg. Am brauchbarsten waren noch die Ringe aus Zink und Weicheisen, obgleich das Zink bei der Schußbeanspruchung zerschmolz und selbst das weiche Elektrolyteisen beim Einpressen der Felder nachhärtete und das Rohrinnere abnutzte. Dennoch gelang es der Technik das schwierige Kupferproblem durch ein aus Kupfer und Eisen zusammengeschweißtes Band zu lösen, das eine Ersparnis bis zu 50 Prozent Kupfer bei sicherer Führung erbrachte. Auch der Versuch, das Kupfer im Messing der Zünder und Kartuschhülsen zu ersparen, gelang weitgehend auf der Grundlage des Eisens.

Einige Zahlen mögen den Metallverbrauch im Weltkriege allein für die Geschoßherstellung beleuchten. Es wurden monatlich gebraucht für die Geschosse rund 150 000 Tonnen Stahl, 2000 Tonnen Kupfer, 4000 Tonnen Blei; für die Patronen- und Kartuschhülsen rund 4200 Tonnen Messing, 1600 Tonnen Feinzink, 2100 Tonnen Stahlblech;

für die Zünder rund 1000 Tonnen Aluminium, 2100 Tonnen Kupfer, 2900 Tonnen Zink.

In einer heutigen Großoffensive aber braucht man geradezu unvorstellbare Mengen an Geschützmunition für Artillerie, Infanterie, Pioniere, Kampfwagen, Flieger. Ein Tagesbedarf von 3 Millionen Schüssen aller Kaliber dürfte kaum zu hoch gegriffen sein. Rechnen wir den Stahlverbrauch zu im Mittel 6 Kilogramm je Schuß, den Sprengstoffverbrauch zu je 0,7 Kilogramm, den Pulververbrauch zu je 0,4 Kilogramm und den Kupferverbrauch zu je 0,2 Kilogramm, so wäre das ein Tagesbedarf bei einer Großoffensive von 18 000 000 Kilogramm Stahl, 2 000 000 Kilogramm Sprengstoff, 1 200 000 Kilogramm Pulver und 600 000 Kilogramm Kupfer. Um derartigen Anforderungen gerecht zu werden, bedarf es der verständnisvollsten Zusammenarbeit zwischen Technik und Wirtschaft.

Der Krieg, den wir soeben in Polen zum Abschluß gebracht haben, hat die Richtigkeit der vorstehenden Ausführungen erneut bewiesen.

Die Front im Westen

Nach den ultimativen Erklärungen der Botschafter Frankreichs und Großbritanniens am Sonntag, dem 3. September, in Berlin befindet sich England seit dem 3. September von 11 Uhr ab, Frankreich von 17 Uhr ab mit Deutschland im Kriegszustande. Beide Staaten, Frankreich im Schlepptau Englands, hatten Polen vertragsmäßig Hilfe versprochen und seine Unabhängigkeit garantiert. Wie aus den Aussagen polnischer Gefangener hervorgeht, wurden die polnischen Truppen auch durch Aussicht auf unmittelbare englische Hilfe, zum mindesten durch Flugzeuge, zur Weiterführung eines hoffnungslosen Kampfes und zum Ausharren in hoffnungsloser Lage bestimmt, also durch unerfüllbare, irreführende Versprechungen getäuscht.

Mit dem Eintritt Frankreichs und Englands in den Krieg gegen Deutschland hat sich die Abwehr gegen polnische Uebergriffe für das deutsche Volk zunächst zu einem Mehrfrontenkrieg erweitert. Die Regelung der Ostfrage, die seit Jahrhunderten nach Lösung verlangte, eine rein deutsche Angelegenheit, die nirgends irgendwie französische oder englische Interessen berührte, rief die demokratischen Westmächte auf den Plan. Die oft schon dem deutschen Volke gestellte Aufgabe der Verteidigung Mitteleuropas, die Neuordnung Mitteleuropas im deutschen Sinne, ist in ein neues Stadium getreten.

Wir hatten keinerlei Forderungen, weder an England noch an Frankreich. Das ist seit Jahren von amtlichen und höchsten Stellen oft genug eindeutig versichert worden.

Mit einer „activité" und „vitesse", die den größten Meistern des Schwertes Ehre gemacht hätte, ist in einem kaum dreiwöchigen Feldzuge nicht nur das polnische Dreimillionenheer vernichtet und zerschlagen, sondern auch das polnische Staatswesen hinweggewischt worden. Polen ist von der Landkarte verschwunden. Die polnischen Führer und Verführer jeglicher Branche haben es vorgezogen, das Los der Verführten nicht zu teilen, vielmehr in beschaulicher Ruhe in Rumänien über das Unheil nachzudenken, das sie angerichtet haben.

Mit der Zertrümmerung Polens hat sich Englands Kriegsziel innerhalb weniger Wochen in ein nebelhaftes Phantom verflüchtet. Die Kriegshetzer in London erfanden etwas Neues und gaben eine neue Parole aus: Kampf gegen den Hitlerismus! Deutsches Volk und Nationalsozialismus bilden aber eine geschlossene Einheit, die durch keine Kunst auch der besten Alchimisten aufzulösen ist. Also: — Kampf gegen das deutsche Volk, wie 1914—18, weil es die Kühnheit hat, sich sein Leben im eigenen Lebensraum so zu ordnen, wie es das selbst will, — ohne Bevormundung seitens England, ohne gnädige Erlaubnis Großbritanniens, das seit Jahrhunderten gewohnt ist, mit einem staatlich zersplitterten und deshalb ohnmächtigen Volke zu spielen und es für Englands Interesse bluten zu lassen.

Mehrfrontenkrieg! — Strategisch dasselbe Problem wie 1914 und doch ganz anders aufgebaut. Die Deutschen der Ostmark gehorchen jetzt dem Wink von Berlin. Das heißt, daß der mächtige, stoßkräftige volksdeutsche Block in Mitteleuropa von einem Willen gelenkt und von einem Führer eingesetzt wird, so, wie dieser Führer es für richtig und geboten hält im Gegensatz zu 1914, wo ein Teil deutscher Volkskraft für die zunächst im Westen gesuchte Hauptentscheidung ausfiel; man führte 1914 große Offensiven gleichzeitig im Westen und im Osten und kam deshalb weder hier noch dort zu einer Entscheidung. An keiner der beiden Grenzen auch nur entfernt genügender befestigter Schutz, nirgendwo ausgesprochen das Schwergewicht. Man wollte den deutschen Osten verteidigen, bewußt in beweglichem Kampf, unter bewußter Geringschätzung des Wertes und der Hilfe einer ausreichenden Landesbefestigung.

Heute, — eine ganz klare Verteilung und Verlagerung des Schwergewichtes, eine aufs äußerste gesteigerte Heranziehung planmäßiger und mit allen Mitteln neuzeitlicher Technik ausgebauter Befestigungen, um eben schnell, wirksam und mit Nachdruck alle Kraft da einzusetzen, wo die Entscheidung gesucht wird.

Diese Entscheidung lag zunächst im Osten. Der Westwall und seine Besatzung deckten dem Ostheer den Rücken, während es mit Schwung und Wucht ohnegleichen den Ostgegner niederwarf.

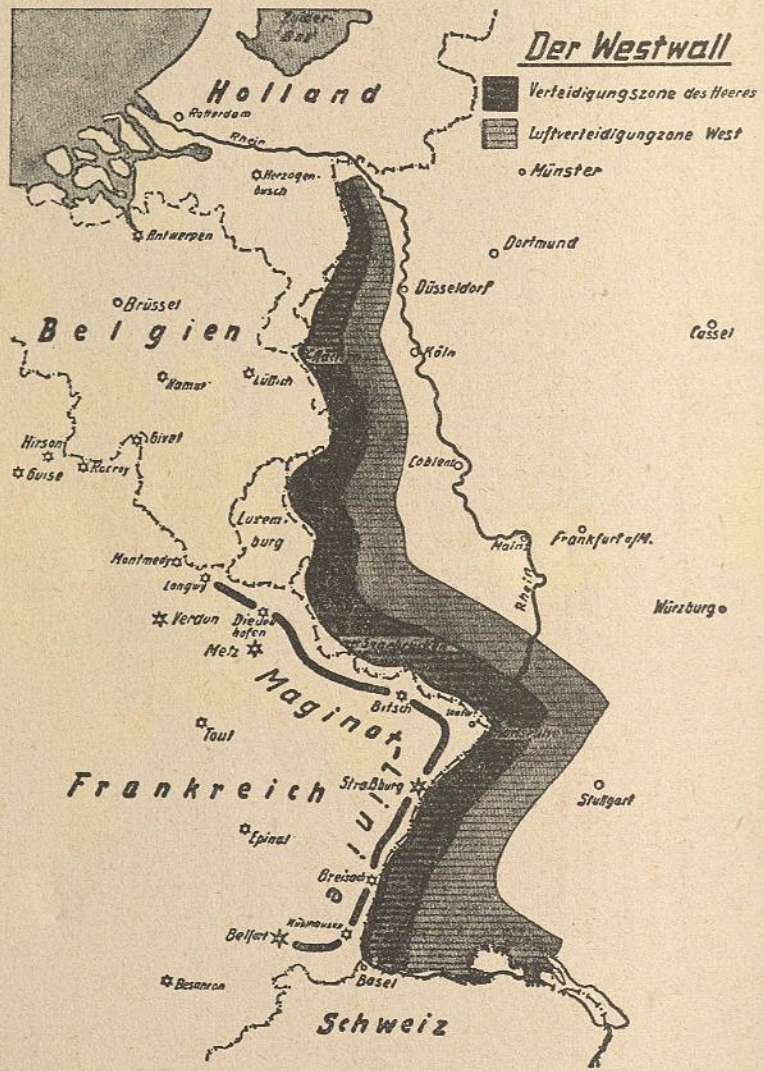
Diese erste kurze strategische Phase des Mehrfrontenkrieges hat nach wenigen Wochen durch einen Vollsieg bisher nicht dagewesenen Ausmaßes ihr Ende gefunden. Die politische und militärische Zielsetzung hat im Osten durch Abschluß des Freundschaftsvertrages mit der Sowjetunion ihre Krönung erfahren.

Inzwischen hat sich die Schwenkung nach dem Westen vollzogen. Die Waffenträger und die geschlossene Wehrkraft eines 80-Millionenvolkes stehen auf der Wacht im Westen, — zur Verteidigung der Heimat, in der Abwehr und mit Waffen, die ihre Bewährung soeben im Osten bewiesen haben. Noch einmal: wir wollen nichts von Frankreich. Unser einziger, aber fester Wille ist: deutschen Lebensraum zu verteidigen. Wir haben französischen Boden nicht betreten, aber wir wehren uns. Wo feindliche Flugzeuge deutsches Gebiet überfliegen, werden sie angegriffen und vernichtet. Der Westwall ist nach rein taktischen Gesichtspunkten angelegt. Stellenweise mußten kleine Teile deutschen Landes vor seiner Front Glacis bilden. Am 9. September hat der Franzose die offene Grenze überschritten. Er stieß auf Vortruppen deutscher Sicherungen in offenem Gebiet vor dem Westwall. Er tastete die Front ab, um zu erkennen, daß nirgends „weiche" Stellen waren. Es kam zu Erkundungskämpfen von Spähtrupps, zu gewaltsamen Erkundungen im Vorfelde. Anders lassen sich die bisherigen Kampfhandlungen im Westen am Boden und in der Luft nicht charakterisieren. Nachdem am 19. Oktober die Franzosen restlos wieder über die Grenze zurückgeworfen worden sind, ist auch dieser erste Kampfabschnitt im Westen abgeschlossen. Wir sind dem Gegner auf französisches Gebiet nicht gefolgt. Wir haben bis zum 17. Oktober im Westen 196 Tote, 356 Verwundete, 114 Vermißte und 11 Flugzeuge verloren, aber 60 Flugzeuge des Gegners abgeschossen, sowie 25 französische Offiziere und 664 Mann als Gefangene eingebracht.

Dem tapferen und ritterlichen toten Gegner haben wir unsere Achtung nicht versagt.

England versucht die von alters bewährten Methoden seiner Kriegführung zu erneuern, — Methoden, die es früher im Kampf gegen Spanien, Frankreich, Holland mit Erfolg zur Anwendung gebracht hat: Blockade und Angriff gegen Verbindungen über See sowie Außenstellungen des Gegners in Flanke und Rücken. Großbritannien findet aber nicht mehr die Gunst der Lage wie zu früheren Zeiten. Weite Gebiete im Osten und Süden: Rußland, die Balkanländer, Italien, sind neutral oder sogar Mitteleuropa in Freundschaft verbunden. Damit klaffen in der Blockade recht beachtliche Lücken. In Frankreich hat aber das Inselreich wieder die Macht gefunden, die für Englands Interessen auf dem Festland bluten soll.

Auch im Kampfe gegen England befindet sich das deutsche Volk in der Abwehr. Aber in dieser Verteidigung hat es zu recht kräftigen Schlägen ausgeholt. Luftwaffe und U-Boot haben angegriffen und dem Gegner schwere Verluste zugefügt. Das stolze Inselreich ist von der Nordsee verscheucht. Großbritannien ist kein Inselland mehr. Deutsche U-Boote sind in die Schlupfwinkel der englischen Flotte eingedrungen. Der Handelskrieg, als Antwort auf die englische Blockade zeigt beachtliche Erfolge. Die Handelsschiffsverluste durch kriegerische Maßnahmen belaufen sich seit Kriegsbeginn bis zum 20. Dezember 1939 auf 279 feindliche und neutrale Schiffe gegen nur 18 deutsche. Das bedeutet einen Verlust von 1 029 635 Bruttotonnen auf der Seite der Gegner gegen nur 128 689 Bruttotonnen auf deutscher Seite. Wo sich die schwimmenden Festungen Großbritanniens zeigen, sind sie das Ziel deutscher Bombenflugzeuge und Torpedos. Die deutschen Küsten sind gesichert. In der großen Luftschlacht über der Nordsee am 18. Dezember 1939 wurden von 52 englischen Flugzeugen 36 abgeschossen. Stets haben englische Angriffe gegen deutsche Küstenstützpunkte mit schwersten Verlusten für den Engländer geendet und immer wieder die Ueberlegenheit deutschen Kriegertums erwiesen.


Der Westwall
Verteidigungszone des Heeres
Luftverteidigungzone West
Holland
Belgien
Frankreich
Schweiz
Maginot-Linie
Münster
Dortmund
Düsseldorf
Köln
Cassel
Frankfurt a/M.
Würzburg
Stuttgart
Rhein
Rotterdam
Antwerpen
Brüssel
Namur
Lüttich
Givet
Coblenz
Mainz
Metz
Verdun
Toul
Straßburg
Epinal
Belfort
Basel
Besançon